

Stenographisches Protokoll

18. Sitzung des Kärntner Landtages – 30. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, den 6. Juli 2010

Inhalt

Fragestunde (S. 1782)

Aktuelle Stunde (S. 1800)

Antragsteller: SPÖ-Klub

Thema: „Der Versorgungsauftrag des Landes Kärnten, die Aufgaben des Gesundheitsreferenten und die Aufgabenstellung der KABEG“

Redner: Ing. Rohr (S. 1800), Ing. Scheuch (S. 1801), Tauschitz (S. 1802), Holub (S. 1804), Obex-Mischitz (S. 1805), Dipl.-Ing. Gallo (S. 1806), Poglitsch (S. 1807), Mag. Dr. Kaiser (S. 1808), Mandl (S. 1809), Wieser (S. 1811), Schlagholz (S. 1812), Mag. Darmann (S. 1813)

Tagesordnung (S. 1814)

Ldtgs.Zl. 177-31/30:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den

Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2011 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2011, zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und Änderungen zum Budgetprogramm 2010 – 2014 gemäß Art. 61 Abs. 1 K-LVG (1. Änderung) sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2011 erteilt werden

Einbegleitung durch den Landesfinanzreferenten Landesrat Mag. Dobernig (S. 1815)

Mitteilung des Einlaufes (S. 1832)

- A) Antrag von Abgeordneten (S. 1832)
- B) Petition (S. 1832)
- C) Resolution (S. 1832)

Beginn: Donnerstag, 6. Juli 2010, 14.03 Uhr

Ende: Donnerstag, 6. Juli 2010, 17.50 Uhr

Beginn der Sitzung: 14.03 Uhr

V o r s i t z: Erster Präsident **Lobnig**, Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo**

Anwesend: 35 Abgeordnete

M i t g l i e d e r der Landesregierung:
Landeshauptmann **Dörfler**, Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Scheuch**, Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Dr. Kaiser**, Landesrat **Mag. Dobernig**, Landesrat **Mag. Dr. Martinz**, Landesrätin **Dr. Prettnner**

E n t s c h u l d i g t: Landesrat **Mag. Ragger**, Abgeordneter **Süntinger**

B u n d e s r ä t e: **Petriz, Zwanziger, Mittlerer**

S c h r i f t f ü h r e r: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf Sie herzlich zur 18. Sitzung des Kärntner Landtages begrüßen und eröffne diese. Der Landtag ist beschlussfähig. Ich begrüße die anwesenden Regierungsmitglieder, ich begrüße herzlich Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Uwe Scheuch auf der Regierungsbank so-

Lobnig

wie auch den Landesrat Dr. Josef Martinz. Weitere Regierungsmitglieder werden dann eintreffen, ich werde sie dann auch gesondert begrüßen. Ich begrüße auch die Vertreter auf der Bundesratsbank, Herrn Bundesrat Petritz, aber auch Herrn Bundesrat Zwanziger. Herzlich willkommen auch die Fachbeamtenschaft, den Leiter des Landesrechnungshofes, Direktor Reithofer. Ich begrüße auch alle Damen und Herren Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne sowie alle Internetbenutzerinnen und –benutzer, die heute die Sitzung, die Budgeteinbegleitung, via Internet mitverfolgen. Seien Sie alle herzlich willkommen! Für die heutige Sitzung hat sich entschuldigt Herr Landesrat Mag. Christian Ragger, Frau Landesrätin Dr. Beate Prettnner wird sich

etwas verspäten und Herr Abgeordneter Peter Suntinger ist heute entschuldigt, und soeben eingelangt die Meldung, dass auch der Herr Abgeordnete Hueter etwas verspätet zur Sitzung kommen wird. Das ist nun erledigt und Herr Landesrat Mag. Dobernig wird auch etwas später hier eintreffen. Der Landtag ist beschlussfähig, wie bereits festgestellt. Ich darf nochmals in Erinnerung rufen: Geburtstag am 24. Juni hat die Frau Abgeordnete Dr. Barbara Lesjak gefeiert, nochmals herzliche Gratulation, damit das auch wieder seine Richtigkeit hat. *(Beifall im Hause.)* Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Wir kommen natürlich zu Beginn dieser Sitzung wieder zur

Fragestunde

Ich komme zur 1. Anfrage:

1. Ldtgs.Zl. 98/M/30:**Anfrage Abgeordnete Rossmann an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Scheuch**

Ich darf bitten, die Frage zu stellen!

Abgeordnete **Rossmann** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Werter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Können Sie mir sagen, wie der aktuelle Stand beim Ausbau des Schigebietes Goldeck zurzeit ist?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sind am Wort!

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Scheuch** (F):

Danke vielmals, Herr Präsident! Werte Regierungskollegen! Hoher Kärntner Landtag! Werte Zuhörer und Zuseher, egal ob via moderner Medien oder hier klassisch vom Balkon! Auch von

meiner Seite ein herzliches Grüß Gott! Ich darf mich für diese Frage bedanken, weil witzigerweise die aktuelle Diskussion, die es in den letzten Tagen in den Medien gegeben hat, eigentlich die Frage wieder neu aufgeworfen hat. Wir haben es schon vor langer Zeit auf der Tagesordnung gehabt, aber durch das Abarbeiten der vielen Fragen sind wir in Verzug geraten, jetzt ist es wieder aktueller denn je. Es hat in den letzten Tagen mehrere Berichte gegeben, dass es aktuell ein Verfahren bei der Europäischen Union geben soll, das den Ausbau des Goldecks in Zweifel stellen sollte. Ich kann vielleicht berichten, dass dieses Verfahren momentan nicht stattfindet, dass dem Ausbau des Goldecks nichts im Wege steht und darf, um die Genesis kurz zu beleuchten, mich einleitend nochmals bei allen Beteiligten bedanken, die dazu beigetragen haben, dass wir auch so weit gekommen sind. Faktum ist, wir haben gemeinsam mit Vertretern der Politik, es war Kollege Reinhart Rohr dabei, es waren viele andere Vertreter dabei, voriges Jahr im Dezember den ersten neuen Lift eröffnet. Das heißt, nach jahrelanger, Jahrzehnte langer Diskussion ist es gelungen, den Ausbau des Goldecks voranzutreiben. Nicht zuletzt deswegen, weil die Bürgermeister der Region quer über alle politischen Fraktionen sich zu diesem Ausbau bekannt haben und dementsprechend auch die Fördermittel aus Land, EU, Bundesmitteln, Gemeindemitteln aber auch die privaten Mittel des Investors zu fließen begonnen haben.

Dipl.-Ing. Scheuch

Es ist in weiterer Folge geplant, dass das UVP-Verfahren für die große Talbahn nächstes Jahr abgeschlossen sein wird. Das heißt, wir werden nächstes Jahr einen Beschluss haben für die Talbahn nach Baldramsdorf. Es ist parallel dazu auch das Gespräch sehr weit gediehen, was die Hotelinvestition im Seetal betrifft, auch dort rechnen wir in den nächsten Wochen mit dem Durchbruch und der reellen Umsetzung. Um noch einmal zurückzukommen auf diese EU-Geschichte: Faktum ist, es hat letztes Jahr, nämlich am 13.8.2009 einen anonymen Brief, ein anonymes Schreiben eines – wie auch immer gearteten – wahrscheinlichen Konkurrenten oder vielleicht jemanden, der dieses Projekt nicht haben möchte, an die EU gegeben, wo man versucht hat, das Projekt zu Fall zu bringen. Es hat mehrere Gutachten gegeben von dementsprechenden Juristen und Experten und es gibt auch aktuell die Anfragen von unserer Seite sowohl bei der Frau Kollegin Rattinger, bei der Abteilung 4, beim Ministerium aber auch draußen bei der Vertretung von Österreich. Ich kann alle, die damit betroffen sind, beruhigen. Faktum ist, der Ausbau schreitet voran. Faktum ist, diese EU-Beschwerde wird nicht greifen und Faktum ist, wir investieren dort am Goldeck gemeinsam mit Gemeinden, mit Land und dem Investor 30 Millionen Euro in ein modernes Schigebiet. Damit können wir das Goldeck beleben, damit stärken wir die Region, damit können wir den Tourismus nach vorne bringen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist so ein Aufschwung für Oberkärnten sicherlich sehr sinnvoll. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. ÖVP-Fraktion? – Auch nicht, dann bitte Frau Abgeordnete, können Sie noch eine Zusatzfrage stellen!

Abgeordnete **Rossmann** (F):

Herr Landeshauptmann! Können Sie mir sagen, wie sehen Sie die touristische Nutzung für die Region und vor allem für den Millstätter See, auch unter diesem Aspekt, dass die Millstätter See-Bürgermeister keineswegs in irgendeiner Weise touristisch positiv agieren?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann!

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Scheuch** (F):

Frau Abgeordnete! Sie haben damit ein heißes Eisen der aktuellen politischen Diskussion in Oberkärnten angegriffen. Wenn ich es richtig interpretieren darf, geht es um das Bodypainting, das hier mit hineinfließt. Ich darf aber vielleicht zuerst noch einmal zum Goldeck kommen und dann in einem Abschlussstatement, wenn es der Präsident erlaubt, auch das mit hineinfließen lassen, weil es touristisch doch zusammenhängt. Faktum ist, dass gerade touristische Investitionen am Millstätter See und rund um den Millstätter See massiv geprägt waren davon, dass es eine Garantie für den Ausbau des Schiberges gibt. Wir haben letztes Jahr gemeinsam mit vielen Kollegen – Sepp Martinz kann ich mich erinnern war auch mit dabei – das Camp Royal X neu eröffnet. Wir haben verschiedenste Investitionsoffensiven rund um den See, weil die Hoteliers gespürt haben, jawohl, durch das Goldeck haben wir auch einen Wintertourismus gesichert in der Region. Das parallel mit Vorsaison, Nachsaison, mit Golfplatz und der Sommersaison ist dies eine Riesenchance für den gesamten Oberkärntner Raum, ganz besonders natürlich für den Millstätter See und auch für die Stadt Spittal. Was hier aktuell dem ein bisschen entgegen wirkt, ist die leidige Diskussion über das Bodypainting-Festival, wo ich vielleicht auch hier dem Hohen Landtag kurz berichten kann, dass es für mich schon erschütternd ist, zu sehen, dass man ein Festival, das über Jahre gewachsen ist, das im Verhältnis zu anderen öffentlichen Mitteln sehr wenig öffentliches Geld bekommt, jetzt bewusst durch die Gemeinden sterben lässt. Die letzte Information, die ich bekommen habe, war, dass man nicht bereit ist, dass die fünf Standortgemeinden jeweils €10.000,- für dieses Festival zur Verfügung stellen. Und das, obwohl über 30.000 Nächtigungen dort gemacht werden, das Bodypainting weltweit bekannt ist. Es droht jetzt vielleicht zur Freude der Unterkärntner ein Verschieben des Bodypainting-Festivals vom Millstätter See hinunter an den Wörthersee. Das wäre schade, denn ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Bereich für

Dipl.-Ing. Scheuch

Oberkärnten. Ich kann nur appellieren an alle Verantwortungsträger, dass man hier noch einmal versucht, die Ärmel nach oben zu krempeln, dementsprechend die Finanzierungen sicherzustellen, weil Bodypainting und Goldeck, viele andere Bereiche zusammenspielen müssen, um auch eine touristische Entwicklung in Oberkärnten voranzutreiben.

Ich darf das abschließend vergleichen mit dem Bereich aus dem Nationalpark Hohe Tauern. Dort hat man sich vor mehreren Jahren gemeinsam mit Kollegen Reinhart Rohr und mit Dr. Jörg Haider dazu bekannt, dass man in den Nationalpark Hohe Tauern auch touristisches Geld investiert. Es ist dort gut angekommen, der Nationalpark Hohe Tauern ist heute ein ganz wichtiger touristischer Bereich und es gelingt damit, dass man eine Region im Gesamten befruchten kann. Ich sage immer, mein Ziel dort oben muss es ja sein, die Region ist so klein, buchungsentscheidend kann nicht eine kleine Einheit sein, sondern buchungsentscheidend muss hier sicherlich Oberkärnten werden. Dabei soll der Schiberg einer der wichtigsten Bereiche sein und schlussendlich soll, muss und wird dieses Goldeck auch deswegen von Relevanz sein, weil es uns gelingen muss, auch die Schifahrer von morgen bereits heute vom Schifahren zu begeistern. Spittal ist die größte Schulstadt und Bildungsstadt in ganz Oberkärnten und braucht einen Schiberg vor der Tür, damit die Gymnasiasten, die Sporthauptschule, die HLW, die HAK, all diese Schultypen bis hin zur Berufsschule dort nicht nur zur Schule gehen, sondern auch Schifahren lernen, Schifahren gehen und damit unsere Gäste von morgen sind. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit ist die Anfrage 1 erledigt. Bevor ich zur Anfrage 2 komme darf ich herzlich begrüßen den Gesundheitsreferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Kaiser hier auf der Regierungsbank. Herzlich willkommen und auch den höchsten Repräsentanten der Fachbeamtenschaft, Herrn Landesamtsdirektor Dr. Dieter Platzer, herzlich willkommen! Wir kommen zur Anfrage

2. Ldtgs.Zl. 99/M/30:**Anfrage Abgeordneter Stromberger an Landesrat Mag. Dr. Martinz**

Ich ersuche, die Frage zu stellen. Bitte!

Abgeordneter **Stromberger** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Regierungsmitglieder! Herr Landesrat Dr. Martinz! Welche Einsparungspotentiale sehen Sie als Tourismusreferent bei den in der Öffentlichkeit so oft diskutierten Kärntner Eventveranstaltungen?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landesrat, Sie sind am Wort!

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die Events sind natürlich in aller Munde, gerade jetzt beim Auftakt zum Sommer erleben wir ja mit, erstens einmal die Fülle der Events, wenn wir in den Veranstaltungskalender hinein sehen. Wir erleben aber auch mit die Bedeutung letztlich, die weit über die Grenzen hinaus mit dem Veranstaltungs- und Kultur- und Spaßprogrammen – wenn ich so sagen darf – Kärntens verbunden sind. Es ist ja so, dass wir, wenn wir landauf, landab schauen und nicht nur in den Tourismuszentren, sondern auch dort, wo einfach rührige Veranstalter sind, dass die Events, dass die Veranstaltungen sich in den letzten Jahren etabliert haben, dass sie sich verfestigt haben, dass wir teilweise mit längerfristigen Verträgen Sicherheit auch in der Finanzierung damit verbunden haben. Und dass natürlich auch immer wieder die Diskussion mitgeht, was können wir noch mitfinanzieren, welche Events sind die, die wir uns letztlich noch leisten können bzw. welche geben einen beachtlich wichtigen zusätzlichen Nutzen für das Land, touristisch gesehen und insgesamt. Als Tourismusreferent halte ich fest, dass wir im Rahmen der Kärnten Werbung einen Markenprozess in Gang gesetzt haben und jetzt über den Sommer, es ist schon beim Fertigwerden, eine Marktstudie in Auftrag gegeben haben

Mag. Dr. Martinz

in unseren Hauptmärkten, wofür steht Kärnten. Es soll dabei herauskommen ein klareres Bild für unsere Entscheidung, was ist für unsere Gäste buchungsentscheidend, wofür stehen wir, was wird uns zugeordnet, wo haben wir unsere Stärken und natürlich, wo haben wir unsere Schwächen. Damit dabei, mit dieser Markenfindung, stelle ich mir auch vor und das ist auch das Ziel, das wir mit Tourismus-Geschäftsführer Kresse haben, dass wir in Zukunft unsere Event- und Förderpolitik darauf abstellen, nämlich jene Events und jene Veranstaltungen, die buchungsentscheidend sind, die dazu beitragen, dass Gäste kommen, dass wir Übernachtungen erzeugen. Indem wir das in dem Bereich begleitend verwenden und nützen können, werden wir uns nach wie vor engagieren. In jenen Bereichen, wo es das nicht mehr gibt, wird es das vielleicht dann auch nicht mehr geben oder man wird es verändern. Generell haben wir uns auch im Rahmen des Budgetkonvents und im Rahmen der Vorbereitungen für das Budget, das heute hier einbegleitet wird, dazu bekannt, dass wir überlegen, in diesen Bereichen Kürzungen zwischen 20 und 30 Prozent vorzunehmen. Dann, wenn es zu Neuverträgen, zu Neuabschlüssen, aber auch von mir aus zu neuen Veranstaltungen kommt, dass wir uns hier neu einhaken. Das ist plausibel, weil das gerade in den letzten Jahren sehr ausgeweitet wurde und wir hier teilweise sehr großzügige Unterstützungen haben und natürlich etwas auch dahinter steht. Jede Veranstaltung, jede Förderung hat ja irgendwo den Sinn, Projekte, neue Ideen, neue Vorhaben auf den Weg zu bringen und nach Möglichkeit einmal einen Selbstläufer daraus zu machen. Das heißt, wenn ich jetzt die einzelnen hernehme, von der Starnacht beginnend, die diese Woche am Samstag sein wird bis zum Harley-Treffen, das kommen wird, bis zum Ironman, der vorgestern war, das sind in Wirklichkeit die Groß-Highlights plus die Musi in Bad Kleinkirchheim, die wirklich auch von der Popularität und vom Medienecho weit, weit über die Grenzen hinaus gehen. Beachvolleyball kommt da noch dazu. Das sind die wirklich Großen.

Wir haben eine Vielzahl kleiner Events, die wir teilweise auch über das Tourismus-Referat abwickeln, teilweise über die Kärnten Werbung, wo wir jetzt sehr genau schauen, wo haben wir noch gästerelevante Vorhaben und wo nicht. Mein Bekenntnis war, dass wir das, was über-

nachtungsinitiierend, was touristisch wichtig und wertvoll ist, auch weiterhin unterstützen, maßvoll einhaken werden. Wir haben ja schon ein Gespräch mit allen Eventern gehabt und dass sie sich in Zukunft auf diese Gespräche auch ein bisschen vorbereiten, dass das unser Vorhaben ist. Das ist ein eindeutiges, allgemeines Sparvorhaben. Das ist auch auf Einsichtigkeit gestoßen. Zweitens die Frage: Was kann man kombinieren? Was ist von der Infrastruktur vielleicht gemeinsam zu erledigen? Wo gibt es Synergieeffekte? Das eine oder andere, aber da warten wir die Studie ab – es kann natürlich auch sein, dass wir das in Zukunft (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) nicht mehr ... weil es einfach nicht dazu gehört. Body Painting, weil es ganz aktuell ist, das betone ich hier auch, dass ich als Tourismusreferent den Gemeinden natürlich jetzt in erster Linie einmal die Entscheidung überlasse. Wenn die Gemeinden sagen, Ja oder Nein, dann werde ich mich dem anschließen und das weiter unterstützen, das habe ich auch kundgetan, da bleibe ich dabei. Aber wenn die Gemeinden neue Finanzierungsvarianten suchen, da lade ich alle ein, die sich jetzt aufschwingen, im Tourismus mit zu tun und hier mit zu finanzieren, sich auch die Finanzierung zu überlegen. Da wird man schon eine geeignete Location dafür in Zukunft finden. Danke schön! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Nicht. Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht. Dann, bitte, hat der Fragesteller noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordneter **Stromberger** (F):

Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat! Sie haben ja selbst gerade gesagt, Ironman, Starnacht, Beachvolleyball sind drei der großen Highlights unter den vielen Möglichkeiten. Sie haben auch immer angekündigt, dass es bereits intensive Verhandlungen mit den Veranstaltern gibt. Gibt es hier schon konkrete Verhandlungsergebnisse, die ein Sichern dieser Veranstaltungen in die Zukunft hinein gewährleisten?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Ironman – im Zuge dieses Wochenendes, aber auch vorher schon hat es Gespräche gegeben. Da steht die Vertragsverlängerung an. Das werden wir auch zustandebringen. Organisator Petschnig ist gesprächsbereit und hat signalisiert, dass er sich das vorstellen kann. Auch die Stadt Klagenfurt, die ja hier ein wesentlicher Mitfinanzier ist, hat hier committed und will auf jeden Fall – und das wollen wir natürlich auch – dass diese Veranstaltung hier bei uns bleibt. Beachvolleyball – da hat es mehrere Gespräche gegeben. Es gibt eine Sonderentscheidung zu treffen, das ist die nächstjährige Weltmeisterschaft. Ob man die hier bei uns macht – dann brauchen wir allerdings ein wesentlich höheres Budget – oder ob man einmal ausweicht oder welche Lösung wir hier finden, das ist also noch offen, das sage ich ganz ehrlich, weil es eine Verdreifachung des Budgets bedeuten würde. Das müssen wir erst einmal aufbringen. Das heißt, da haben wir natürlich schon gesagt, da werden wir uns grundsätzlich schwer tun. Klagenfurt ist hier natürlich auch hoch interessiert und eingebunden. Ich sehe aber hier auch von Jagerhofer Überlegungen – wir haben uns in Wien ein paar Mal getroffen – dass in Zukunft – auch wenn der Hauptstandort bei der Weltmeisterschaft nicht Klagenfurt sein sollte, sondern zum Beispiel Wien – dass wir hier trotzdem Spiele mitmachen und dass dann in weiterer Folge in Zukunft das Beachvolleyball-Turnier hier bei uns weitergeht wie gehabt, und wie wir es kennen. Das Harley-Treffen – ich glaube, das ist im Gebiet der hellen Urlaubsfreude, des wunderschönen Faaker Sees, bestens etabliert. Nachdem es jetzt ja schon so groß geworden ist, müssen sie ausweichen, es strahlt auf eine ganze Region ab. Das ist etwas geworden, was gerade für Ende August, Anfang September eine irrsinnig belebende Aktivität geworden ist.

Natürlich ist viel an Mitteln vorhanden, natürlich zahlen wir alle viel hinein, aber gemessen an dem, was an Wertschöpfung zurückkommt, ist das schon eine beachtliche Veranstaltung und gerade für unsere Freunde am Faaker See etwas ganz Wichtiges, damit sie sich draußen noch einmal einen wirklich fulminanten Saisonab-

schluss gönnen können. Ich darf natürlich auch auf das GTI-Treffen verweisen, weil der Herr Bürgermeister auch da ist. (*gemünzt auf Abg. Stark.*) Das wäre natürlich die Wunschvorstellung von uns Touristikern, dass sich irgendwann einmal jedes Event und jedes Fest selbst erhält. Das darf man schon auch bei aller Kritik, bei aller, in meinen Augen überzogenen und übertriebenen Kritik, wo so viel an Problemen mit der Lupe direkt gesucht werden, auch sagen, damit man das GTI-Treffen hier irgendwo auch anpatzen kann. Letztlich ist es eine hervorragende Vorsaisonsauftaktveranstaltung für ganz Kärnten. Wir wissen das, es hat eine irrsinnige Wertschöpfung. Wenn viele Leute zusammenkommen, ist nun einmal eine Problembewältigung dabei, aber dazu sind wir als Profis da, dazu gibt es die Organisationen. Wenn uns das als Ziel gelingt, dann glaube ich, können wir gerade, was die Events betrifft, in eine gute Zukunft blicken. Fest steht, dass Kärnten – und das kommt auch aus den Umfrageergebnissen heraus – unter anderem durch seine kulturellen, sportlichen, musikalischen und allen Veranstaltungen – wirklich auch mit positioniert ist. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Nun ist die Anfrage 2 erledigt. Bevor ich zur Anfrage 3 komme, begrüße ich sehr herzlich den Landeshauptmann von Kärnten, Herrn Gerhard Dörfler, auf der Regierungsbank! Herzlich willkommen auch bei der Sitzung! Wir kommen zur Anfrage

3. Ldtgs.Zl. 104/M/30:

Anfrage des Dritten Präsidenten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Mag. Dr. Martinz

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Hoher Landtag! Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, egal ob hier auf der Tribüne oder zu Hause oder in den Büros, an den Monitoren, an den Bildschirmen!

Dipl.-Ing. Gallo

Sehr geehrter Herr Landesrat Dr. Martinz! Große Banken und Kreditinstitute bewerben massiv die Gemeinden, bieten ihnen Kommunalfinanzierungspakete in Millionenhöhe an, in Milliardenhöhe unter dem Titel „Günstige Finanzierung und Beratung und Planung“. Ich lese Ihnen aus einem Interview eines solchen Managers einen sehr interessanten Satz vor: „Wir sind am Finanzmarkt eben gerade in einer Phase, in der die Risikobewertung der entscheidende Faktor ist. Solange kein Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Republik besteht und das aufgrund der starken Unterstützungsmechanismen auch für die Kommunen gilt, ist das Geschäftsfeld natürlich aus der Sicht der Risikobewertung sehr interessant.“ Jetzt gibt es eine Reihe von Abgangsgemeinden, das heißt, die Gemeinden können mit den Einnahmen ihre Ausgaben nicht mehr decken, müssen Schulden machen. Wenn sie jetzt auch noch Kredite aufnehmen, werden die Schulden nicht kleiner.

Ich frage Sie daher, Herr Landesrat Dr. Martinz: Wie bewerten Sie als Gemeindereferent das auch an Kärntens Gemeinden gerichtete Milliarden-Kommunalfinanzierungsangebot aus dem Banken- und Sparkassenbereich?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Jede günstige Finanzierung wird herzlich willkommen sein, nicht nur im Gemeindebereich auch im Landesbereich, im gesellschaftlichen Bereich, im Holding-Bereich, egal wo wir im öffentlichen Bereich Gelder aufnehmen müssen, und das müssen wir. Wie wir wissen, die Schulden aus der Vergangenheit sind riesengroß, das müssen wir managen, das müssen wir handhaben. Dazu braucht man einfach Finanzmittel. Die Angebote an die Gemeinden, die ja über die kommunalen Institutionen immer wieder in sehr guter Form und auch in einer sicheren Art und Weise geschnürt werden, tragen hier sehr wesentlich dazu bei, dass österreichweit gerade die Gemeinden und hier speziell in Kärnten die Gemeinden gut aufgestellt sind, dass sie im Verschuldungsbereich wesentlich bessere Vergleichsziffern haben als in anderen Bundeslän-

dern. Das heißt, es ist also so, dass die Kärntner Gemeinden im Vergleich, im Ranking, was das betrifft, gut dastehen. Wichtig ist natürlich auch, dass wir weiter schauen. Wir haben ja aus der Vergangenheit in den Gemeinden teilweise schon auch Situationen gehabt, dass man, weil die Ertragsanteile hoch waren, nicht geschaut hat, wie schaut es im Personalbereich aus, wie schaut es im Bereich der Kindergärten aus, der Schulen, wo wir irrsinnige Infrastrukturkosten haben, die weit über die Schnitte hinausgehen. Da gibt es Beispiele: Hermagor, damit er selber ein bisschen nachdenkt, wovon er da jetzt gleich „hereintschentscht“, wo weit über die Verhältnisse gelebt wurde, wo aber dieses Problem nicht aufgefallen ist, weil die Ertragsanteile gesprudelt sind. Wir haben also heuer 2010 die Situation, dass wir in Summe der Kärntner Gemeinden 60 Millionen weniger an Ertragsanteilen haben, weniger als 2008 – 2008, ein goldenes, sprudelndes Ertragsanteilsjahr, noch auch aus den guten Überlegungen des Reformkurses Schüssel – Haider am Anfang des Jahres 2000, woher also die Früchte kamen. (*Abg. Köchl, lachend: 2000 bis 2008!*) Ja, die Struktur, genau das Gleiche, was wir jetzt im Lande Kärnten vorhaben, jetzt Strukturen ändern, jetzt reformieren, um dann in weiterer Folge wirklich auch den Nutzen davon zu haben. Jetzt gibt es massiv weniger Geld, gar keine Frage! 60 Millionen weniger Ertragsanteile belasten die Gemeinden direkt, belasten auch den Arbeitsmarkt, weil das ist ja eigentlich direktes Investitionsgeld. Die Angebote der Banken und der internationalen Finanzinstitute, das sage ich auch dazu, müssen genau geprüft werden. Wir haben Problemfälle. Wir haben in den letzten Jahren, und da sind die Gemeindereferenten der letzten Jahre mitbeteiligt, schon auch die Situation, dass sehr Vieles in Ausgliederungen passiert ist, weil man so Verlockungen und Schalkmaienklängen – ja, wenn man es auslagert, wenn man Gesellschaften gründet, wenn man sich hier neue Finanzstrukturen überlegt, dann lösen sich die Schulden überhaupt auf und man braucht nicht weiter darüber nachdenken. Das heißt, wir haben hier – Kanal, zum Beispiel, ein Teil eines Sonderhaushaltes – Probleme zu bewältigen, wo wir auch von Finanzangeboten attackiert wurden, muss ich fast sagen. Denken Sie nur an die Offshore-Finanzvorschläge, verkaufen und zurückleasen, über Amerika. Es ist noch nicht so lange her, wo wir uns im Land Kärnten deutlich dagegen aus-

Mag. Dr. Martinz

gesprochen haben, weil wir gesagt haben, das ist zu risikoreich. Gott sei Dank haben wir das getan, der kurzfristige Zinsvorteil damals hätte uns heute ganz schön hineingeritten. Das heißt, man muss bei allen diesen Angeboten der Institutionen vorsichtig sein. Fest steht, das können wir tun, wir können unterstützen. Wir haben mit dem Gemeindereferat ein Paket geschnürt, dass wir die Gemeinden bei der Finanzierung mit begleiten, dass wir das professionell mit testen oder mit überprüfen. Wir könnten uns, wenn die Gemeinden hier vollinhaltlich mitmachen würden, in den Gemeinden fast 8 Millionen an Finanzkosten sparen, das ist eine enorme Summe. Wir haben das Konjunkturpaket II mit 7,5 Millionen bis Ende der Legislaturperiode aufgestellt, um hier unterstützend jetzt genau im Bereich des Hochbaus verstärkt und konzentriert eingreifen zu können. Ich habe mit der Zusammenführung, mit der Idee der Zusammenführung des Schulbaufonds, des Bodenbeschaffungsfonds, des Regionalfonds, wo die Gelder teilweise liegen bleiben, weil einfach die Gemeinden (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) nicht ansprechen können, durch die Zusammenfassung den klaren Vorsatz, das im Hochbau konzentriert zu verwenden. Das heißt, wir haben hier alles aufgestellt. Ich habe 8 Millionen Euro mehr an BZ verteilt als Kollege Rohr vorher. Ich habe alles verteilt und auf die nächsten Jahre zugesagt, soweit wird es auch kommen. (*Einwand von Abg. Ing. Rohr.*) Das heißt, die Gemeinden in ihrer Autonomie sind handlungsfähig! Hätte der Kollege Rohr in den guten, fetten Zeiten ein bisschen vorgesorgt und ein bisschen gespart, ein bisschen Rücklagen geparkt, wie es jeder ordentliche Kaufmann macht, (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!*) dann hätten wir heute nicht diese Situation der hohen Abgangsgemeinden, sondern wir könnten uns ordentlich gemeinsam weiter finanzieren! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage?
– Bitte, Herr Abgeordneter Strauß!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzter Herr Landesrat Dr. Martinz! Sie haben in Ihren Ausführungen früher gesagt, dass Kommunen Kapitalgesellschaften bzw. Gesellschaften errichtet haben, die unter Umständen in der Weiterführung der finanziellen Bewirtschaftung sehr gefährlich sein können. Andererseits wird, wenn man im Volksschulbereich Investitionen durchführt, seitens der Gemeindeaufsicht vorgeschlagen und sogar zunehmend vorgeschlagen, dass die Gemeinden diese Projektumsetzungen über den Schulbaufonds und Gesellschaften durchführen sollen. Meine konkrete Frage:

Wie stehen Sie als zuständiger Referent zur Errichtung von Kommunalgesellschaften, GesmbH's oder KG's in den einzelnen Gemeinden?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Ich persönlich halte nichts davon und ich werde eher den Weg einschlagen in Verhandlungen mit dem Bund, dass wir eine Lösung zustande bringen, dass generell kommunale, öffentliche Investitionen umsatzsteuerbefreit werden. Weil in Wirklichkeit lügen wir uns ja gegenseitig in den Sack. Eine Institution nimmt der anderen durch irgendeine Gesellschaftsstruktur die Steuerleistung weg, muss aber auf der anderen Seite irgendwelche juristischen Kosten tragen und die Investition als solches wird ja deswegen weder günstiger noch sonst was, sondern es geht hier immer nur um die Zurechenbarkeit der Mehrwertsteuer. Das ist eigentlich der Kern der ganzen Geschichte. Alles, was ansonsten hier versucht wird, mit privatrechtlichen Unternehmenskonstruktionen in die Gemeinden oder Öffentlichkeit hereinzutragen, ist ja nur ein halb funktionierendes Vehikel, weil alle anderen Instrumente damit verbunden sind, wie Abschreibungen, wie Aufteilung, wie Gewinnregulierung oder was weiß ich, egal wie man das alles sieht, Abschreibungsdauer, und damit verknüpft mit der Finanzierung, findet ja nicht statt, weil das

Mag. Dr. Martinz

einfach im öffentlichen Haushalt allein von der Haushaltsordnung schon ganz anders zu sehen ist. Deshalb ist für mich die Konstruktion von Gesellschaften eine Krücke, aber eine schlechte Krücke, die eigentlich beseitigt gehört. Wir brauchen dazu ein Comittment mit dem Bund, das ist nicht ausgeschlossen, dieser Weg. Das ist schon ventiliert worden, auch über den Gemeindebund ist schon einmal das angedacht worden. Es würde die Gemeinden schlagartig entlasten von allen diesen Rechtskonstruktionen, die uns ja auch wieder nur vor rechtliche Probleme und rechtliche Fragen stellen. Also das ist meine ganz persönliche Meinung. Jetzt gibt es das nun einmal, wir müssen es bearbeiten. Deswegen haben wir auch in der AGO oder auch seitens der Gemeindeaufsicht vor, dass wir die Gesellschaften mit hineinnehmen in das Gesamtbild, das man das auch als Gemeindeaufsicht überblicken, kontrollieren und auch vergleichen kann als Hilfestellung für die Gemeinden. Denn es nützt ja nichts, wir haben das ganz einfach, wir bekommen das von der Gemeinderevision immer wieder präsentiert, dass in Gemeinden teilweise die Gesellschaften so ein Schattendasein führen. Nur Wenige wissen Bescheid, es explodiert, man übersieht die Konsequenzen, die damit verbunden sind. Man übersieht, dass das natürlich Teil des Haushaltes ist, hat aber nicht die haushaltsrechtlichen, strengen Vorschriften, hat den Kontrollausschuss nicht dabei, man braucht keine großen Abstimmungen über den Gemeinderat, sondern kann das teilweise sozusagen im stillen Kämmerlein. Ich will da jetzt nichts Schlechtes vermuten, aber es entgeht der Gesamtsicht des Gemeinderates. Und das ist wahrscheinlich auch verfassungsmäßig, demokratiepolitisch bedenklich, weil es öffentliche Gelder sind, die damit verbunden sind. Das heißt noch einmal, wir müssen es managen, wir haben hier ein scharfes Auge drauf, das sage ich auch ganz deutlich, weil wir einfach Probleme haben und kommen sehen. Dieses Ausgliedern, das ja relativ frisch ist, das geht jetzt seit ein paar Jahren, vier, fünf, sechs Jahre, wo das ein bisschen explodiert ist, da gibt es ja in der ganzen Steuer-routine ein paar Schonjahre und plötzlich kommt dann der Hammer doppelt und das kommt jetzt langsam auf die Gemeinden zu. Deshalb müssen wir hier sorgsam darauf zugehen, aber die Zukunft sehe ich in der allgemeinen Steuerabschaffung oder in der Mehrwertsteuerfreistellung für

öffentliche Investitionen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? – Ist nicht der Fall. Bitte, dann hat der Dritte Präsident als Anfragersteller noch eine Zusatzfrage.

Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Landesrat! Sie haben auf die fehlende Spargesinnung und das Dulden durch Ihren Vorgänger hingewiesen. Jetzt frage ich Sie:

Wo ist bei diesen Finanzierungen für Sie als Gemeindereferent die Schmerzgrenze?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Bitte? Das habe ich jetzt nicht verstanden, die Frage.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte die Frage noch einmal zu konkretisieren und zu wiederholen!

Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Wo ist für Sie bei diesen Kommunalfinanzierungsangelegenheiten betreffend die Gemeinden die Schmerzgrenze?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Wir stehen ja teilweise vor den Tatsachen. Da können wir jetzt Schmerzgrenzen haben oder

Mag. Dr. Martinz

nicht, die kann ich ehrlich gesagt nicht definieren, weil es natürlich von den Ertragskräften der einzelnen Gemeinden abhängt, weil es davon abhängt, was ist alles drin in diesen Kommunalgesellschaften. Ich glaube, wichtig ist, dass man sich gerade in den Gemeindestuben gemeinsam mit dem Kontrollausschuss und den Fraktionen anschaut, wo das hinführt. Denn die Diskussion in die Gemeinden ist eine kritische, wenn sozusagen die Beratung rund um den Bürgermeister, Amtsleiter auf der einen Seite und auf der anderen Seite die restlichen Gemeindefunktionäre, wenn hier nicht der gleiche Wissenstand ist, wenn hier unterschiedlich agiert wird und man vor allem auf der steuerberatlichen Seite nur rein auf das Betriebswirtschaftliche abstellt und vergisst, dass es sich um einen öffentlichen Haushalt handelt. Und ein öffentlicher Haushalt hat andere Regeln, hat von mir aus auch andere Schmerzgrenzen als die privaten Budgets oder ein privates Rechenwerk, das heißt, ich kann da jetzt keine Schmerzgrenze definieren. Wir haben uns nur klar mit der Abteilung, mit den Abteilungsleitern und mit den Revisoren committed, dass wir uns jetzt dem Problem verstärkt widmen werden, nämlich den Gesellschaften und da wieder ganz besonders – das hat nicht unbedingt mit den Gesellschaften etwas zu tun, aber insgesamt – dem Kanalhaushalt. Wir tun auch teilweise das ein bisschen beschönigen und hinauschieben, wir sind aber hier in einzelnen Gemeinden vor einem totalen Finanzdesaster bzw. einer Unfinanzierbarkeit angelangt, die wir jetzt trotzdem irgendwie bereinigen müssen. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Anfrage 4, Ldtgs.Zl. 106/M/30, kann nicht aufgerufen werden, weil weder der Fragesteller noch das zu befragende Regierungsmitglied anwesend ist, aber ich gehe davon aus, dass der Herr Abgeordnete Holub das mündlich bei der nächsten Sitzung haben möchte. *(Abg. Dr. Lesjak: Ja!)* Wird so vorgegangen! Fünfte Anfrage:

5. Ldtgs.Zl. 107/M/30:**Anfrage der Abgeordneten Dr. Lesjak an Landeshauptmann Dörfler**

Ich darf bitten, die Frage zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Geschätzte KollegInnen! Werte Zuseher auf der Tribüne! Das Jahr 2009/2010, wenn man das als Schuljahr rechnet, war für Kinder ein gutes Jahr. Für Familien mit mehreren Kindern war das ein gutes Jahr, weil es die Einrichtung des Vormittagsgratiskindergartens für drei- bis vierjährige Kinder gab. Das ist eine wirklich innovative, nachhaltige Maßnahme, finanziert aus dem Zukunftsfonds. Das ist ein bisschen ein Schönheitsfehler, das müsste aus dem laufenden Budget budgetiert werden, weil ja jedes Kind das Recht auf eine gute Bildung und Erziehung hat. Insofern habe ich mich auch sehr gefreut, dass Kärnten hier in dieser Frage wirklich sehr innovativ ist. Jetzt habe ich aber aus den Medien entnommen, dass es rund um den Budgetkonvent so besprochen worden ist, dass es diese Möglichkeit hinkünftig nicht mehr geben wird, also man hat jetzt eine wirklich sehr gute Maßnahme hier geschaffen und sie wird wieder zurückgenommen, was ich sehr schade finde. Ich möchte mehr über die Hintergründe wissen, warum das so ist und daher meine Frage an den Landeshauptmann bzw. Kindergartenreferenten:

Wie können Sie es als Kindergartenreferent des Landes Kärnten zulassen, dass im Bereich der Früherziehung die Einrichtung des Gratiskindergartens für drei- bis vierjährige Kinder budgetär gestrichen wird?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann, Sie sind am Wort!

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Es ist ausreichend bekannt, dass in Österreich insgesamt Städte, Gemeinden, Länder und auch die Republik eine schwierige Budgetsituation haben. Es ist aber auch ausreichend bekannt und klar, welche budgetären Verpflichtungen gesetzlich gesichert sind. Das ist der Gesundheitsbereich, der Sozialbereich, natürlich ist auch die Verwaltung ein nicht unwesentlicher Teil der Kosten des öffentlichen Bereiches und wir sind zum Sparen gezwungen. Sie selbst haben gesagt, aus dem

Dörfler

Zukunftsfonds. Wir wissen, dass die Erträge des Zukunftsfonds durch die negative Entwicklung am Kapitalmarkt leider nicht die Erträge bringen, wie wir es gewohnt waren. Wir haben aber klug angelegt und im Gegensatz zu Niederösterreich – Erwin Pröll hat ja eine Milliarde Wohnbaufördermittel verspekuliert – nichts verspekuliert. So gesehen war es gut, dass der Zukunftsfonds sicher veranlagt, keine Risikoanlage macht, daher ist es aber auch klar, dass wir im Bereich der Kapitalmarkterträge eben um einige Millionen weniger Erlöse haben. Weil du angesprochen hast, aus dem Budget sollen wir das bedecken, das ist sehr interessant! Die Grünen kritisieren täglich, der Herr Holub hat ja so seine Rechnung, wie sich die Finanzsituation des Landes täglich verändert. Da müssen wir auch sparen und das wird jeder gute Vater tun und ich fühle mich als Landesvater auch dafür verantwortlich, dass die Familie Kärnten sparen muss. Daher ein ganz klares Bekenntnis dazu, dass man, wenn es wieder Zeiten gibt, wenn es wieder mehr Budgetspielraum gibt, man Leistungen wieder einführen kann, dass wir aber derzeit aufgrund der Budgetsituation wie eine gute Familie sparsam mit unseren Möglichkeiten umgehen müssen, weil es Spielräume, die es bisher gegeben hat, nicht mehr gibt. Das möchte ich klar festhalten, darf aber schon auch berichten, dass der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Mödlhammer, klar festgehalten hat, dass diese Angebote in ganz Österreich nicht mehr leistbar sind. Und es ist schon erstaunlich, dass sogar im Wahlkampf der steirische Landeshauptmann Voves, der ja noch mit Pomp und Trara gefeiert hat, dass die Steiermark die Gratisdienstleistung des Kindergartenbesuches eingeführt hat. Aber auch Landeshauptmann Voves weiß, wie sein Budget in Zukunft ausschauen wird, falls er nach der steirischen Landtagswahl noch Landeshauptmann ist – und auch dieser im Wahlkampf befindliche Landeshauptmann der SPÖ hat festgestellt, dass sich auch die Steiermark dieses Angebot in Zukunft schwer bis nicht mehr leisten können. Das heißt, wir sind hier auch in einer gewissen Gesellschaft der budgetären Vernunft, was für Voves gilt, was für Mödlhammer gilt und auch für andere, heißt, dass wir in gewissen Bereichen sparsame Maßnahmen setzen müssen und dass wir eben Leistungen nicht mehr so anbieten können wie in der letzten Zeit.

Ich halte aber auch fest, dass wir im Rahmen der Familienförderung die Familienförderung so adaptiert und verändert haben, dass die Gewichtung für alleinerziehende Mütter wesentlich verbessert wurde, dass wir auch die Mindestförderung von €15,- auf €75,- erhöht haben. Das ist auch der Betrag für den Vormittagskindergarten, den wir mit den Gemeinden und dem Gemeindebund seinerzeit festgelegt haben. Daher darf ich festhalten, dass für alleinerziehende Mütter bzw. für einkommensschwache Familien die Familienförderung auch in Zukunft dafür Sorge tragen wird, dass man diese Mittel des Landes für den Gratiskindergarten einsetzen kann.

Abgesehen davon, der Bundesrechnungshof prüft derzeit drei Bundesländer, Oberösterreich, Salzburg und Kärnten. Alle Aufwendungen für Familien, infrastrukturell und in Geld, werden vom Bundesrechnungshof durchleuchtet und ich darf jetzt schon einen Zwischenbericht abgeben, dass Kärnten im Bereich der Familienleistungen um ein Mehrfaches – Ich betone: Um ein Mehrfaches! – über Salzburg und Oberösterreich liegt. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Der Rechnungshof hat uns auch klar auferlegt, uns sozusagen dort einzufinden, wo der Durchschnitt der österreichischen Familienleistungen ist und wenn wir auch jetzt, vorübergehend wenigstens einmal – bevor es bessere Budgetzeiten gibt, können wir nicht daran denken, das wieder zu verändern – diese Leistung zurücknehmen müssen, durch die Familienförderung abfedern, sind wir laut Bundesrechnungshof, laut diesem Zwischenbericht, noch immer mit Abstand vor den Familienleistungen der Bundesländer Oberösterreich und Salzburg. Der Bundesrechnungshof hat ganz bewusst ein ÖVP-regiertes Bundesland, ein SPÖ-regiertes Bundesland *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* und ein FPK-regiertes Bundesland als Grundlage für diesen Vergleich hergenommen. Und da kann ich mit Fug und Recht behaupten, dass Kärnten laut Bundesrechnungshof nach wie vor mit Abstand das Familienbundesland Nummer 1 ist! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete Arztmann hat sich gemeldet!

Abgeordnete **Arztmann** (F):

Geschätzter Herr Landeshauptmann! Ich darf Ihnen folgende Zusatzfrage stellen:

Wie hat sich das verpflichtende Vorschulkindergartenjahr entwickelt?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Auch da zeigt sich, dass Kärnten mit Abstand vor den anderen Bundesländern liegt. Wir gehen ja im Herbst bereits in das vierte Jahr des verpflichtenden Vorschulkindergartens. Während alle anderen Bundesländer, Wien beispielsweise, mit Inseratenlawinen im aktuellen Landtagswahlkampf groß feiern, dass ab Herbst der verpflichtende Vorschulkindergarten eingeführt wird. Ich habe den verpflichtenden Vorschulkindergarten unserem verstorbenen Landeshauptmann Jörg Haider vorgeschlagen, weil ich mich als Kinderbetreuungsreferent auch sehr intensiv mit der PISA-Studie beschäftigt habe. Die PISA-Studie hat natürlich auch die Problematik aufgezeigt, dass immer mehr Kinder schlechter vorbereitet in das Schulsystem eintreten. Daher war es notwendig, dafür Sorge zu tragen, dass die Verpflichtung, den Kindergarten vor dem ersten Schuljahr zu besuchen, eine wichtige bildungspolitische Weichenstellung war. Der Bildungsplan war weichenstellend, andere Bundesländer bzw. jetzt auch der Bund haben den Kärntner Bildungsplan quasi 1 : 1 übernommen, sodass die bundesgesetzlichen Rahmen de facto auf unser verpflichtendes Vorschulkindergartengesetz bzw. vor allem auf den Kärntner Bildungsplan aufbauen. Ich darf auch berichten, dass Kärnten im Jahr vor der Schule eine Besuchsquote von ca. 100 Prozent hat, dass uns auch die Schulen mitteilen, dass es tatsächlich so ist, weil Kärnten hatte circa 450 Kinder, die den Kindergarten vor der Schule nicht besucht haben.

Gerade dort, wo wir Einwandererfamilien haben und Sprachschwächen oder auch Familien, die aus welchen Gründen auch immer das Kind nicht in den Kindergarten gegeben haben, haben wir feststellen können, dass es gerade für die

Kinder wichtig war. Und wenn ich das mal vier rechne, sind es fast 2.000 Kinder, die zusätzlich erfasst und für die Schule vorbereitet wurden. Ich möchte mich auch ganz besonders bei unserer Landeskindergarteninspektorin Iris Raunig bedanken, die das fachlich hoch kompetent vorbereitet hat auf der gesetzlichen Ebene, wie auch Dr. Gerald Salzmann im Bildungsplan. Ich darf mich durchaus einmal bei den Gemeinden bedanken, wobei ich schon auch feststelle, dass es sehr arrangierte Gemeinden gibt im Bereich der Kinderbetreuung, beispielsweise den Bürgermeister von Liebenfels darf ich da erwähnen. Mit dem haben wir gemeinsam vor zehn Jahren die Kindergruppen, zwar noch mit meinem Vorgänger, installiert, aber auch ein Erfolgsmodell, dass in Liebenfels beispielsweise die Nachmittagsbetreuung, Hortbetreuung, Kindergruppen und Kindergarten perfekt funktionieren. Es gibt aber immer noch Gemeinden, weil immer auch die Frauenreferentin Dr. Beate Prettnner aufzeigt für mehr Öffnungszeiten, da muss man schon wissen, die Öffnungszeiten entscheiden die Gemeinden und nicht das Land! Ich kann alle Bürgermeister dazu einladen, die Öffnungszeiten zu überdenken und vor allem die Sommerbetreuungsangebote noch zu koordinieren. Es zeigt sich halt sehr oft in der Praxis, dass zwischen angekündigtem Bedarf und tatsächlichem Bedarf ein Riesendelta ist. Ich darf aber auch mitteilen, dass es Gemeinden wie Ossiach gibt, die zum Beispiel mit dem Feriendorf in Ossiach eine offene Kinderbetreuung im Sommer haben, Gästekinder genauso wie Kinder vom Kindergarten und Volksschulalter haben eine Sommerbetreuung. Ich glaube, das wäre durchaus auch ein Projekt, das man beispielsweise in Velden, Pörschach oder Maria Wörth auch für die Wörtherseegemeinden installieren kann, weil es auch dort die Möglichkeit geben sollte, dass Gästekinder genauso wie Kinder von Familien, die berufstätig sind oder Unternehmer sind, im Sommer durch den Tourismus natürlich entsprechende Sommerbedarfsnotwendigkeiten haben. Ich darf die Gemeinden einladen, das ist Aufgabe der Gemeinde! Ich erwarte mir mehr gemeindeübergreifende Kooperationen, beispielsweise Mühlendorf, die mit Nachbargemeinden im Bereich der Kinderbetreuung kooperiert. Oder beispielsweise Gerhard Mock in St. Veit, der auch gemeindeübergreifend Sommerbetreuungsangebote abstimmt.

Dörfler

Das wird der Weg sein, dass es dort, wo es Nachfrage gibt, entsprechende Angebote gibt. Die müssen aber sehr sommer-, abenteuer- und bildungsorientiert sein und das muss gemeindeübergreifend gemacht werden. Da möchte ich – wie gesagt – an die Bürgermeister und Verantwortlichen in den Gemeinden appellieren, hier beispielsweise im Rotationsverfahren Sommerbetreuungsangebote zu schaffen. Es kann einmal die Gemeinde am Faaker See etwas machen und die Nachbargemeinden mit an Bord nehmen. Es kann einmal eine Wörthersee Gemeinde, wenn man sagt, jedes Jahr eine andere, dass man jedenfalls ein Sommerangebot wie am Ossiacher See auch in anderen Regionen des Landes hat. Insgesamt dürfen wir sagen, dass in den letzten Jahren sich die Besuchsquote äußerst positiv nach oben verändert hat und dass wir vor allem im Bereich des verpflichtenden Vorschulkindergartens tatsächlich eine bildungspolitische Weichenstellung zustande gebracht haben, die Vorbild für ganz Österreich ist. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete Obex-Mischitz hat sich gemeldet. Bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Sie haben früher bei der Anfragebeantwortung von Frau Dr. Lesjak gesagt, dass die geplante Änderung einer Erhöhung des Kärntner Familienförderungsgesetzes deswegen angedacht ist, weil der Betrag von €75,-- für das Gratiskindergartenjahr wegfällt. Habe ich das richtig verstanden? Könnten Sie mir bitte sagen, wie viele Kinder betrifft die Streichung der €75,-- und wie viele Familien kriegen beim geplanten Kärntner Familienförderungsgesetz diese Erhöhung?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Frau Abgeordnete! Alle Familien, die auf Familienförderung Anspruch haben, das werden in Zukunft durch das Stretching der Familienförderung wesentlich mehr Familien sein. Wir werden 2.000 Familien oder alleinerziehende Mütter mehr erreichen mit dieser Förderung und wenn Sie ein Kind hätten als Abgeordnete ist es nicht einzusehen, ist es nicht einzusehen, dass Sie eine Gratsdienstleistung des Landes in Anspruch nehmen. Abgesehen davon, ich hatte auch zwei Kinder als Bankangestellter, der am Wochenende auch gearbeitet hat, dass ich mein Haus bauen konnte. Damals gab es überhaupt keine Gratsdienstleistungen. Ich darf erinnern, dass damals die SPÖ mit absoluter Mehrheit dieses Land regiert hat. Ich darf schon auch einmal festhalten, *(Lärm im Hause. – Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic. – Abg. Zellot: Das ist eine Fragestunde und keine „Quatschstunde“!)* Herr Präsident, sorgen Sie für Ruhe in diesem Haus, *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* ich darf schon auch festhalten, dass tatsächlich ... *(Abg. Mag. Cernic: Wenn der einen derartigen Blödsinn daher redet!)* Ich werde, so lange eine Quakente hier quakt, nicht reden. *(Vorsitzender: Bitte, am Wort ist der Herr Landeshauptmann und es gebietet sich, auch ihm die Aufmerksamkeit zu geben. Bitte, Herr Landeshauptmann, setzen Sie fort!)* Also die Frau Abgeordnete stellt fest, dass sie quakt, das halte ich für das Protokoll fest. Ich darf mitteilen, dass viele Leistungen in der Zeit der SPÖ-Alleinregierungen nicht waren. Es gab keine Kleinkindbetreuung in Kärnten, es gab keinen verpflichtenden Vorschulkindergarten, es gab ein Schmalspurangebot, es gab keine Gratskinderbetreuungsleistungen, es gab keine Familienförderung, es gab kein Kinderbetreuungsgeld vulgo Kinderscheck beispielsweise! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Das heißt, man muss schon einmal klar festhalten: Wer hat in Kärnten überhaupt erst familienfaire Bedingungen eingeführt? Wir waren acht, Jake Strauß, und mein Vater hat nichts gekriegt für seine Kinder. Damals habt aber ihr das Land regiert, das ist der wesentliche Unterschied! Daher noch einmal: Wir haben Kärnten zum Familienland Nummer eins gemacht und auch diese Veränderung der Förderungen nimmt einerseits auf budgetäre Notwendigkeiten Rücksicht, aber andererseits auch auf sozial bedürfti-

Dörfler

ge Familien und Eltern. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall, dann hat die Anfragerin noch eine Zusatzfrage. Bitte!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Landeshauptmann! Man sieht es schon ein, die schwierige Budgetsituation ist mir bekannt und dass das Land zum Sparen gezwungen ist. Ich finde auch diesen Vergleich auch irgendwie ganz passend, wenn sozusagen das Land Kärnten der Vater ist, dann muss er auch dafür sorgen, dass man genug im Geldtascherl hat, das weiß ich selbst auch, ich bin auch Mutter von zwei Kindern. Ich habe nicht ein teures Auto gekauft, sondern ich habe geschaut, dass ich gesunde Lebensmittel für die Kinder habe und eine Betreuung. Also wenn man bei dem Vergleich bleibt, wenn das Land Kärnten der Vater ist, dann kauft er sich ein Beraterhonorar um 6 Millionen Euro, also einen Jaguar, aber die Kinder sind hungrig. Man weiß ganz genau, man darf nicht am falschen Platz sparen, das ist die Frage. Also wieso im Sozialen, bei der Bildung oder bei der Gesundheit, das steht außer Streit hoffentlich und deswegen diskutieren wir hier, dass da nicht gespart wird. Weil wenn man zum Beispiel das Beraterhonorar vom Birnbacher verwendet hätte, 6 Millionen Euro, *(Vorsitzender: Frau Abgeordnete, bitte hier keine Debatte zu führen, sondern eine Einbegleitung zur Zusatzfrage! Ich ersuche Sie, bitte!)* daher ist meine Frage: Wieso zum Beispiel gerade beim Kindergarten gespart wird und nicht zum Beispiel bei der Beamtenpensionsreform, die schon längst umgesetzt hätte werden können? *(Vorsitzender: Bitte nur eine Frage zu stellen, nicht zwei Fragen. Eine Zusatzfrage, bitte Frau Abgeordnete, wiederholen Sie Ihre Zusatzfrage!)*

Also im Unterschied zu unterschiedlichen Sparmöglichkeiten wird beim Kindergarten gespart. Wieso gerade hier?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Frau Abgeordnete! Wenn Sie die Bilanzen und wenn Sie sich mit Budgets beschäftigen, gerade heute wird der Finanzreferent auch das Budget 2011 vorstellen, dann vergleichen Sie die Entwicklungen für Aufwendungen im Bereich der Familie, im Bereich des Sozialen und im Bereich der Gesundheit. Dann werden Sie feststellen, dass wir in Kärnten die letzten zehn Jahre eine Finanzierungsoffensive gerade in diesen Bereichen durchgeführt haben. Eine der größten Offensiven war auch das Kinderbetreuungswesen. Wir haben das Angebot wesentlich verbessert und ausgebaut. Wir haben heute ein ausreichendes und flächendeckendes Angebot, das aufgrund der demographischen Entwicklung teilweise sogar so ist, dass gerade kleinere Gemeinden enorme Betreuungsplätze im Überangebot haben. Ich darf schon festhalten, dass es jetzt aber die Notwendigkeit ist, eben auch sozial treffsicherer zu agieren. *(Beifall von der F-Fraktion.)* All jene Familien, die die Unterstützung des Landes brauchen, werden im Rahmen der Fördermechanismen auch die Förderung erhalten. *(Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic.)* Ich möchte aber festhalten, wenn wir zum Beispiel – es wird schon wieder gequakt da herinnen, die Enten sind sehr schnattrig heute – ich darf schon auch festhalten, dass es immer wieder auch eine aufgeregte Diskussion rund um den Teuerungsausgleich gibt. *(Anhaltende Zwischenrufe von Abg. Mag. Cernic. – Vorsitzender: Frau Abgeordnete Mag. Cernic, bitte! Am Wort ist jetzt der Herr Landeshauptmann!)* Die Frau Lehrerin ist schlecht erzogen, wie man sieht.

Ich darf Folgendes beleuchten: Wir haben in den letzten Jahren zum Beispiel den Teuerungsausgleich den Menschen in Kärnten zur Verfügung gestellt und gerade die, die jetzt ein Problem damit haben, dass wir eine soziale Gewichtung im Bereich der Kinderbetreuungskosten vornehmen, erklären mir, dass es mehr Sozialleistungen geben soll. Die Frau Abgeordnete Lesjak wird mir dann, wenn es wieder einen Teuerungsausgleich geben wird, erklären, wie schlimm das alles sei, dass wir den Ärmsten im Lande helfen. *(Abg. Dr. Lesjak: Je nachdem, ob*

Dörfler

es eine Teuerung gibt oder nicht!) Noch einmal: Die Ärmsten kommen mit ihren Haushaltsbudgets, egal ob es eine Teuerung gibt oder nicht, kaum bis gar nicht zurecht, Frau Abgeordnete. Die haben kein Abgeordnetengehalt, auch kein Landeshauptmanngehalt, die haben große Sorgen. Ich lasse es mir nicht schlecht reden, dass es auch eine politische Verantwortung in diesem Lande gibt, dass gerade denen, die es wirklich dringend brauchen, egal ob die Inflation 1,2 Prozent oder 3,4 Prozent ausmacht, auch geholfen wird. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Daher ein klares Ja zu fairen Sozialleistungen und wir werden auch in der weiteren Budgetkonventiondiskussion auch dafür Sorge tragen, dass die Menschen, die es brauchen, entsprechend unterstützt und gefördert werden, dass wir aber auch dort, wo bisher Leistungen für alle zugänglich waren, den Mut haben müssen, entsprechende Sparmaßnahmen zu setzen. Wenn das noch einmal der Herr Landeshauptmann Voves, weil der Abgeordnete Strauß freundlich kritisch zu mir schaut, feststellt, dass die Steiermark sich nicht mehr leisten wird können, *(Zwischenruf von Abg. Strauß.)* Herr Abgeordneter im Gegensatz zu dir, bin ich halt informiert, das ist der wesentliche Unterschied. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Du kannst sofort die Presseaussendungen haben. Auch der Präsident des Gemeindefundes, immerhin dein Präsident als Bürgermeister, wenn ich das so formulieren darf, hat festgehalten, dass der Gratiskindergarten für Österreich nicht mehr leistbar ist. Da sind wir in bester Gesellschaft! Herr Abgeordneter Strauß, ich werde dir die Unterlagen selbstverständlich gerne zur Verfügung stellen, *(Abg. Strauß: Bitte gerne!)* dass das, was Voves vertritt, auch in Sittersdorf endlich bekannt ist. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Damit kommen wir zur Anfrage

6. Ldtgs.Zl. 108/M/30:**Anfrage Abgeordneter Ing. Haas an Landeshauptmann Dörfler**

Ich ersuche ihn, die Frage zu stellen. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hoher Landtag! Das Thema „Elektromobilität“ wird derzeit vielerorts stark diskutiert und auch beworben, egal ob Elektrotankstellen, Elektroautos, Elektroroller oder Elektrofahrräder. Die E-Mobilität ist derzeit einfach aktuell. Nun meine Frage:

Wie fördert das Land Kärnten Elektrofahrräder?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter! Ich habe bereits vor fast vier Jahren mich mit dem Thema Alternativmobilität und vernünftige Verkehrszukunft sehr massiv beschäftigt, sehr im Hintergrund auch mit internationalen Experten und habe erkannt, dass es einen großen Ausweg aus der Umweltbelastung und Verkehrslawine gibt, die wir täglich in den Wohlstandsregionen unserer Welt haben, die auch durch die Motorisierung Chinas beispielsweise und anderer Regionen der Welt drastisch zunehmen wird und dass es nur einen Ausweg gibt, nämlich alternative Verkehrsangebote. Das ist einerseits der öffentliche Verkehr. Ich darf festhalten, dass wir in Kärnten mit der Investition Schiene, Bahnhofsinvestitionen, neues Wagenmaterial bei Lend- und Desirogarnituren und besonders mit dem Kärnten-Takt oder auch Projekte mit dem Schnellbus, ÖBB- und Postbus, auf diesem Bereich viel geschafft haben. Das nächste ist aber die große Antwort auf die individuelle Massenmobilität und deren Auswirkungen, die wieder auf Grün zu schalten, wenn ich das in der Umweltfarbe formulieren darf, ist die Elektromobilität. Wir haben uns massiv damit auseinander gesetzt – ursprünglich durchaus noch belächelt – und haben entsprechende Maßnahmen gesetzt: Erstens eine Arbeitsgruppe, die unter der Marke „Lebensland Kärnten“ nicht nur die Entwicklung der Elektromobilität, nicht nur Entwicklung der Tankstellensysteme, sondern auch die Produktion von Alternativenergie in den Vordergrund stellt. Elektromobilität ist dann eine ehrliche grüne Mobilität, wenn sie tatsäch-

Dörfler

lich aus alternativ produziertem Strom betrieben wird. Deshalb auch das Projekt in St. Veit, dieses Photovoltaikgroßkraftwerk wird das größte Kraftwerk Österreichs sein, in drei Bauteilen, habe ich dem Landtag bereits vorgestellt.

Das heißt, einerseits Tankstellennetz aus- und aufbauen, andererseits die EVU's auch auf die Netzausbauaktivitäten einschwören. Das ist der Teil der Infrastruktur, Versorgung und Produktion. Der zweite Teil ist dann aber auch, die Mobilität zugänglich zu machen und da haben wir letztes Jahr die Scooter gefördert, auch heuer wieder mit € 400,- pro Scooter. Kärnten hat damit mit jedem siebten Moped, das gekauft wurde, ein Elektrofahrzeug. Wir sind im Vergleich der Bundesländer hier absolut führend! Heuer haben wir laut Magazin „Trend“ das Produkt des Jahres 2010, das Elektrofahrzeug, mit einem Förderkonzept auf die Straße gebracht, weil es mir wichtig ist, dass wir tatsächlich auch entsprechenden Anschub leisten. Wir fördern Elektrofahräder mit 10 Prozent des Anschaffungswertes oder maximal € 220,-. Ich darf berichten, dass zum Beispiel der österreichische Qualitätsproduzent KTM ausverkauft ist. Wir müssen heuer bereits Fahrräder für nächstes Jahr bestellen. Wir haben auch ein Kärnten-Bike entwickelt und KTM ist nicht mehr in der Lage, nur ein Fahrrad zu liefern.

Die müssen jetzt bereits die Vororder für nächstes Jahr entgegennehmen. Wir werden die Stückzahl der Elektrofahräder mit den Händlern in Kärnten massiv erhöhen, weil es ein absolutes Erfolgsprojekt ist. Wir können feststellen, dass vor allem ältere Menschen sehr stark zum Elektrorad greifen, weil sie damit ihre Mobilität wesentlich verbessern können, dass aber auch Umweltbewusstsein und In-Sein für viele eine Kaufentscheidung ist, um ein Elektrofahrzeug oder einen Elektroscooter anzuschaffen. Wir dürfen mit Freude feststellen, dass auch Tourismusregionen wie aktuell der Millstätter See beispielsweise oder die Marktgemeinde Velden und andere immer mehr das Elektrofahrzeug als Angebot für unsere Gäste zur Verfügung stellen und damit einerseits das Nutzen der Radwege und das andererseits in der Kärntner Umwelt zum Thema machen.

Ich darf mitteilen, dass die RWE-Gruppe uns mitgeteilt hat – nach der großen E-Show in Klagenfurt, die hier im Landhaushof, dankenswer-

terweise, Herr Präsident, hast du das bewilligt, stattgefunden hat – dass das Interesse für Elektromobilität laut RWE – Kärnten war ja der einzige Tour-Ort – wesentlich höher ist als in Deutschland. Das ist sehr erfreulich und die haben uns wirklich gratuliert und gemeint, dass wir mit Abstand führend sind. Auch Professor Tumminelli war auf Einladung der KELAG – er ist ja auch ein großer Guru der Elektroautos – hier in Kärnten, sodass wir sagen können, dass wir hier eine kluge Weichenstellung vorgenommen haben. Es ist mir aber auch wichtig, dass unsere KELAG als kompetenter Partner in dem Fall mit dem Eigentümer RWE im Bereich der Elektromobilität Vollgas gibt. Ich kann nur jedem empfehlen, wenn er einmal das Vergnügen hat, eine Tesla testen zu wollen, dieses Fahrzeug ist ein absolutes Erlebnis, ein Sportwagen, der schneller als ein Porsche ist und mit Strom betrieben wird und gleichzeitig keinen Lärm macht. Mir ist es auch wichtig, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) dass wir zwei Nutzen der Elektromobilität beleuchten, das sind einerseits die Abgasemissionen und andererseits aber auch die Lärmemissionen. Städte und Zentren des Lebens, Orte, Gemeinden müssen wieder lebenswerter werden, daher brauchen wir verstärkt Elektromobilität! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. ÖVP-Fraktion? – Auch nicht. Bitte, Herr Abgeordneter, dann können Sie noch eine Zusatzfrage stellen!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Geschätzter Herr Landeshauptmann! Du hast das „Lebensland Kärnten“ bereits in den Mund genommen. Vielleicht eine Zusatzfrage:

Welche weiteren Schritte wird das „Lebensland Kärnten“ bezüglich dem Thema E-Mobilität in Zukunft noch setzen?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Jetzt geht es in Vorbereitung. Ich will, bevor der Vertrag nicht unterschrieben ist, nur ankündigen, dass wir mit einem der Automobilkonzerne der Global Player jetzt einen Vorvertrag unterzeichnet haben. Ich werde dann den Endvertrag entsprechend vorlegen, dass wir tatsächlich Entwicklungspartner für diesen führenden Konzern im Bereich der Elektrofahrzeuge in Kärnten sein werden. Das wird eine Fahrzeugflotte sein, die eineinhalb bis zwei Jahre in Kärnten im Alltagsleben getestet wird. Wir haben den Vorteil, dass wir eine Ganzjahresregion mit Jahreszeiten sind. Die Fahrzeuge müssen nicht nur entsprechend leistungsfähig sein, was die Batterieleistungsfähigkeit und damit die Distanzen anlangt, sondern dieses Fahrzeug muss beispielsweise im Sommer eine Klimaanlage, im Winter eine Heizung bedienen können. Da gibt es viele Aspekte, die im Bereich der Entwicklung noch abgearbeitet werden müssen. Das wird der ganz wichtige Schritt sein. Ich habe das Ziel, da wird es 2012, 2013, 2014 die großen Flotten der großen Erzeuger VW, Mercedes, BMW, Renault, Mitsubishi und andere geben. Da muss Kärnten aufbauend auf diesen vorbereiteten grünen Weg sozusagen tatsächlich das Bundesland Nummer 1 nicht nur im Bereich der E-Scooter und im Bereich der Elektrofahrräder und im Bereich der Entwicklung des Tankstellennetzes bzw. der alternativen Energie sein, sondern dass wir dann auch tatsächlich eine Flotte auf Kärntens Straßen bringen, die unsere Umwelt massiv entlastet. Ich werde dann die Abgeordnete Lesjak und den Rolf Holub einladen. Die erste Ausfahrt wird natürlich rund um den Ring in Klagenfurt sein. Rolf und Gerhard im Elektroauto am Boulevard der alten Bäume, das wird doch ein Erlebnis sein, da werden wir uns beide freuen. Ich lade dich jetzt schon offiziell ein, weil ich meine, dass mein Freund, der Obmann der Grünen in Kärnten, der ein bisschen traurig war, wie ich ein bisschen Ordnung in der Stadt Klagenfurt gemacht habe, jetzt das Recht auf die erste Ausfahrt mit mir hat. Rolf, ich wünsche dir heute schon viel Erfolg und Spaß damit! (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Da wird er mit der Vuvuzela kommen! – Beifall von der F-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Anfrage

7. Ldtgs.Zl. 109/M/30:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Darmann an Landesrat Mag. Ragger

Die Anfrage 7 kann nicht aufgerufen werden, weil das Regierungsmitglied nicht anwesend ist. Ich frage daher den Abgeordneten Darmann: Wünscht er die Frage mündlich bei der nächsten Sitzung? (Abg. Mag. Darmann: Mündlich!) Es wird so vorgegangen. Dasselbe gilt auch für die Anfrage

8. Ldtgs.Zl. 110/M/30:

Anfrage des Dritten Präsidenten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrätin Dr. Prettnner

Ich frage den Dritten Präsidenten, ob er die Frage mündlich bei der nächsten Sitzung haben will? (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich bitte, Herr Präsident! Richten Sie der Landesrätin aus, dass das eine grobe Missachtung des Landtages ist, dass sie unten tanzt und Interviews gibt!)

Ich komme zur Anfrage

9. Ldtgs.Zl. 111/M/30:

Anfrage der Abgeordneten Rossmann an Landesrat Mag. Dobernig

Diese Anfrage kann ebenfalls nicht aufgerufen werden, weil das Regierungsmitglied nicht anwesend ist. (Abg. Rossmann: Mündlich!) Mündlich bei der nächsten Sitzung. Anfrage

10. Ldtgs.Zl. 112/M/30:

Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Landesrat Mag. Dobernig

Die Anfrage 10 detto, Frau Abgeordnete Warmuth? (Abg. Warmuth: Mündlich!) Mündlich bei der nächsten Sitzung. Die Anfrage

Lobnig**11. Ldtgs.Zl. 113/M/30:****Anfrage der Abgeordneten Dr. Lesjak an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Scheuch**

Sie kann aufgerufen werden. Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Die Naturschutzabgabe ist etwas, was wir genauer verfolgen, was damit passiert. Die ist ja zweckgewidmet eben für Maßnahmen zum Schutz und der Pflege der Natur. Wir haben gesehen, dass die Naturschutzabgabe 2010 mit 1,1 Millionen Euro dotiert ist. Wir würden aber auch gerne wissen, wofür dieses Geld verwendet wird, weil in den Erläuterungen zum Vorschlag sowie in den Rechnungsabschlüssen wird da keine Auflistung der Mittelverwendung zur Verfügung gestellt. Das zwingt uns dazu, eben zu fragen, was damit passiert. Natürlich sind wir diese Diskussion auch schon gewöhnt: Was passiert mit den Mitteln, die jetzt nicht transparent gemacht werden? Da kann ja alles Mögliche damit passieren. Ich habe gedacht, ich frage halt gleich direkt, also, Herr zuständiger Landeshauptmann-Stellvertreter:

Wie können Sie „kick-back-Zahlungen“ an sich selbst, Ihre Partei oder parteinahe Einrichtungen bei der Verwendung von Mitteln aus der Naturschutzabgabe als „part of the game“ ausschließen, zumal Sie dem Landtag seit Jahren die Vorlage sämtlicher Abrechnungen verweigern?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sind am Wort!

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Scheuch** (F):

(*Abg. Ing. Scheuch: Eine hochqualitative Fragestellung!*) Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Fragestellung als solche lässt mich fast an den Spruch denken: Wie der Schelm denkt, so spricht er. Es scheint so zu sein, dass die Grünen durch irgendwelche dubiosen Geldzahlungen „kick-back-Geschäfte“

aus dem Naturschutz in Richtung ihrer Partei machen, anders lässt sich das nicht argumentieren. Ich werde mir das natürlich sehr genau anschauen, wir werden das für Ihre Partei sehr genau anschauen, ob wir das für Ihre Partei ausschließen können. Das scheint nicht so zu sein, denn sonst würden Sie ja wahrscheinlich nicht so denken. Ich für meine Partei, ich glaube auch für den Dr. Peter Kaiser, für seine Partei und ich glaube auch für den Dr. Josef Martinz, für seine Partei kann ich das explizit ausschließen, denn Naturschutzabgabe hat eine klare Formulierung und eine klare Aufgabe. Frau Dr. Lesjak, die Naturschutzabgabe ist in Wirklichkeit eine Abgabe, die Nutzer bezahlen, die die Natur in Anspruch nehmen. Dieses Geld ist klar zweckgebunden für Projekte, die dem Naturschutz gelten müssen, werden ganz klar von der Abteilung geprüft, werden dementsprechend dann genehmigt, werden nach Fertigstellung noch einmal überprüft und evaluiert. Wir haben gerade im letzten Landtag in einem Ausschuss eine lange Diskussion über die Mittelverwendung gehabt. Ich habe auch dem Landtagsausschuss intensiv darüber berichtet. Ich habe dem Landtagsausschuss auch die genauen Zahlen über die Mittelaufkommen der einzelnen Jahre aus dem Jahr 2007 herauf übermittelt, auch die Mittelverwendung ganz genau mitgeteilt. Wir haben auch zusätzlich eine Sonderrichtlinie letztes Jahr im Dezember in der Landesregierung beschlossen, die die Mittelverwendung auch ein bisschen breiter in Richtung Gemeinden zulässt, weil wir momentan eine sehr enge Mittelverwendung für die Gemeinden haben, weil wir wissen, dass die Gemeinden diese Gelder, die 20 Prozent, die zweckgebunden für Gemeinden zur Verfügung stehen, gerne noch breiter verwenden würden können, dies aber nicht tun können, weil eben die Zweckbindung auf Naturschutz hier gegeben ist. Wir haben mit dem Kollegen Poglitsch, mit dem Kollegen Strauß und mit den Kollegen meiner Fraktion hier intensiv im Landtagsausschuss diskutiert. Die Fragestellung als solches kann ich also klar damit beantworten, dass ich das von Haus aus aufgrund der gesetzlichen Grundlagen ausschließen kann, erstens und zweitens, weil meine Partei so etwas nicht machen würde. Wenn Sie so etwas andenken, dürften Sie Mechanismen kennen, wie man das macht. Da kann ich nur sagen, gehen Sie in sich und schämen Sie sich dafür! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von den Freiheitlichen eine Zusatzfrage?
– Das ist nicht der Fall. Von der SPÖ-Fraktion?
– Auch nicht. Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht. Dann, bitte, Frau Abgeordnete, können Sie eine Zusatzfrage stellen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Landesrat! Jetzt bin ich in mich gegangen, (*Abg. Ing. Scheuch: Vielleicht gelingt dir das besser!*) aber ich empfinde keine Scham und gar nichts, weil ich ja nicht diejenige war, die zu einem Russen am Telefon gesagt hat, das ist „part of the game“ und da sozusagen deutlich gemacht habe, dass ich auch Geld nehmen würde. So etwas tun wir nicht! Wir waren die Ersten, die alles offengelegt haben, unsere Einkünfte. (*Zwischenruf von 3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo.*) Das ist wieder ein anderes Thema, aber da lasse ich mich irgendwie nicht ärgern. Schade ist, dass die Frage jetzt so nicht beantwortet worden ist, (*Abg. Ing. Scheuch: Das ist die Frage!*) weil wenn es das gibt, diese ganzen Auflistungen und die genauen Betrachtungen der Mittelverwendungen, dann ist es schade, dass das nicht zu uns durchgedrungen ist. Es kann schon sein, dass das im Ausschuss diskutiert worden ist, aber uns hat das keiner zur Kenntnis gebracht. Wenn man uns das auch berichtet hätte und diese Informationen zur Verfügung gestellt hätte, dann hätten wir uns jetzt die Frage heute erspart. (*Abg. Mag. Darmann: Du hättest ja zuhören können! Es hindert dich keiner, in den Ausschuss zu kommen und zuzuhören!*) Können Sie wenigstens ungefähr sagen, wofür jetzt die Mittel verwendet worden sind? (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Frag die Frau Hämmerle!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Scheuch** (F):

Sehr geehrte Frau Dr. Lesjak! Die Grünen waren jene Partei, die als einzige Partei – und das auch für die Zuhörer und Zuhörerinnen und auch auf

der Tribüne – war die einzige Partei, die nicht freiwillig auf fünf Prozent der Parteienförderungserhöhung verzichtet hat, (*Starke Unruhe in der F-Fraktion.*) sondern die gesamte Parteienförderung genommen hat, die gesamte Parteienförderung! (*Einwand von Abg. Ing. Rohr. – Vorsitzender: Bitte zur Sache!*) Herr Präsident, ich verstehe die Aufgeregtheit vom Kollegen Rohr nicht, das war ganz klar eine Antwort auf das, was die Frau Kollegin Lesjak gesagt hat. Wenn sie in der Einbegleitung etwas aufstellt, dann darf ich das auch beantworten! Zweitens, Frau Dr. Lesjak, auch wenn Sie jetzt aufgeregt werden, Sie haben jetzt hier gerade gelogen! Ich sage das ganz klar und explizit: Sie haben gelogen, wenn Sie gesagt haben, ich hätte mit einem Russen telefoniert und ihm das am Telefon gesagt. Das ist eine glatte Lüge! Nur weil Sie sich hinter Ihrer Immunität verstecken können, können Sie so etwas von sich geben, denn ansonsten würden Sie sich solche Dinge zweimal überlegen und dementsprechend nicht mit solchen ... (*Abg. Dr. Lesjak: Sie auch!*) – ich bin nicht immun, ich genieße keine Immunität. Regierungsmitglieder genießen keine Immunität, nur Landtagsabgeordnete und Parlamentarier genießen eine Immunität. Drittens, Frau Kollegin Lesjak, es steht Ihnen ja zu, dass Sie irgendwann einmal vernünftige sachpolitische Themen versuchen zu behandeln, damit Sie die Kärntnerinnen und Kärntner in einem höheren Ausmaß von Ihrem Vertrauen überzeugen können und dann auch kraft Ihrer Stärke in einem Landtagsausschuss sitzen und damit auch die nötigen Informationen bekommen werden. Viertens können Sie mir glauben, dass niemand Geringerer als die Mitglieder des Naturschutzbeirates, die Naturschutzabteilung und alle verantwortlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowohl der Finanzabteilung als auch der Abteilung 20 als auch der Abteilung 15 genau darauf achten, was mit diesem Geld passiert. Das sind Einnahmen, die sich jährlich zwischen €700.000,- und 1,3 Millionen Euro einpendeln. Wir haben im heurigen Jahr bis jetzt €500.000,- in Form von konkreten Projekten alleine den Gemeinden bereits zugesagt. Die restlichen Mittel sind zweckgebunden für den Naturschutz, können auch nicht zweckentfremdet verwendet werden, weil das Naturschutzgesetz das klar regelt und werden ausschließlich dafür verwendet, um im Land Kärnten wichtige Naturschutzprojekte wie zum Beispiel den Ankauf von Grundstücken, von Natur-

Dipl.-Ing. Scheuch

schutzorganisationen, wie zum Beispiel Projektfinanzierungen zwischen Gemeinden, ARGE Naturschutz und anderen Projektträgern, wie zum Beispiel Naturschutzprojekte, die aus der Land- und Forstwirtschaft kommen, wie zum Beispiel Revitalisierungsprojekte, wie zum Beispiel Biotop-Kartierungen, wie zum Beispiel viele andere Dinge gewährleisten zu können. Jeder Euro wird hier zweimal angeschaut, jedes Projekt wird genau evaluiert. Glauben Sie mir, wenn Sie sich mit der Sache einmal intensiv beschäftigen wollen, dann kommen Sie jederzeit gerne zu mir ins Büro. Dann machen wir uns einen Termin aus. Dann lege ich Ihnen diese Liste vor, dann können wir uns das gerne ge-

meinsam anschauen. Ansonsten bleibt nur eines: Wahlen gewinnen, stärker werden und mitverhandeln! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit, Hohes Haus, ist die Fragestunde durch Zeitablauf beendet. Es konnten die Fragen von 12 bis 38 nicht aufgerufen werden. Ich gehe davon aus, dass die Damen und Herren Anfragerinnen und -steller diese Anfragen mündlich bei der nächsten Sitzung verlangen werden.

Hohes Haus! Wir kommen nun zur Durchführung der

Aktuellen Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des SPÖ-Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die SPÖ an der Reihe. Das Thema lautet: „Der Versorgungsauftrag des Landes Kärnten, die Aufgaben des Gesundheitsreferenten und die Aufgabenstellung der KABEG.“ Ich erteile dem Redner der Antragsteller als Erstem das Wort, es ist dies der Klubobmann Abgeordneter Ing. Reinhart Rohr. Ich ersuche ihn, zu sprechen und bitte um die Beachtung der fünf Minuten Redezeit! Sie sind am Wort, bitte!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten, Regierungsmitglieder! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wenn es in der Kärntner Politik ein ungeschriebenes Gesetz gegeben hat, dann jenes, dass neben der Wohnbaupolitik und der Wohnbauförderung die Gesundheits- und die Krankenanstaltenpolitik als Konsensmaterien über Parteigrenzen und Jahre hinweg gegolten haben.

In beiden Themenbereichen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, geht es um wesentliche Fragen der Grundversorgung für die Kärntner Bevölkerung. Beim Wohnbau darum, ein leistbares Dach über dem Kopf zu haben, bei der Gesundheitspolitik um die Sicherheit, dass jeder Kärntner, jede Kärntnerin medizinische Leistung in höchster Qualität in Anspruch neh-

men kann, wenn er/sie diese braucht und diese auch in umfassendem Ausmaß zur Verfügung stehen. Beim Wohnbau ist dieser Konsens in den Hintergrund gerückt, als der Geldbedarf und das Löcherstopfen für Budgetlöcher in den Vordergrund getreten sind. Die Auflösung der Zweckbindung der Wohnbaugelder, die Aufgabe der Gemeinnützigkeit, der Verkauf von Wohnbaugesellschaften an private Investoren waren Gründe, um „Kohle“ im wahrsten Sinn des Wortes, sprich Geld zu machen für diese. Dass dabei ein Politsystem Haider-, Grasser- und FPÖ/ÖVP-Freunde über Nacht reich geworden ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich weiß, das hören Sie nicht so gerne, ist inzwischen aber vielfach bewiesen und bestätigt und beschäftigt die Korruptionsverfolger der Republik. (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Wer hat dir denn das aufgeschrieben?*)

Die nächste Kuh, die gemolken werden soll, meine sehr geschätzten Damen und Herren, weil es ihnen im Budget hinten und vorn nicht mehr zusammengeht, wird jetzt das Kärntner Gesundheits- und Krankenanstaltenwesen. Geradezu putschhaft – putschhaft! putschhaft! – in neun Tagen (*Abg. Stromberger: Professionell, nicht putschhaft! Professionell!*) wird von den Freiheitlichen, FPK und ÖVP mit Gesetzesinitiative die „Gesundheitspolitik“ fit gemacht, um letztlich auch folgende Punkte zu erreichen:

Erstens bisherige Verantwortungen einfach aus-

Ing. Rohr

zuschalten. Gesundheitsreferenten mehr oder weniger zu entmachten, Verwaltungsdirektoren zu entlassen. Zweitens blau-schwarz umzufärben. Drittens Arbeitnehmerinteressen und -rechte mit Füßen zu treten. Viertens die Zentralisierung und Macht in eine politisch gesteuerte Hand zu geben. Fünftens die Privatisierung voranzutreiben, Firmengründungen möglich zu machen, die letztlich ja klar das Indiz dafür sind, meine geschätzten Damen und Herren, wenn Sie ehrlich sind und in Wahrheit auch die Absichten eingestehen, dass später Private ihr großes Geschäft im Kärntner Gesundheitswesen machen können. Und sechstens wandert der Gesundheitsfonds so nebenbei mit einigen hundert Millionen Euro noch zum Finanzreferenten, weil der Gesundheitsreferent offensichtlich entmachtet werden sollte.

„Alles rein sachpolitisch motiviert“, das versuchen zumindest der Herr Kollege Klubobmann Scheuch und der Herr Kollege Klubobmann Tauschitz in Begleitung von Frau Manegold und Co. in den letzten Tagen durch Schönreden der Öffentlichkeit weiszumachen. Nicht gefragt – nicht gefragt! – sind die Mitzahler, die Gemeinden nicht, die Städte nicht. Da hilft auch eine Einladung, Herr Kollege Scheuch, gestern ausgesprochen für heute, nichts, um sich drüberzuschummeln. (*Abg. Ing. Scheuch: Sind aber alle gekommen!*) Um sich drüberzuschummeln! Was haben Sie ihnen denn gegeben? Was haben Sie ihnen gegeben? Sie haben ihnen gegeben diese Art des Drüberfahrens, diesen demokratiefeindlichen Akt. Und wenn das am Donnerstag hier im Landtag beschlossen wird, dann wird das ein schwarzer Tag für die Demokratie in Kärnten! Das sage ich Ihnen, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) dass dieser Putsch nicht so hingenommen werden kann! Und im Übrigen haben Sie 26 Fehler in diese Gesetzesinitiative eingebaut! (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) 26 Fehler mussten Sie sich eingestehen! Die Verfassungsabteilung musste korrigierend eingreifen, sonst wäre das Krankenanstaltenwesen sogar um die Gemeinnützigkeit gekommen! Machtkonzentration, Entmachtung der Arbeitnehmer, Zentralisierung, das sind die politischen Motive! (*Abg. Ing. Scheuch: Auf Wiederseh'n!*) Das Primat „Patient und höchste Versorgungsqualität“ muss dem Primat „Geld und Macht“ geopfert werden. Und, Herr Kollege Scheuch, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu*

kommen, die Redezeit ist abgelaufen, Herr Klubobmann!) wenn Sie erklären und beschwören, dass das mit Privatisierung nichts zu tun hat, dann muss ich Ihnen eines sagen, (*Vorsitzender: Herr Klubobmann, bitte die Redezeit ist schon um 20 Sekunden überschritten!*) bei dem Farbenspiel, das Sie innerhalb Ihrer Parteien schon mitgemacht haben, glaubt Ihnen kein Kärntner und keine Kärntnerin mehr etwas! (*Abg. Ing. Scheuch: Auf Wiederseh'n! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Ing. Scheuch und ich erteile ihm das Wort. Bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

(*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist der schwächste Rohr, den es je gab! – Abg. Trettenbrein: Erklär einmal, um was es geht!*) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Es war ja gerade hier der Fleisch gewordene Beweis, dass dieses Gesetz ein richtiges Gesetz ist, am Rednerpult. Der Herr Kollege Rohr, der als Politfunktionär und als Parteisoldat viele Jahre letztendlich auch im Aufsichtsrat gesessen ist und nur deswegen im Aufsichtsrat gesessen ist, hat bis zum heutigen Tag anscheinend keine Ahnung von der Materie und deswegen gehören diese politischen Einflussnahmen auch endgültig aus der KABEG eliminiert! (*Beifall und Bravo-rufe von der F-Fraktion.*) Und wissen Sie, lieber Kollege Rohr, den Herrn Kaiser haben nicht wir entmachtet, sondern direkt die Kärntnerinnen und Kärntner haben Sie entmachtet! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Und so würde mir noch einiges einfallen, von der Kärntner Druckerei bis zu Ihrem eigentlich erbärmlichen Schauspiel, das Sie hier abgeliefert haben, könnte man lange reden, wenn dieses Gesetz nicht richtungsweisend und wichtig wäre. Deswegen wirklich zu sachlichen Inhalten und nicht zu polemischen Kleinkriegen!

Fakt ist, dass es im Gesundheitswesen österreichweit und europaweit genau drei Denkschulen gibt. Die eine Denkschule ist Privatisierung und solange es hier im Kärntner Landtag bei den Abgeordneten über die Parteigrenzen hinweg

Ing. Scheuch

eine klare Grenze gibt, weil man sich hier klar bekennt, wie meine Partei und wie es auch der Peter Kaiser – und ich schaue ihn jetzt absichtlich an! – ganz genau weiß, dass ich und alle Abgeordneten hier im Haus uns mit Händen und Füßen gegen eine Privatisierung wehren würden, sollte sie angedacht sein, ist klargelegt, dass dies nicht der Kärntner Weg ist! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Dann gibt es – ich komme schon zu Parteikollegen, bitte keine Ungeduld auf den hinteren Rängen, lieber Freund aus dem Drautal – Fakt ist, dass es eine weitere Denkschule gibt, die die Bundes-SPÖ andenkt. (*Abg. Schlagholz: Welche?*) Eine Zentralisierungs- und Zusperrdebatte! Auch das ist eine Denkschule, der man zumindest folgen kann. Wir in Kärnten haben uns zu einer anderen entschlossen, zu einem Weg, der letztendlich ganz klar die Qualität sichert, der die Standorte absichert, die Arbeitsplätze absichert und auch einen schonenden Mitteleinsatz zulässt. Dieser Weg führt über eine Leistungsangebotsplanung. Und sollten Sie es vergessen haben, Herr Kollege Rohr, Sie haben auch dort die Hand in der Höhe gehabt, als man sich klar zu dieser Leistungsangebotsplanung bekannt hat! Und bis zum heutigen Tag konnte mir noch keiner sachlich erklären, nicht polemisch, nicht mit den Gefühlen der Menschen spielend, wie soll man eine Leistungsangebotsplanung in dieser Struktur, wie sie die KABEG zur Zeit hat, umsetzen? Das ist schlicht und ergreifend unmöglich und deswegen brauchen wir eine KABEG-Strukturreform und nichts anderes steht in diesem Gesetz! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

So, und jetzt vielleicht noch etwas zur Aufgeregtheit wegen der Schnelligkeit, Ja, wer hat denn den Herrn Gesundheitsreferenten gehindert, einen anderen Vorschlag, einen besseren Vorschlag auszuarbeiten und einzubringen? Und ich sage es Ihnen einmal ehrlich: Kein einziger Gesundheitsreferent der SPÖ hat es geschafft! Und zwar hat es Peter Kaiser nicht deswegen nicht geschafft, weil er unintelligent ist, nicht deswegen nicht, weil er ein guter Gesprächspartner ist, nicht deswegen nicht, weil er auch im Grunde seines Herzens ganz genau weiß, dass es der richtige Weg ist, sondern Peter Kaiser ist hier ein Gefangener seiner Partei, seiner mächtigen Bürgermeister und ein paar linker Einflüsterer – das sage ich einmal ganz klar – (*Beifall von der F-Fraktion.*) die sich alle schämen sollten,

Menschen letztendlich hier zu instrumentalisieren und Tatarengerüchte in Umlauf zu bringen! Das Gesetz lässt auch im einen oder anderen Bereich Handlungsmöglichkeiten zu. Ja, und die müssen auch positiv gelebt werden! Nur eines ist in diesem Gesetz auch klar niedergeschrieben, dass nicht mehr Politiker von Parteien in einen Aufsichtsrat nominiert werden, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) – Danke, ich werde natürlich auch in der Redezeit bleiben, nicht wie mein Vorredner – sondern dass es hier zu einer Entpolitisierung kommt, die Landesregierung Experten entsendet und diese Experten auch richtige Entscheidungen für die Zukunft tragen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen Sachargumente, sachliche Lösungen, dafür stehen wir parat! Gegen Verhetzung der Mitglieder und der Mitarbeiter sprechen wir uns aus und wir werden letztendlich auch jedes Sachargument gelten lassen, alles andere sei aber dorthin verbannt, wo es hingehört, nämlich in die ohnehin marode Parteizentrale der SPÖ! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Tauschitz und ich erteile ihm das Wort. Bitte, zu sprechen, Herr Klubobmann!

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Reinhart Rohr ist heute herausgekommen ans Rednerpult und hat behauptet, es wäre langjährige Tradition im Kärntner Landtag, dass zwei Dinge in diesem Land im Konsens passieren, (*Abg. Ing. Rohr: War so!*) die Gesundheitsversorgung und der Wohnbau. (*Abg. Ing. Rohr: War so!*) Ich kann mich gut erinnern, 2004, wie ihr mit der FPÖ gemeinsam die ÖVP ausradiert habt aus dem Bereich der Gesundheitsversorgung, wir sind überall rausgeflogen, wo man nur rausfliegen kann! (*Lärm im Hause. – Zwischenruf von Abg. Ing. Rohr.*) Wenige Monate später hat die SPÖ mit der FPÖ uns im Wohnbaubereich ausradiert! (*Es herrscht Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Ihr habt die Wohnbauförderungsdarlehen verkauft, ohne eine einzige Silbe zu behaupten. Also kommen Sie

Tauschitz

nicht heraus und erzählen Dinge, die nicht wahr sind! Sie werden nicht einmal rot dabei! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Und falls Sie es nicht glauben wollen, ich nehme das Protokoll der Ausschusssitzung vom 14. Dezember, wo Sie zum Beispiel das Erste, was mir aufgefallen ist, das Wasserwirtschaftsfonds-, das Regionalfondsgesetz durchgepeitscht haben, zwei Tage später ist es beschlossen worden und nicht zehn Tage, die wir bei der KABEG Zeit gelassen haben allen, dass sie mitreden! (*Abg. Trettenbrein: So schaut's aus!*)

Aber kommen wir zurück zur SPÖ. Krassnig, Kerstnig, Gallob, Rauscher, Ausserwinkler, Ambrozy, Schantl und jetzt Peter Kaiser – alle Gesundheitsreferenten der letzten 61 Jahre – der letzten 61 Jahre! – wo die SPÖ in diesem Land fast ausschließlich die Verantwortung im Gesundheitsbereich hatte und jetzt wird der ganze Wirbel inszeniert (*Abg. Ing. Rohr lacht.*) – da muss er lachen, siehst du, da muss er lachen, weil da kommt dann die Wahrheit heraus beim Reinhart Rohr und der SPÖ – der ganze Wirbel wird inszeniert, weil die SPÖ behauptet, man hätte sie nicht gefragt. Man hat die SPÖ gefragt. (*Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion.*) Fast 60 Jahre lang hat man die SPÖ gefragt, aber außer die Hände in den Schoß zu legen und weiter mit Gratis-Verteilaktionen, wo man Verbandskästen verteilt, zu warten, bis der Bund die Steuern erhöht, passiert bei der SPÖ nichts. Das ist Stillstand und Stillstand in schwierigen Zeiten ist brandgefährlich, denn wenn man sich nicht verändert, dann kann es relativ schnell bergab gehen mit einem Betrieb, das haben wir ja vor kurzem gesehen.

Die ganze Panikmache – schauen wir da kurz dahinter! Ich erinnere an einen Zeitungsartikel der „Kleinen Zeitung“ vom 26. Jänner 2009, Titelüberschrift „Nur die Entpolitisierung rettet die KABEG“. Nur die Entpolitisierung! Und genau das, meine lieben Freunde, machen wir. Politik raus, Experten rein! Wir haben das vor der Wahl jahrelang gepredigt und setzen es jetzt um! Darauf sind wir auch stolz, weil es wichtig ist und weil es richtig ist! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Die SPÖ versucht, mit einem 20 Jahre alten Gesetz ein modernes Krankenhaus zu managen und wundert sich, wenn man dann draufkommt, dass das nicht funktioniert. Aber gehen wir ins Detail. In der KABEG gibt es zur Zeit kein einheitliches EDV-System, kein einheitli-

ches Qualitätsmanagement, ja keinen einheitlichen Einkauf. Büromöbel, Medikamente, Putzmittel, alles wird irgendwo gekauft. Und damit ihr wisst, wovon wir reden: Allein die Vereinheitlichung der EDV-Systeme bringt €500.000,-. Da können wir zehn Krankenschwestern zusätzlich anstellen im Jahr, nur wenn sich zwei Krankenhäuser auf ein EDV-System einigen. Aber die SPÖ sagt, das darf nicht sein, das ist eine Sauerei! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Aber die SPÖ muss es ja wissen!

Ja, die Verantwortung für die Mitarbeiter wird natürlich auch in die Direktion zur Frau Manegold und zum Expertenrat übertragen. Ja, selbstverständlich! Da sind wir aber dafür! Die SPÖ sagt, das ist falsch. Die SPÖ sagt, das darf nicht sein, es darf kein Zusammenlegen geben, obwohl die zentrale Führung von so großen Unternehmen gang und gäbe ist. Ja, die Direktoren werden in Zukunft weisungsgebunden sein und der ehemalige Büroleiter vom Peter Ambrozy wird weiterhin Betriebsdirektor in der Gailtalklinik bleiben, nur er wird halt nach Klagenfurt reporten müssen. Die SPÖ sagt, das ist unfassbar, das darf nicht sein! Da frage ich mich wirklich, wo da, ganz ehrlich gesagt, das Problem besteht.

Und ja, es wird eine Expertenkommission geben! Da werden Fachleute drinnen sitzen, Juristen, Betriebswirte, Volkswirte, Mediziner, die sich in der Sache auskennen (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*), und ich weiß, die SPÖ sagt, das geht auch nicht, weil Experten dürfen nicht in die KABEG. Aber kommen wir zu einem letzten Argument und das ist das Durchpeitschen und damit bin ich schon am Schluss. Es gibt nun einmal nur drei Arten, um ein Gesetz werden zu lassen, nämlich einmal durch die Regierung, einmal durch das Parlament und einmal durch das Volk in der Proporzregierung. Es kann nun einmal nur der Peter Kaiser ein Begutachtungsverfahren aktivieren, nur er als zuständiger Referent ist dazu in der Lage. Peter Kaiser will kein neues Gesetz und aus diesem Grund gibt es auch kein Begutachtungsverfahren und so bleibt nur dem Landtag übrig, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) diese Initiative zu ergreifen, um zu verhindern, dass die KABEG mit Vollgas gegen die Wand der Unfinanzierbarkeit fährt. Und was es bedeutet, mit Vollgas gegen die Wand der Unfinanzierbarkeit zu fahren, sollte gerade die SPÖ

Tauschitz

wissen, spätestens seit letzter Woche, seit der Pleite ihrer eigenen Druckerei! Danke vielmals! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Holub und ich erteile ihm das Wort. Bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Irgendwie hat es für mich den Eindruck, als wenn es doch noch so einen Spielcharakter hat und den würde ich gerne herausnehmen. Es ist bitterer Ernst, es ist wirklich sehr ernst und ihr spielt nicht nur mit der Gesundheit der Menschen, ihr spielt auch mit Menschenleben. Ihr habt gesehen, wie es unten im Landhaus ausgesehen hat, wie ernst die Sache wirklich ist und jetzt meine ich den Kollegen Tauschitz: Die Sache ist ernst! Wenn ihr wirklich euch jetzt auf einen Klassenkampf einlassen wollt, wenn ihr wirklich wollt, dass in Krankenhäusern Notbetrieb stattfindet, wenn ihr wirklich mit Menschenleben spielen wollt, dann lasst den Punkt morgen oder übermorgen auf der Landtagssitzung oben. Dann fährt über 8.000 Menschen drüber, ohne mit ihnen über das zu sprechen, was hier passiert. Wenn das euer Wille ist, aber nehmt es wirklich so ernst, wie es ist! Ihr ändert die demokratische Qualität in diesem Land und es wird nichts mehr nach dem Donnerstag so sein wie es vorher war. Nehmt das bitte zur Kenntnis! (*Beifall von Abg. Dr. Lesjak und von der SPÖ-Fraktion.*)

Es ist ernst und ich darf sagen, ich habe es selbst gespürt und viele von euch spüren das einfach nicht, was letzten Dienstag hier passiert ist. Dass man einfach ein Gesetz hereinbringt über die Hintertür, das grottenschlecht ist, das voller Fehler ist, wo ihr selbst nicht wisst, was es bedeutet. Ich weiß, was der Tauschitz will und ich weiß auch, was der Kollege Scheuch will. Aber das steht da nicht drin und das ist das Problem! Da steht was ganz anderes drin und wenn ihr wollt, dass das gut drin steht, dann macht das mit gescheiten Leuten und nicht mit Experten. Ich

weiß nicht, wie sie heißen, genannt wurde Herr Tschernutter und Herr Krainer, die das im geheimen Kämmerlein schreiben, weil Geheimexperten dürfen in einer Demokratie nicht existieren! Das ist Geheimgesetzgebung wie in Serbien! Danke schön! (*Beifall von Abg. Dr. Lesjak und von der SPÖ-Fraktion.*)

Dieses Gesetz hat drei Qualitäten: Erstens die Novelle, wie sie zustande gekommen ist, das ist schon sehr dubios. Dass die SPÖ im Schlaf kastriert wird, hat eine ganz eigene Qualität. Dass man hier von roter Seite monatelang nichts gemerkt hat, ist wirklich eine ganz eigene Qualität und werden Sie selbst beurteilen müssen. Aber jetzt ist es an der Zeit, sich aufzustellen und alle möglichen Sachen wieder zu suchen, die man verloren hat und zu kämpfen. Es geht hier um Einiges, bitte in Richtung der roten Freunde, ein Anfang wurde schon gemacht! Das Zweite ist die Art und Weise, wie das durchgepeitscht wird. Ich erinnere euch nur an die Ortstafeln: Bei den Ortstafeln wollen alle den Konsens bis zum letzten Hausmeister irgendwo in Unterkärnten. Würde hier mit 51 Prozent bei den Ortstafeln drüber gefahren werden, dann möchte ich nicht wissen, wie geschrien wird im FPK-Lager. (*Abg. Ing. Scheuch: Ich nicht, Rolf!*) Also, wenn man Konsens wollte, dann muss man schon alle einbeziehen. Wenn man 8.000 Menschen das Leben ändert, dann haben die das Recht, dass man mit denen spricht, bevor man so etwas macht. Und so lange das nicht passiert, ist es nicht demokratisch. Nur, weil hier eine Mehrheit bestimmt, hat das mit Demokratie noch lange nicht was zu tun. Demokratie heißt, dass man die mit einbezieht, die es betrifft. Wenn man schlechte Gesetze macht, ich erinnere euch an die Parteienfinanzierung, habt ihr bitte nichts gelernt aus dem Mist, den wir in der Nacht beschlossen haben? (*Empörte Rufe aus der F-Fraktion. – Abg. Trettenbrein: Wo warst du?*) Habt ihr nichts gelernt aus diesem Durchpeitschen? (*Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. – Vorsitzender: Bitte um Aufmerksamkeit dem Redner!*) Wie sagt immer der Rauscher im Standard, das ist ein System, das aus Erfahrung dumm wird. Sorry, aus working poor wird thinking poor, wird Kärntner poor. Das ist nicht gescheit was ihr macht! Ihr macht hier die Probleme der nächsten Jahre! Das ist nicht gescheit! Nehmt bitte Vernunft an, lasst einmal Vernunft part of the game sein. Nehmt den Punkt herun-

Holub

ter, wir diskutieren das. Ich werde den Antrag stellen zurück in den Ausschuss und wir reden darüber. (*Abg. Trettenbrein: Weißt eh, wie du den Antrag stellen kannst!*) Das ist Demokratie! Wenn der Kollege Scheuch sagt, er will keine Diskussion – wir sind hier im Parlament, da wird diskutiert. Es kommt vom Reden und nicht von keiner Diskussion. Wer drüber fährt, hat zermatschte Menschen, so funktioniert das nicht.

Der Inhalt, was da drin steht, bitte, das ist die dritte Ebene. Die dritte Ebene heißt, dass die Politik sich von den Zielvorgaben verabschiedet. Besonders gescheit! Was wird denn die Zielvorgabe sein? Mehr Geld als Mensch? Wer wird die Entscheidung treffen? Die Frau Manegold wird dann entscheiden, wird der Schnitt links oder rechts gemacht, wenn sie direkten Zugriff auf den Chirurgen hat. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Das ist nicht gescheit, denkt bitte darüber nach, was ihr macht. Ihr wisst nicht, was ihr tut! Seid bitte ein bisserl gescheiter und lasst euch von Vernunft leiten. Darauf poche ich und um das bitte ich euch. Danke schön! (*Beifall von Abg. Dr. Lesjak und von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Obex-Mischitz und ich erteile ihr das Wort. Bitte!

Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Ich kann mich nur dem Rolf Holub anschließen. Die Warnung, die er gemacht hat (*Lärm im Hause.*) und jetzt könnt ihr einmal zuhören auch. Ich meine, das kann nicht so schwer sein, oder? (*Abg. Mag. Darmann: Bitte rede, wir hören dir zu!*) Einfach schweigen einmal! Im Hof unten waren heute 1.000 Leute, 1.000 Leute und in dem Fall sage ich danke an den Betriebsrat Auer, danke an die Gewerkschaft, an den Hermann Lippitsch, dass sie da waren, dass sie so klar gesagt haben, um was es geht. Es ist einfach unglaublich! Ein Gesetz zur Stärkung der Versorgungssicherheit, der Versorgungssicherheit der Kärntner Bevölkerung, wo man Änderungen durchführen will. Wenn man schon glaubt, dass man das macht, wenn man schon meint, dass man diese Reformen oder wie immer ihr das

auch nennt, machen will, in dem Fall sind es Großteils Verschlechterungen, dann sollte man sich wirklich an die Spielregeln halten. Es ist heute schon gesagt worden und wenn man neue Gesetze machen will, dann ist das wieder ein Paradebeispiel, wie man es nicht macht. Es ist eine Husch-Pfusch-Aktion im Rechtsausschuss, 26 Änderungen! Die Verfassungsexperten haben gedacht, das ist nicht wahr, 26 Änderungen. Das kommt raus, wenn man mit niemandem redet! Wenn man keinen Betroffenen fragt, wenn man die Sozialpartner raus lässt, Gemeindebund, Städtebund. Wenn man die Ärztekammer nicht mit einbezieht, die Sozialversicherung und den Betriebsrat. Wenn man einfach niemanden fragt, sondern ihr fährt drüber. Es ist ein so einschneidendes Gesetz, dass einem die Spucke weg bleibt, wenn man zuschaut, wie ihr damit umgeht: Abgehoben, arrogant sitzt ihr da. Es ist unglaublich fahrlässig!

Es werden fünf bestehende Gesetze geändert, fünf. (*Abg. Mag. Darmann: Gott sei Dank!*) Ein Vorgang, der im Normalfall, wenn man ein Gesetz ändert, schon Wochen dauert. Da werden Sachverständige gehört, da werden Experten gehört, es wird einfach durchgepeitscht in ein paar Tagen. Ich hoffe, ihr könnt euch das noch überlegen! Warum ist das notwendig? Warum? Für was ist das notwendig und wieso brauchen wir diese unglaubliche Eile? Wieso? Für was auf einmal? (*Abg. Mag. Darmann: Das steht da drin!*) Jetzt, wo das Klinikum fertig ist, wo die Mitarbeiter diese ganze enorme Belastung, diese ganzen Leistungen gemacht haben, wo sie jetzt im neuen Klinikum drin sind, wo sie täglich schwer arbeiten, jetzt wird drüber gefahren, dass sich die Balken biegen! Das habt ihr gesehen, da waren 1.000 Leute im Hof! Die Leute haben Angst! Die haben Angst um ihren Arbeitsplatz und die haben Angst! (*Abg. Mag. Darmann: Die habt ihr aufgehetzt mit euren Fehlinformationen!*) Ihr habt sie eiskalt verunsichert, nicht wir! Ihr habt das gemacht! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Mag. Darmann: Das stimmt nicht!*) Selbstverständlich! Wenn man das Gesetz liest, dann weiß man auch, warum. Da fällt der Versetzungsschutz, der fällt und da helfen eure Versprechen überhaupt nichts. Wenn ihr da steht und ihr sagt, nein, es wird keiner hin und her geschickt und jeder bleibt auf seinem Platz. Das stimmt nicht! Diese Änderung ermöglicht die Versetzung! Sie ermöglicht sie und wenn wir

Obex-Mischitz

schon nicht mehr da sind, wird das Gesetz noch immer stehen und es wird der Willkür Tür und Tor geöffnet. Das ist Fakt und ist so. Da kannst du von Wolfsberg nach Hermagor geschickt werden, wurst, das ist ganz egal, du kannst genauso nach Klagenfurt geschickt werden. Die Möglichkeit besteht, verstehst du das nicht? (*Abg. Ing. Scheuch: Die besteht jetzt auch schon!*) Ja freilich, das nützt alles zusammen nichts. Es ist auch unglaublich, wenn man bewährte Führungskräfte über Nacht einfach absetzt und durch eigene bequemere Marionetten ersetzt. Womöglich mit Experten, ich erinnere mich mit Grausen an Dr. Mandl, das war auch ein Experte, der von euch eingesetzt worden ist und was da im LKH passiert ist, wissen wir alle! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: Den haben wir abberufen!*)

Mir persönlich wird angst und bang, wenn das eure Experten sind! Eines sage ich euch: Wir wissen jetzt schon, dass das Gesetz euch ganz sicher auf den Kopf fallen wird. Ich meine, mir persönlich kann es ja wurst sein, im Gegenteil! Also soll mir was Schlimmeres passieren und meine Trauer hält sich in Grenzen, wenn euch was auf den Kopf fällt. Aber das Gesetz ist so unakzeptabel und das werden jetzt Sie zu verantworten haben! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident Dipl.-Ing. Gallo und ich erteile ihm das Wort. Bitte!

Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

(*Abg. Ing. Scheuch: Bravo, jetzt kriegst du einmal einen Applaus! – Beifall von der F-Fraktion.*) Hoher Landtag! Ich sehe den Tag nicht mehr ferne, da wird die SPÖ nicht nur froh sein, sondern es auch öffentlich zugeben, dass es gut war, dass wir diese Reform gemacht haben. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Denn Sie haben es selbst nicht geschafft und zwar über Jahrzehnte. Ein Indiz dafür gibt es bereits: Der Artikel I, das Krankenanstaltenbetriebsgesetz ist im Ausschuss einstimmig angenommen worden, also ohne Gegenstimme der SPÖ! (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Wie lange

stöhnen beispielsweise die Gemeinden, weil sie mit den finanziellen Belastungen nicht mehr zurecht kommen? Herr Abgeordneter Rohr, wie lange ist die Leistungsangebotsplanung am Papier und konnte nicht umgesetzt werden? Jetzt wird Zeter und Mordio geschrien, von Konsensmaterie wird gesprochen, von Putschhaft, von Durchpeitschen. Meine geschätzten Damen und Herren und auch liebe Vorrednerin, das gehört zum guten Stil, dass man hier seine Worte lässt und dann verschwindet, Masse ist nicht Klasse, Herr Kollege Astner! Die Menschen, die hier heute demonstriert haben, sind in die Irre geleitet worden. Leider! (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Die Taktik dabei ist weder neu noch besonders intelligent. Es wird ein Detail herausgenommen und eine Gruselgeschichte darum gebaut, die mit den Tatsachen und Fakten überhaupt nicht im Einklang steht. Wider besseres Wissen wird hier argumentiert. Hier wird beispielweise – ich nenne jetzt ein Beispiel, die Möglichkeit Nebenbetriebe zu schaffen, um zusätzlich Einnahmen zu bekommen. Wir haben vor wenigen Wochen hier das Landesmuseumsgesetz geändert, dort ist dieselbe Möglichkeit eingeräumt worden. Wo war hier die Gegenwehr, wenn das so schlimm ist? Wo hat hier jemand etwas von Privatisierung gesprochen? Sagen Sie mir, wo die Privatisierung in Wirklichkeit stattfindet! (*Abg. Köchl: Ihr macht das! – Abg. Tauschitz zu Abg. Köchl gewandt: Schau dir das Gesetz einmal genau an!*) Das, was ich Ihnen hier sagen kann, (*Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. – Vorsitzender: Bitte, am Wort ist der Herr Präsident Gallo!*) Sie reden von Husch-Pfusch. Wissen Sie, was die Änderungen betroffen hat, die redaktionelle Verbesserungen gewesen sind? Punkt eins war: „Klagenfurt wurde durch Klagenfurt am Wörthersee ersetzt“, solche Dinge waren das! (*Abg. Ing. Scheuch: Oh, schlimm ist das!*) Am lautesten schreien heute die, die das Gesetz entweder nicht gelesen haben oder es bis heute nicht verstanden haben und das ist die Wahrheit! (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Die bisher vorgebrachten Kritikpunkte gehen samt und sonders ins Leere. Es wird mit Unterstellungen gearbeitet, was beispielsweise die Mitarbeiter betrifft. Wer sollte denn ein Interesse haben, Mitarbeiter kreuz und quer durch Kärnten zu schicken? Wer denn? (*Abg. Tiefnig: Hast du mit den Bürgermeisterin*

Dipl.-Ing. Gallo

geredet?) Die Privatisierungen, die dauernd ins Treffen geführt werden, wo steht das Wort drin? Wo ist der Hinweis darauf? (*Zwischenrufe im Hause.*) Das einzige, was die SPÖ privatisiert hat, war ihre eigene Druckerei! (*Anhaltende Zwischenrufe im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. – Vorsitzender: Bitte Herr Abgeordneter Tiefnig, aber auch alle anderen Abgeordnete: Bitte um mehr Aufmerksamkeit! Wir wollen hier wirklich eine sachliche Diskussion führen und damit die Abgeordneten auch alle etwas mitbekommen und das soll den Sinn haben, wenn die Debattenbeiträge von allen Fraktionen hier zum Tragen kommen. Bitte um mehr Aufmerksamkeit dem Redner!*) Ich werde Ihnen Ihren eigenen Staatssekretär Schieder zitieren, der am 8. Juni sagt: „Schieder sieht großes Potential durch Spitalsfusionen und die Schaffung sinnvoller Strukturen. Das heißt auch, dass man kleine Spitäler schließen muss.“ (*Abg. Warmuth: Pfui!*) Das ist SPÖ und da sagen Sie einmal, wie das wirklich läuft! Es ist vom Umfärben die Rede gewesen. Wenn jemand so etwas behauptet, dann sagt er eigentlich, dass bis jetzt nur Rot drin gewesen ist. Jetzt gehen wir den gemeinsamen Weg, die gesamte Politik heraus, die gesamte Politik heraus! (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Ich weiß schon, dass einige jetzt Gründe verlieren werden, das ist gut so, zu dem bekennen wir uns auch. Ich sage Ihnen offen, mir ist es egal, welches Parteibuch und ob ein Arzt überhaupt (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) eines hat, Hauptsache, er ist ein guter Arzt und operiert gut! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Ich gratuliere den Grünen zum Experten Dr. Neuner, den sie jetzt haben. Wahrscheinlich hast du gemeint, der soll das Ganze machen. Der ist zuerst bei der SPÖ gewesen, dann bei der ÖVP, zweimal im Aufsichtsrat gesessen, wollte nur Vorsitzender werden, dann ist er wieder gegangen. Jetzt wird er sein Schicksal bei den Grünen erleiden. (*Einwand von 1. LH-Stv. Dipl.-Ing. Scheuch. – Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!*) Diesen Experten kennen Sie schlecht! Das, was wir wollen, ist eine Reform, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht, zu dem bekennen wir uns, (*LR Dr. Prettner: Ja, ja!*) und das wird durch dieses Gesetz gewährleistet! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Poglitsch. Ich erteile ihm das Wort, bitte!

Abgeordneter **Poglitsch** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein weiteres trauriges Schauspiel der SPÖ, wie sie mit den Menschen in diesem Land und vor allen Dingen auch mit den Mitarbeitern der KABEG hier umgeht. Das, was Sie heute betrieben haben und was Sie hier heute vom Rednerpult von sich gegeben haben, ist eine billige Angstmache und eine Hetze der Menschen in diesem Land! Denn ich glaube eines heute zu sagen: Allein aus den Aussagen meiner Vorredner der SPÖ glaube ich, dass Sie das Gesetz überhaupt nie gelesen haben, sonst würden Sie verstehen, was da drin steht! Sie verstehen es nämlich gar nicht! (*Abg. Tauschitz: Bravo! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Glauben Sie mir eines, die Menschen in diesem Land haben die Abgeordneten hier gewählt, damit sie ihre Pflicht erfüllen. Wir erfüllen unsere Pflicht, indem wir jetzt tätig werden müssen, weil Landesrat Dr. Kaiser hier über Jahre hinweg untätig war! Das ist hier die Wahrheit! Denn man muss auch einmal sehen, wir haben 231 Millionen Nettogehaltsabgang bei der KABEG! Jetzt ist es die Pflicht der Abgeordneten, hier mit einem Initiativantrag tätig zu werden, damit das Schiff, die KABEG, nicht gegen die Wand fährt, denn dann steht es um die Menschen, um die Gesundheit in diesem Land wirklich schlecht! Das werden wir nicht zulassen, dass ihr hier die Gesundheitsversorgung in diesem Land schwächt! (*Abg. Tauschitz: Bravo! – Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der F-Fraktion.*) Ich weiß nicht, was daran so schlimm sein soll, wenn ein Gesetz geändert wird und wir hier klare Strukturen schaffen, klare Strukturen, dass beim Einkauf hier nicht jedes Krankenhaus separat einkauft, sondern gemeinsam eingekauft wird, klare Strukturen, dass wir eine gemeinsame EDV-Abteilung haben. Das sind Einsparungen, die nur die Verwaltungsebene betrifft und den Menschen dann wieder zugute kommt, auf der positiven Seite gutgebucht wird! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Sie gehen hinaus und peitschen genau gegen etwas Positives, das ist wirk-

Poglitsch

lich eine Hetze! Das werden wir hier nicht zulassen!

Wenn Sie sagen, das ist im Ausschuss nicht diskutiert worden, ja, bitte schön, wo wart ihr im Ausschuss? Zweimal war es im Ausschuss, zweimal ist es im Ausschuss diskutiert worden, zweimal ist es bearbeitet worden! Warum habt ihr euch denn dort nicht zu Wort gemeldet? (*Abg. Strauß: Auskunftspersonen! Auskunftspersonen!*) Dort seid ihr immer leise, wir sind dagegen, wie die SPÖ es schon immer tat. Es gibt keine Vogel Strauß-Politik mehr bei der Gesundheitsversorgung! Wenn die Gesundheit in diesem Land sichergestellt werden soll, müssen wir jetzt Reformen durchziehen – jetzt! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der F-Fraktion.*) Wenn es nach euch geht, dann habt ihr wieder eure bewährte Vogel Strauß-Mentalität – (*Abg. Stromberger: Jake Strauß!*) Kopf in den Sand hinein, wird schon irgendwie gehen, aber das können wir nicht zulassen bei der Gesundheit der Menschen, da geht Vogel Strauß-Politik nicht! Die KABEG darf nicht die Kärntner Druckerei werden! Das geht nicht! Das werden wir nicht zulassen und dafür werden wir sorgen! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der F-Fraktion.*) Das FPK hat schon ganz genau gewusst, warum es uns als Koalitionspartner genommen hat, die haben das ganz genau gewusst, (*Es herrscht starke Unaufmerksamkeit im Hause.*) weil ihr keine Reformen in diesem Land durchbringen wollt! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der F-Fraktion.*) Ihr wollt auf eurer alten, linken Parteischiene dahinfahren, (*Anhaltender Lärm im Hause. – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.*) bis alles an die Wand gefahren ist!

Meine lieben Freunde, ihr müsst mir das jetzt schon erklären. Ich hoffe, dass einer eurer Redner jetzt nach mir die negativen Aspekte dieses Gesetzes einmal richtig diktieren kann. Ihr stellt euch heraus, ihr sagt im Vorhinein schon, die Regierung hat es gemacht, FPK und ÖVP wollen es beschließen, ist schon schlecht, ist schon schlecht! Nicht einmal gelesen, aber ist schon schlecht! Das haben die Menschen in diesem Land schon verstanden. Die SPÖ kann und will keine Reformen durchziehen, deshalb werden wir das machen. Wir werden das auch so beschließen. Danke schön! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich der zuständige Gesundheitsreferent, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Kaiser. Ich erteile ihm das Wort. Bitte, zu sprechen!

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten des Kärntner Landtages! Bei allem Respekt, ich gestehe, dass ich dieses Gesetz mit viel Mühe gelesen habe, weil das Gesetz veränderte Paragraphen beinhaltet hat. Ich kündige an, dass ich mit Argumenten hier sprechen werde und nicht mit Untergriffen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer Gemeinsamkeit propagiert, oftmals hier im Hause mit lobendsten Worten, der soll das gefälligst auch leben, leben dann, wenn man Gesetzesveränderungen will, mit dem zuständigen Referent in Kontakt zu treten und das zu signalisieren. Das ist in der Form nicht passiert. Wenn man einschneidende Maßnahmen in einem solchen Bereich macht, meine Damen und Herren, ohne maßgebliche Institutionen hier in diesem Land, die im Gesundheitsbereich wesentlich sind, mit einzubeziehen, ohne dass man die Chance nutzt, über den Referenten ein rechtlich notwendiges Begutachtungsverfahren durchzuführen und ohne wesentliche Zahler, die Gemeinden, mit einzubinden, sondern sie am Montag einzuladen, damit sie am Dienstag eine Information bekommen über etwas, was am Donnerstag beschlossen wird, dann ist das von mir aus gesehen der falsche Weg schlichtweg! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten, daher ist es mir absolut unverständlich, dass Sie nicht eine andere Form genutzt haben, eine, wie sie in diesem Land trotz aller politischen Unterschiede positive Tradition ist bei entscheidenden Punkten, noch dazu im Bereich der Gesundheit, der von allen immer wieder apostrophiert wird, dass er gemeinsame Sache ist, gerade bei der letzten Budgetdebatte hier herinnen noch und dann diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, mir fehlt das Vertrauen diesbezüglich. Ich glaube, dass die Verunsicherung und das, was Sie meinten mit Fehlleitungen, klar zuordenbar ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr Vorgehen,

Mag. Dr. Kaiser

namentlich das, was Klubobmann Scheuch und Klubobmann Tauschitz eingeleitet haben mit im Hintergrund agierenden Experten, das hat diese Verunsicherung ausgelöst, nicht irgendetwas anderes! (*Abg. Ing. Scheuch: Na, dein Polittheater!*) Denn meine Damen und Herren, auch lieber Kurt Scheuch, dieses Gesetz greift oder ermöglicht zumindest, dass in Lebensrealitäten vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingegriffen wird. Es verändert Kompetenzen, es verändert entscheidende Kompetenzen, (*Einwand von LR Mag. Dr. Martinz.*) es löst Teilrechtspersönlichkeiten der Krankenhäuser auf und es zentralisiert nicht den Einkauf allein, vorerst einmal die Macht in die Hand eines Vorstandes. (*Abg. Ing. Scheuch: Gott sei Dank!*) Es stellt, und auch das werden Sie nicht weg negieren können, einen massiven Eingriff in Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte dar. (*Abg. Tauschitz: Das ist nicht wahr, Entschuldigung!*) Natürlich! Die politische Vorgangsweise, (*LR Dr. Pretzner: Habt ihr das Gesetz nicht gelesen, oder was?*) die Gesetzesänderung in einer – und das ist ja das Schlimme daran – „Alles ist möglich“-Formulierung, die ja geradezu mefitisch ist, zu formulieren, das ist das, was zu den massiven Protesten geführt hat, Klubobmann Scheuch! Jetzt kann man sagen, was man will, ihr habt die Wahl gewonnen. Die Verhältnisse sind so, wie sie sind, aber SPÖ, Grüne, die Betriebsräte, ÖGB, die gesamten Arbeiterinnen und Arbeiter und die angestellten Medizinerinnen und Mediziner, Pflegerinnen und Pfleger des Krankenhauses, die Gemeinden, fünf Bürgermeister waren heute bei euch, alle haben eine klare Forderung gestellt. Sie haben gesagt, fährt da nicht drüber über jenen Teil, der mit zu zahlen, der mit zu entscheiden hat in diesem Land. Es hat einen Schulterchluss über Parteigrenzen hinweg gegeben, neben Manzenreiter, Seifried, Zoppho und Rauscher war auch Christian Scheider dafür – hört es hier im Hohen Haus – dass man wartet und nicht mit Schnelligkeit über eine so wesentliche Entscheidung darüber fährt! Auch der Stadtrat der FPÖ aus Villach, Zauchner und der Stadtrat der ÖVP in Klagenfurt, Steinkellner, haben dasselbe bekundet, meine Damen und Herren! (*Abg. Stromberger: Weil er keine Ahnung hat!*) Hört doch wenigstens auf eure eigenen Leute, die haben mehr Weitblick in vielen Belangen, als Sie es in Wirklichkeit an den Tag legen! (*Abg. Ing. Scheuch: Sachthemen! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Jetzt noch zwei prinzipielle Bedenken meinerseits. (*Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic. – Abg. Ing. Scheuch: Quak, quak, quak!*) Ich glaube, dass die Ökonomisierung der Gesundheit, und das ist der Weg, den dieses Gesetz auch macht, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) ein gefährlicher Weg ist. (*Unruhe im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Wenn eine Gesundheitsplattform, wenn ein Gesundheitsfonds von einem Finanzreferenten geführt wird, dann zeigt das an, was politisch dahinter steckt: Ökonomisierung der Gesundheit. Da gebe ich Ihnen Recht, da waren mir 61 Jahre SPÖ-Gesundheitspolitik in diesem Land lieber, weil dort ist der Mensch im Mittelpunkt gestanden und nicht der Mammon Geld oder andere Bereiche! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Sie ermöglichen, meine Damen und Herren, mit diesem Gesetz, dass in der Kärntner Gesundheitspolitik andere Prioritäten, weg vom Menschen, weg von Qualität, (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Woher hast du das wieder?*) weg von den Interessen der Patientinnen und Patienten, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!*) gesetzt werden, (*Abg. Ing. Scheuch: Sag einmal ein Beispiel! Kein einziges Sachargument!*) und dass man damit Tür und Tor öffnet vielleicht auch für das, was Sie nicht wollen: Privatisierungen durch die Hintertür! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mandl. Ich erteile ihm das Wort, bitte!

Abgeordneter **Mandl** (F):

(*Starker Lärm im Hause. – Abg. Tauschitz: 700 Millionen habt ihr versteckt, verschleppt! Jetzt wollt ihr euch aufspielen! – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Bitte um mehr Ruhe! Die Wogen sollen sich glätten, die Diskussion sich wieder verflachen! Bitte, am Wort ist jetzt Herr Abgeordneter Mandl! Ich bitte, zu sprechen!*) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben heute vieles gehört, viele sachliche und viele populistische Argumente, was dieses Gesundheitssystem oder bzw. die Reformierung dieses Gesundheits-

Mandl

systems angeht. Ich möchte aber doch das Wort für die Gemeinden ergreifen. Sehr verehrter Herr Gesundheitsreferent! Seit nahezu einem Jahr fordern 132 Bürgermeister die Reform des Gesundheitswesens, auch die von Ihnen zitierten sechs Bürgermeister waren dabei! (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Weil immerhin sind es zu einem Drittel die Gemeinden, die die Abgänge dieser Krankenanstalten zu vertreten haben. Seit fünf Jahren gibt es eine Steigerung von 60 Prozent dieser Abgänge! 60 Prozent Mehrbelastung in den Gemeinden in wirtschaftlichen Situationen, wie wir sie heute haben, erlauben den Gemeinden keinen Spielraum mehr! Früher ist etwas ganz Deutliches gesagt worden: Stirbt die Gemeinde, stirbt das Land! (*Abg. Tauschitz: So ist es! – Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Wir haben sicherzustellen, dass die wirtschaftliche Situation der Gemeinden – und das ist ein Aspekt davon – auch in Zukunft gewährt ist. Was, bitte, ist denn schlecht an Reformen? Potentiale zu heben, Lücken zu schließen, für jeden Privatwirtschaftler ein Ding der Selbstverständlichkeit! (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Wir wehren uns gegen Potentialausschöpfung im Land! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dieser Reform ist die Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems in Kärnten gewährleistet. Wir müssen und wir haben die Pflicht im Landtag, diese Reform einzuleiten und sicherzustellen, dass in Zukunft – und das haben wir heute gehört – kein Krankenhaus zugesperrt wird, Arbeitsplätze erhalten werden, Potentiale ausgeschöpft werden und damit die Gesundheit im Lande sicherzustellen! (*Abg. Tauschitz: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es früher schon mehrfach gehört, einen Leistungsangebotsplan gibt es. Dieser Leistungsangebotsplan stellt sicher, dass wir Potentiale heben können und nur mit diesem ist eine Hebung der Potentiale möglich. Erlauben Sie mir, Herr Referent, noch einen kurzen Nebensatz – der Inhalt des Gesetzes. Sie haben gesagt: „Ich habe mit viel Mühe gelesen“. Vor zwei Tagen haben Sie die Leute aufgerufen, zur Demonstration zu kommen. Die haben gesagt, ich habe ja das Gesetz gar nicht gelesen. Dann haben Sie gesagt, komm einmal, das Gesetz lesen wir später! (*Beifall von der F-Fraktion und von der*

ÖVP-Fraktion.) Ja, bitte schön, meine sehr verehrten Damen und Herren, das zeigt doch deutlich, mit welcher Vehemenz hier vorgegangen wird, mit welcher Polemik hier gearbeitet wird. Dieses Thema ist zu ernst, als dass wir polemisch im Landtag hier agieren können. Hier geht es um Sachpolitik! Hier geht es um Zukunftspolitik, die wir sicherstellen müssen, dafür sind wir gewählt worden! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Wort möchte ich noch zu den Gemeinden sagen. In den Gemeinden werden Reformchecks, Finanzchecks, alles wird denen abverlangt, damit Bedarfszuweisungen in die Gemeinden fließen können. Macht man keinen Finanzcheck, macht man keinen Reformcheck, ist die Bedarfszuweisung gestrichen und wir hier im Landtag, wir würden so da sitzen und uns wäre ein Finanzcheck, ein Reformcheck verwehrt. Aber wie unsinnig ist denn das, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch unsere Pflicht, Potentiale zu heben, genauso wie es die Pflicht ist, in den Gemeinden so zu arbeiten, dass die wirtschaftliche Zukunft auch in den Gemeinden gesichert ist. (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, (*Beifall von der F-Fraktion.*) freiwillige Leistungen müssen wir streichen laut Gemeindeaufsicht, wenn diese Finanzchecks nicht gemacht worden sind. Gehen Sie einmal hinaus zu den Pensionisten, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen Sie einmal hinaus zu den Pensionisten, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) zu den Gesangsvereinen und zu den Sportvereinen und sagen Sie ihnen, wir müssen ihnen leider Gottes ein paar tausend Euro Förderung streichen, weil wir nicht in der Lage sind, auf Landesebene Potentiale und Einsparungsmaßnahmen zu treffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist widersprüchlich, das können wir nicht zulassen! Und ich darf abschließend, Herr Präsident, noch zum Schluss, einfach nur die Verantwortung hervorstreichen, die dieser Landtag wahrzunehmen hat. Die Verantwortung, in Zukunft eine Gesundheitspolitik zu gewährleisten, die den Kärntnerinnen und Kärntnern auch in Zukunft eine ordentliche, weltweit anerkannte Gesundheitspolitik sicherstellt! Danke schön! (*Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: Bravo!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes hat sich Herr Abgeordneter Wieser gemeldet und ich erteile ihm das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer! Es freut mich, dass wenigstens einige Zuhörer hier sind, um einer fachlichen Debatte zu folgen. (*Abg. Mag. Cernic: Ja, ja, ja!*) Es wundert mich, dass hier Betriebsräte und Mitarbeiter eigentlich spärlich vertreten sind. (*Abg. Schlagholz: Die müssen ja arbeiten!*) Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich doch den Dr. Kaiser als Gesundheitsreferenten oder alle Gesundheitsreferenten der vergangenen Zeiten ein bisschen in Schutz nehmen, denn wenn der Ing. Rohr feststellt, dass eben, wenn Private das Krankenhauswesen führen würden, sie Millionengeschäfte mit der Gesundheit der Bevölkerung machen würden, dann ist das eigentlich eine Unterstellung, weil es hier, wenn es von öffentlicher Hand geführt wird, hunderte Millionen Abgang sind. Und ich glaube nicht, dass unsere Gesundheitsreferenten in der Vergangenheit so unfähig waren, sondern ich bin davon überzeugt, dass Gesundheit ganz einfach etwas kostet und deshalb auch Defizite in gewisser Größenordnung hier in Kauf genommen werden müssen. Aber ich glaube, dass es also bei dieser Reform nicht darum geht, die Qualität im Gesundheitswesen in Frage zu stellen, (*Abg. Ing. Scheuch: Im Gegenteil!*) sondern im Gegenteil, dass wir wirklich auf die Qualität achten müssen, dass jeder jene Versorgung erhält, die er braucht. Wir brauchen fähige Ärzte in unserem Krankenhaus, wir brauchen mehr Krankenschwestern, Pfleger, Mitarbeiter, die motiviert sind. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass die Mitarbeiter in diesem Krankenhauswesen schon weit flexibler sind, als ihr es glaubt. Denn ich bin davon überzeugt, dass heute, in einer Zeit, in der in anderen Bereichen, im privaten Bereich, Mitarbeiter in der privaten Wirtschaft, oft aufgrund der Wirtschaftskrise entlassen werden müssen, sie froh wären, wenn sie nur diese Flexibilität aufbringen müssten, um einige Kilometer mehr in Kauf zu nehmen, um einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, (*Abg. Köchl: Also müssen sie doch fahren!*) um täglich das Einkommen zu haben, um damit eben die Familie ernähren zu können. Ich glaube also, dass wir nicht bei den

Mitarbeitern sparen müssen, sondern dass wir in der Verwaltung sparen können und müssen, wie es unser Klubobmann Tauschitz bereits erwähnt hat. Im gemeinsamen Einkauf, in einheitlichen Computersystemen, indem wir keine aufgeblähten Direktionen haben, sondern wirklich unser Geld in die Versorgung, auch in die Mitarbeiter stellen. Wir müssen aber auch sicherstellen, dass die Finanzierbarkeit gegeben ist. Und ich bin davon überzeugt, wenn wir mit den Bürgermeistern in unseren Gemeinden reden und hier rede ich von unserem Bürgermeister in Völkermarkt, der kein ÖVP-Bürgermeister ist, der auch immer wieder betont, dass die Leistbarkeit unseres Gesundheitssystems für die Gemeinden an die Grenze der Finanzierbarkeit stößt. Ich darf hier nur als Beispiel unsere Gemeinde bringen, wo zum Beispiel 2002 die Kapitalraten für die Gemeinde € 57.000,-- ausgemacht haben, 2010 bereits € 627.000,-- ausmachen. Und wenn wir nur mit 2,5 Prozent hochrechnen, würde das in 2020 bereits € 1.300.000,-- ausmachen. Wenn wir hier also den Zinsendienst für unsere Gemeinde hernehmen, der im Jahr 2002 € 461.000,-- ausgemacht hat, 2010 bereits € 1.300.000,-- ausmacht, dann verstehe ich unseren Bürgermeister, dass er sagt, wir sind an der Grenze der Finanzierbarkeit und wir müssen etwas unternehmen, damit sich auch die Gemeinden das leisten können in der Zukunft. Ich glaube, dass wir eine Grundversorgung ganz einfach leistbar halten müssen, dass wir die Verwaltung optimieren müssen. Und hier möchte ich auch ein Sprichwort in den Vordergrund stellen: „Viele Köche verderben den Brei“. Wir brauchen in unserem Gesundheitswesen klare Verantwortlichkeiten, eine schlanke Struktur, die die Verantwortung hat für die Qualität in unserem Gesundheitswesen, für die Leistbarkeit unseres Gesundheitswesens, für eine schlanke Struktur der Verwaltung, vor allem aber auch für die Motivation der Mitarbeiter. Denn von der Motivation der Mitarbeiter hängt auch die Qualität für unsere Bürger ab, hängt davon ab, wie sie sich in unserem Krankenhauswesen aufgehoben und versorgt fühlen. Ich glaube, dass wir mit diesem neuen Gesetz all das auch sicherstellen können und damit der Bevölkerung wirklich eine qualitätsvolle Gesundheitsversorgung (*Vorsitzender: Noch 20 Sekunden Redezeit!*) in unserem Land sicherstellen können! Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hans-Peter Schlagholz und ich erteile dir das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren auf der Zusehertribüne! Ich möchte gleich vorweg einmal den Umgang des Herrn Mandl mit der Wahrheit auf den Prüfstand stellen. Der Kärntner Gemeindebund ist an den Herrn Gesundheitsreferenten nicht herangetreten, sondern der Kärntner Gemeindebund – und ich habe das Protokoll hier – hat in der Sitzung vom 4.12.2009 in einer Diskussion mit dem Herrn Kurt Scheuch darauf hingewiesen, dass sie eigentlich die 30-Prozent-Deckelung der Gemeinden gerne in der Verfassung hätten, verfassungsmäßig verankert. Dieses Ansinnen wurde ihnen verweigert, für diese verfassungsmäßige Verankerung ist nicht der Gesundheitsreferent zuständig. Und der Herr Abgeordnete Scheuch hat in diesem Zusammenhang auch noch darauf hingewiesen, er empfehle dem Gemeindebund, bei einem der nächsten Termine mit dem Herrn Finanzreferenten darüber zu sprechen. Dieser 30-Prozent-Deckelung der Kärntner Gemeinden, deren Situation tatsächlich nicht rosig ist, deren Gesamtsituation aber nicht nur auf die Abgangsdeckung zurückzuführen ist, wurde nicht Rechnung getragen. Herr Abgeordneter Wieser, ich empfehle Ihnen, am Donnerstag, wenn Sie es wirklich durchpeitschen wollen, in der Krankenanstaltenordnung dafür zu sorgen, dass diese von den Gemeinden gewünschte 30-Prozent-Deckelung auch Inhalt nimmt! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Die Bediensteten der Kärntner Krankenanstalten wissen, was sie wollen. Sie sind besorgt. Sie sind besorgt ob der Vorgehensweise (*Abg. Stromberger: Privilegien wollen sie! Privilegien wollen sie!*) und intelligent genug, sie brauchen keine Gouvernante, gleich von welcher Seite. Wenn sie glauben, es wird über ihren Kopf entschieden, dann mobilisieren sie sich und das haben sie heute bewiesen, ohne von jemandem dazu aufgefordert worden zu sein, sondern ausschließlich von ihrer Belegschaftsvertretung und das ist ihr gutes Recht! Denn was machen Sie heute oder beabsichtigen Sie am kommenden Donnerstag?

– Sie werden das Kärntner Gesundheitssystem mit dieser Vorgangsweise vor allem destabilisieren, geschätzte Damen und Herren! Ein kompetenter und in Eigenverantwortung agierender Referent – was man ja nicht bei allen Referenten sagen kann – wird degradiert, geschätzte Damen und Herren. Und so eine wesentliche Materie und da wiederhole ich mich, muss in die Begutachtung gehen. Darüber gibt es Konsens. (*Abg. Tauschitz: Der Peter Kaiser hat das nicht gemacht! Der will das nicht!*) Denn wenn Sie nichts zu verbergen haben, Herr Kollege, dann können Sie das ruhig in Begutachtung geben oder haben Sie vor Ihren eigenen Experten vielleicht schon wieder die Angst, dass vielleicht doch etwas korrigiert werden könnte. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Zwischenrufe von Abg. Tauschitz. – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.*) Sie treten mit diesem Vorgehen die Demokratie mit Füßen, denn die Begutachtung – und das sollte man sich auch merken – und der Diskurs, der von der ÖVP immer wieder gefordert worden ist, sind Bestandteil des breiten Konsens. Und der Diskurs und die Begutachtung sind immerhin ein Grundelement unseres föderalistisch organisierten Landes, geschätzte Damen und Herren, und darauf sollten wahrscheinlich auch Sie Rücksicht nehmen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Nicht ganz unrecht hat der Herr Poglitsch, es gehört nur umgekehrt. Es sind nicht die Freiheitlichen, die froh sein können, mit euch zu koalieren, ihr müsst froh sein, mit den Freiheitlichen zu koalieren. Denn wenn ich mir eure laufenden, seit Jahren immer wieder geforderten Wünsche zum Kärntner Gesundheitswesen (*LR Mag. Dr. Martinz: Politik raus aus der KABEG!*) mit diesem Gesetzesinhalt vergleiche, dann ist klar, der Schwanz wedelt mit dem Hund! Soviel kann man zu dieser Gesetzesvorlage sagen. Sie haben Kärnten in Geiselschaft, das beweisen Sie dieser Tage. Sie beschädigen mit diesem Brachialakt das ohnedies sehr ramponierte Ansehen unseres Bundeslandes. Es wäre höchst an der Zeit, wenn Sie zur Besinnung kämen, geschätzte Damen und Herren! Kärnten hat in den letzten Jahren ganz klar und deutlich bewiesen, dass mit Weitsicht unter Einschluss aller relevanten Stellen es möglich ist, vieles zu erreichen. Noch vor wenigen Monaten, vor acht Monaten, haben Sie in der Kärntner Regierung einstimmig den regionalen Strukturplan für Gesundheit beschlossen, der

Schlagholz

die Bettenanzahl in Kärnten festschreibt, der auch so etwas wie die Umschreibung des Leistungsangebotes ist. Zu diesem Zeitpunkt haben Sie schon gewusst, dass es irgendwann zu einem Geheimakt kommen wird. Warum haben Sie diese Form der Politik gewählt, in Wahrheit die Menschen zu täuschen? Wenn ich Sie wäre, müsste ich heraußen stehen und dieses Gesetzes-Elaborat zerreißen. In Ihren Reihen dürfte man dafür schon Anleihen genommen haben. Wenn ich Sie wäre oder wenn wir ihr wären, dann würden wir nicht als SPÖ hier stehen, denn wo SPÖ draufsteht, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) ist SPÖ drinnen! Wir sind als solche angetreten, ihr seid als BZÖ angetreten und heute ist es die FPK bzw. die FPÖ. (*Zwischenruf von Abg. Mag. Darmann. – Abg. Stromberger: Aber wir arbeiten!*) Geschätzte Damen und Herren, soviel zum Umgang mit Demokratie, soviel zum Umgang mit Anstand in diesem Bundesland! (*Beifall und Bravorufe von der SPÖ-Fraktion.*) Und ich kann Sie nur auffordern!

Wir sind nicht gegen Veränderungen. Es gibt zweifelsohne Ansätze, die man verändern muss, nur der Weg und der Stil, den Sie gewählt haben, ist einer, wo man nicht mitmachen kann. Das ist ein Drüberfahren, das ist ein Putsch, so wie es heute gesagt wurde, im wahrsten Sinn des Wortes! Wenn Sie den Konsens leben wollen, (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!*) wenn Sie haben wollen, dass in diesem Land die Apathie nicht steigt, dann müssen Sie ganz einfach am Donnerstag das absetzen und den Weg der Begutachtung einschlagen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit erteile ich dem zwölften Redner das Wort. Es ist der Herr Abgeordnete Darmann und ich ersuche ihn, zu sprechen. Bitte!

Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Ich weiß nicht, wie viele Rote bis dato am Wort waren, aber kein Einziger hat ein sachliches Argument gegen diese Reform gebracht. Das sei hier einleitend festgehalten. Geschätzte Kolleginnen und

Kollegen, es ist tatsächlich eine Ungeheuerlichkeit, die ihresgleichen sucht, mit welcher Politik der Fehlinformation und der Angstmache die SPÖ seit einer Woche landauf, landab marktschreierisch und mit externen, selbst ernannten Experten durch die Gegend läuft und diese längst überfällige Reform des beinahe steinzeitlichen Krankenanstaltengesetzes madig zu machen versucht! Das ist wirklich hier festzuhalten. Es ist auch dieselbe SPÖ und es ist euch, Kollegen von der SPÖ, nicht zu ersparen, die nicht einmal davor zurückschreckt, der Bevölkerung und insbesondere den Bediensteten der Krankenhäuser und deren Familien mit erfundenen – und ich betone und unterstreiche das Wort erfunden! – Schreckens- und Bedrohungsszenarien deren Schlaf zu rauben und was das Ganze politisch noch viel tiefer macht, auch mit deren Existenzängsten zu spielen. Schämen Sie sich für diese Art der Politik und schämen Sie sich für diese Art, mit den Ängsten der Menschen in Kärnten umzugehen! (*Einwände aus der SPÖ-Fraktion. – Beifall von der F-Fraktion.*) Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, unlängst habe ich und ich vermute, auch die restlichen Abgeordneten hier im Haus, mittels medialem Aufruf vernommen, mir ganz genau überlegen zu müssen, für welche Inhalte, für welches Gesetz ich in dieser Materie am Donnerstag zu stimmen beabsichtige. Ich kann Ihnen sagen, wie auch in allen anderen Materien, in denen ich meine Hand hebe oder eben nicht, werde ich das nach bestem Wissen und Gewissen tun. Ich werde meine Abstimmung im Sinne eines fortschrittlichen Gesundheitssystems in Kärnten abgeben, ich werde es im Sinne einer Entpolitisierung – betone Entpolitisierung! – der Landeskrankenhäuser machen, im Sinne einer Standorterhaltung – auch das unterstrichen – und letztendlich auch, und das wurde heute zum Glück schon mehrfach erwähnt, im Sinne einer wirtschaftlicheren Betriebsführung, die schlussendlich auch allen Steuereinzahlern in Kärnten zugute kommen wird, bei – und das gehört ja auch betont – besserer Gesundheitsversorgung! Das ist hier sehr wesentlich und im Sinne all dieser Punkte werde ich aus vollster Überzeugung und in vollem Bewusstsein um die positiven Konsequenzen, die dieses Reformgesetz auch in sich birgt, am Donnerstag mit Ja stimmen. Eine Zustimmung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, welche Sie bei einer gewissenhaften Auseinandersetzung mit eben dieser Materie und wir

Mag. Darmann

haben heute bei allen Wortmeldungen aus Ihren Reihen gehört, dass Sie sich noch nicht, noch nicht irgendeine Minute damit befasst haben und auch inhaltlich irgendein Argument hier begründen könnten. *(Es erfolgen Einwände aus der SPÖ-Fraktion. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Einige unter Ihnen, leider auch der SPÖ-Parteiohmann und Gesundheitsreferent, sind sich natürlich der Tatsache einer notwendigen Reform der Krankenhausstrukturen in Kärnten und der damit verbundenen Leistungsangebotsplanung bewusst, nur leider hinter vorgehaltener Hand. Bei Ihnen, geschätzter Gesundheitsreferent, bleibt bis Donnerstag noch abzuwarten, ob Sie weiterhin Gefangener in einem eigenen, seit letzter Woche errichteten politischen Labyrinth der SPÖ sein werden und gegen diese Reform stimmen werden oder ob Sie sich Ihrer politischen Verantwortung bewusst werden und, das ist wesentlich, persönliche Eitelkeiten zurückstecken und diese Reform auch entsprechend unterstützen werden im Sinne einer entsprechenden fitten Gesundheitspolitik für die Zukunft in unserem Land!

Eines ist klar: Mit dieser geplanten Reform liegt uns ein Paket vor, und es wurde heute auch schon festgemacht, aber es gehört nochmals wiederholt, welches uns in Kärnten ermöglicht, mit den entsprechenden neuen Strukturen in den Krankenhäusern gegen die Krankenhausschließungspläne dieser Bundesregierung aufzutreten. Gegen die Krankenhausschließungspläne im ländlichen Raum des SPÖ-Gesundheitsministers Stöger aufzutreten, gegen die Krankenhausschließungspläne im ländlichen Raum auch in

Kärnten des Staatssekretärs Schieder aufzutreten. Wir haben hiermit ein Reformpaket, das uns hilft, unsere Krankenhäuser sicher in die Zukunft zu bringen und das vor allem im ländlichen Raum, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion. – Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Danke Herr Präsident, ich komme zum Schluss mit einigen motivierenden Worten in Ihre Richtung, Kollegen von der SPÖ und auch von den Grünen: Vergessen Sie bei dieser Thematik auf Ihre persönlichen Befindlichkeiten. Seien Sie sich Ihrer Verantwortung den Kärntnerinnen und Kärntnern gegenüber bewusst. Lassen Sie Sachargumente zu, denn Sie wissen genau, dass diese Argumente auf Seiten dieser eben vorgelegten Reform sind. Schlussendlich ist es unser aller Verantwortung, *(Vorsitzender: Zum Schluss kommen!)* dieses Wissen und die Notwendigkeit, unsere Krankenanstalten für die Zukunft fit zu machen, auch eins zu eins an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Danke schön! *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig (F):**

Hohes Haus! Somit ist die Aktuelle Stunde durch Zeitablauf beendet. Bevor ich nun den Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich darauf hinweisen, dass wir in der Obmännerkonferenz darüber eingekommen sind, dass heute keine Dringlichkeitsanträge oder –anfragen gestellt werden. Somit komme ich zur

Tagesordnung

Ldtgs.Zl. 177-31/30:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2011 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2011, zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und Änderungen zum Budgetprogramm 2010 – 2014 gemäß Art. 61

Abs. 1 K-LVG (1. Änderung) sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2011 erteilt werden

Einbegleitung durch den Landesfinanzreferenten Landesrat Mag. Harald DOBERNIG

Hohes Haus! Die Budgeteinbegleitung erfolgt durch das zuständige Mitglied der Landesregie-

Lobnig

rung. Ich erteile dem Finanzreferenten, Landesrat Mag. Harald Dobernig, das Wort und ersuche ihn, einer langjährigen Tradition entsprechend nicht von der Regierungsbank, sondern vom Rednerpult aus zu sprechen. Nun, Herr Landesrat, ich darf Ihnen das Wort erteilen und bitte um Ihr Wort! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Landesrat **Mag. Dobernig** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Regierungskollegin! Werte Regierungskollegen! Geschätzte Damen und Herren auf der Zuhörergalerie! Ich glaube, das ist innerhalb von dreizehn Monaten das dritte Mal, dass ich heute hier stehe und das dritte Budget, das ich präsentiere. Im Juni 2009 habe ich damals aus der Sicht der SPÖ das Budget für das Haushaltsjahr 2009 zu spät präsentiert. Für das Jahr 2010 hat es auch nicht gepasst dem Oppositionspartner und für das Jahr 2011 ist es jetzt auf einmal zu früh. Zu früh, weil wir im Juli 2010 sind und weil es scheinbar von der Opposition nicht gewollt ist, dass das Thema rechtzeitig beschlossen wird. Die SPÖ hat auf Bundesebene da ein gutes Vorbild, dass man sich nicht mehr an die Verfassung hält, ganz im Gegenteil, sondern nicht 20 Wochen vor Beginn des Haushaltsjahres budgetiert, (*Beifall von der F-Fraktion.*) sondern erst am 9. Dezember, wo vielleicht das Budget für das Jahr 2011 vorliegt.

Ich glaube, dass auch die letzten Wochen und Monate gezeigt haben, dass für die Koalition das Budget das Herzstück der Gestaltung, das Herzstück der Politikgestaltung ist und damit verbunden natürlich auch ganz klar zeigt, wo wir unsere Schwerpunkte setzen, wo wir arbeiten möchten und auch, wo wir sparen können. Weil ich glaube, die letzten Jahre haben einfach gezeigt, dass es in einigen Bereichen auch Überdotierungen gegeben hat. Frau Kollegin Cernic, Sie waren eine davon, die einen Bereich, einen sehr großen Bereich in der Größenordnung von über 300 Millionen Euro unnötigerweise aufgeblasen hat und damit verbunden natürlich auch zu Nettodefiziten geführt hat, die wir jetzt tragen müssen. Aus Ihrer Arbeit, die im Grunde eine schlechte Arbeit für dieses Bundesland war! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Das Budget ist der Motor jedes Bundeslandes, jeder Volkswirtschaft. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir rechtzeitig budgetie-

ren, dass wir jetzt rechtzeitig die Aktivitäten für das Jahr 2011 setzen, damit auch im zweiten Halbjahr 2010 noch die Möglichkeit besteht, Reformen voranzutreiben, Strukturen zu ändern und nicht, wie von der SPÖ geplant, einfach Versäumnisse der Vergangenheit konserviert werden. Nein, das ist nicht unser Weg, den wir gehen wollen, sondern unser Weg ist der Weg der Reformierung. Dementsprechend die Strukturänderung und diesen Weg haben wir im Jahr 2009 nach der Landtagswahl in einer sehr stabilen Koalition, die auch in den letzten Tagen bestätigt worden ist vom Koalitionspartner, vorangetrieben, fortgeführt und diese Koalition und diese Reformarbeit werden wir auch in den nächsten Monaten und Jahren für unser Bundesland gemeinsam vorantreiben. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Wenn man jetzt die anderen Bundesländer betrachtet, dann sieht man ganz deutlich, dass sich die Nebel über die Finanzpolitik der Bundesländer lichten. Dass auch der Bundeshaushalt dementsprechend in einem neuen Licht erscheint. Auf einmal tauchen Rechnungsabschlüsse des Jahres 2009, wie etwa vor wenigen Tagen in Niederösterreich, auf. Dort hat man sich scheinbar um 400 Millionen Euro Nettoneuverschuldung verschätzt. Aber darüber berichtet niemand, weil man das Bundesland Kärnten diffamieren möchte und die anderen Bundesländer, weil sie scheinbar farblich kein Dorn im Auge der Bundesregierung sind. Hier wird nicht darüber diskutiert, sondern ganz im Gegenteil, das wird stillschweigend zur Kenntnis genommen. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Nach den Landtagswahlen in der Steiermark und in Wien wird das echte Bild über die Finanzsituation der anderen Bundesländer ans Tageslicht kommen. Dann wird man sehen, wo Kärnten steht. Ich glaube, dann wird sich auch bewahrheiten, dass unser Bundesland nicht das Schlusslicht ist, sondern ganz im Gegenteil, dass wir gemeinsam mit unseren Gemeinden, die auch jetzt in einer schwierigen Situation sind, an der sechsten Stelle im Bundesländervergleich liegen. Ich glaube, das ist ein Ergebnis, das wir aufgrund einer klugen Budgetierung, aufgrund einer klugen Strategie, die wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner gewählt haben, auch jetzt zeigen können. Hätten wir das Budget 2009, so wie die anderen Bundesländer, wie es der Herr Rohr gerne gehabt hätte, bereits im Jahr 2008 gemacht, dann hätten

Mag. Dobernig

wir uns wahrscheinlich auch nicht nur um wenige Millionen sondern um hunderte Millionen bei der Nettoneuverschuldung überschätzt. Dann hätte ich das als Finanzreferent sicher nicht verantworten können, dass man Finanzschulden in der Größenordnung von weit mehr als 200 oder 300 Millionen Euro für das Jahr 2009 ausweist. Deshalb war das Budget 2009 nicht zu spät, sondern ganz im Gegenteil. Es war wichtig, dass man die Landtagwahlen und damit verbunden auch den Wahlkampf abwartet. Es war aber, glaube ich, auch wichtig, dass wir uns nicht dementsprechend als Ausgabenkaiser, als Inseratenkaiser hervorgetan haben, sondern ganz im Gegenteil, wir haben mit der Zwölfstelregelung im Jänner und Feber 2009 gearbeitet und haben dann rechtzeitig und früher als alle anderen Budgetreformen gesetzt, strukturelle Änderungen herbeigeführt und damit natürlich bereits für das Budget 2009 gespart, nämlich 69 Millionen Euro konnten wir im Bereich der Ermessensausgaben einsparen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Das war aber nur möglich, weil wir rechtzeitig Schritte gesetzt haben, weil wir alle gemeinsam den Gürtel etwas enger geschnallt haben und weil wir einen straffen Budgetvollzug gefahren sind. Wir haben erstmals in der Zweiten Republik keinen Nachtragsvoranschlag im Jahr 2009 gebraucht. Wir sind auch im Jahr 2010 voll im Plan. Wir werden auch hier Umschichtungen brauchen, aber keine zusätzliche Nettoneuverschuldung in Kauf nehmen müssen. Ich glaube, das ist Finanzpolitik, die sich herzeigen lässt und nicht Nachtragsvoranschläge im 100 Millionen Euro-Bereich, um eben Versäumnisse bzw. Schätzungen, die nicht eintreten, erfüllen zu können. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Gegenüber dem beschlossenen Nettodefizit in der Größenordnung von 158 Millionen Euro konnten wir noch zusätzlich einsparen. Wir konnten 28 Millionen Euro im Bereich der Finanzschulden einsparen im Jahre 2009 und wir konnten 28 Millionen Euro im Bereich der außerbudgetären Schulden einsparen. Da frage ich ganz ehrlich: Wo sieht die SPÖ die Versäumnisse für das Jahr 2009? Wo seht ihr Fehlentwicklungen? Auch der Rechnungshof hat bestätigt und in der letzten Ausschusssitzung ist auch der Rechnungshofbericht mit dem Rechnungsabschluss dementsprechend behandelt worden. Liebe Kollegin, bevor Sie gleich wieder renitent werden, eines nur zur Information: 2009, der Rechnungsabschluss, ist

so früh wie noch nie vorgelegen, dem Ausschuss und dem Kärntner Landtag! *(Abg. Dr. Prettnner: So geht ihr mit Frauen um!)* Ich weiß nicht, was die SPÖ daran gehindert hat, diesen Rechnungsabschluss sich anzuschauen. Das war rechtzeitig, das war verfassungskonform und diesen Weg wollen wir auch weiterhin gehen! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Auch, liebe Kollegin, wenn du diesen Reformweg nicht mitgehen willst oder kannst, wir haben auch nach dem Budgetbeschluss 2009 uns sofort wieder zusammengesetzt und haben, glaube ich, einmalig in der Zweiten Republik, einen Budgetkonvent einberufen. Einen Budgetkonvent I im März 2010, einen Budgetkonvent II im Mai und einen Budgetkonvent III im Juni 2010. Wir haben uns, fünf Regierungsmitglieder, über 10 Arbeitstage bis in die Nachtstunden zusammengesetzt und haben gemeinsam ein Budget 2011 erarbeitet. Ein Budget, das Schwerpunkte setzt, das aber Überdotierungen der Vergangenheit dementsprechend kürzt. Ich glaube, das ist wichtig, dass man jetzt die richtigen Schwerpunkte setzt, so wie wir das im Budget 2009 getan haben. Auch im Budget 2010 haben wir das getan, indem wir nochmals 41,1 Millionen Euro reduzieren konnten. Das wird es auch für das Budget 2011 geben in der Größenordnung von Einsparpotentialen von 53 Millionen Euro. Ich glaube, das ist ein Erfolg, darauf können wir stolz sein *(Beifall von der F-Fraktion.)* und dafür brauchen wir uns nicht schämen. Ich glaube, im Gegensatz zu den anderen Bundesländern war Kärnten immer am richtigen Weg. Wir haben den Weg der Budgetwahrheit beschritten und gerade in den letzten Tagen hat einmal Dr. Felsner zu mir gesagt: „Scheinbar waren wir gegenüber den anderen Bundesländern einfach zu ehrlich in der Darstellung.“ Dafür sind wir in den letzten Monaten häufigst geprügelt worden. Wir sind diffamiert worden, gleichzeitig will man Kärnten im Rahmen der neuen Finanzausgleichsverhandlungen aber abkassieren. Diffamieren und dann abkassieren, das wird es mit Kärnten sicher nicht geben! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Wir haben auch keine Anleihen in Milliardenhöhe gegeben, um die Krankenanstaltenfinanzierung gewährleisten zu können, wie das etwa in der Steiermark mit dem Doppelbudget 2009/2010 in der Größenordnung von 1,2 Milliarden erfolgt ist. Wir haben keine spekulativen

Mag. Dobernig

Produkte gegeben wie etwa in Niederösterreich. Wir haben keine Budgetverschleierung über Jahre hinweg betrieben. Wir haben auch keine falschen Angaben über die Einnahmensituation für die Jahre 2009 und 2010 ins Budget gestellt. Wir haben etwas später, bedingt durch die Landtagswahlen, budgetiert. Aber wir haben ehrlich budgetiert und sind leider dafür über Monate von den Medien und von der Bundesregierung bestraft worden. Es wird auch mit mir als Finanzreferent nicht gehen, dass man Einmaleffekte hinein stellt. Wir haben uns auch gemeinsam bei den Verhandlungen um die Hypo-Thematik erfolgreich dagegen gewehrt, dass man Anteile der KELAG von uns bekommt oder der AHB, weil, wie gesagt, Einmaleffekte nehmen nur den Druck zu sparen, führen nicht dazu, sondern ganz im Gegenteil, dass man Versäumnisse der Vergangenheit dementsprechend konserviert. Das kann nicht unsere Politik sein, dafür sind wir nicht gewählt worden, und dafür haben wir auch nicht diese stabile Koalition als Reformmotor gegründet bzw. beschlossen. Wir wollen weiter tun, wir wollen dort sparen, wo es Sinn macht, zu sparen. Wir wollen dort zusätzliche Budgetierungen vornehmen, wo wir jetzt Impulse von Seiten der öffentlichen Hand brauchen, um die Kärntner Wirtschaft nicht zu Tode zu sparen, sondern ganz im Gegenteil, um jetzt Schwerpunkte von Seiten der Politik zu setzen, um damit den privaten Konsum zu steigern, um damit die private Wirtschaft zu stärken und damit verbunden Arbeitsplätze abzusichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist unser Ziel, dieses Ziel werden wir weiter fortschreiben, auch wenn es momentan gerade einnahmenseitig sehr schwierig ist, dementsprechend die Talsohle zu erreichen. Gegenüber dem Jahre 2009, Jänner bis Juli 2009, sind die Einnahmen von Jänner 2010 bis Juli 2010 nochmals um 20 Millionen Euro gesunken. Aber ich bin guter Hoffnung, dass sich im zweiten Halbjahr 2010 und im Jahre 2011 die Einnahmensituation bessern wird, dass wir damit verbunden auch eine Entlastung des Budgets zustande bekommen werden. Das ist aber kein Grund, sich zurückzulehnen, sondern ganz im Gegenteil: Einnahmenseitig haben wir keine Möglichkeit, einnahmenseitig möchten wir bei unseren Landesabgaben auch nichts tun, ganz im Gegenteil. Wir möchten an jenen Schrauben drehen, die wir in der Hand haben, nämlich ausgabenseitig endlich weiter zu sparen, unser Budgetbild damit zu verbessern

und dieses Land mittel- bzw. langfristig in eine gute Zukunft zu führen. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Es ist auch nicht unser Ziel, das Budgetbild durch zusätzliche Steuereinnahmen zu verbessern bzw. zu schönen. Und als der Bundesminister für Finanzen vor wenigen Monaten gesagt hat, dass es mit ihm keine Steuererhöhungen geben wird, da haben wirklich nur jene Naivsten daran geglaubt, dass das die Wahrheit ist. Wir haben nie daran geglaubt, sondern ganz im Gegenteil: Die Bundesregierung wartet nur zu, bis die zwei Landtagswahlen in der Steiermark und in Wien geschlagen sind. Dann wird es ein Belastungspaket für die Menschen im Bund, in den Bundesländern geben, das noch nie da gewesen ist in der Größenordnung bis zum Jahre 2014 von 4,1 Milliarden Euro. Die Opposition in Kärnten und vor allem der Parteiohmann der SPÖ stimmt fröhlichst in diesen Steuererhöhungsschor mit ein. Dein einziger Vorschlag, lieber Peter, im Rahmen des Budgetkonvents war, Steuern zu erhöhen, um einnahmenseitig mehr Einnahmen zu bekommen. Gleichzeitig hast du aber gefordert, zusätzliches Budget in euren Bereichen. Das ist kein Ansatz, den wir mittragen, deshalb haben wir uns auch in vielen Bereichen entschieden, dass wir in der Koalition die Verantwortung für dieses Bundesland übernehmen, weil von eurer Seite ist die Verantwortung leider nicht gegeben, sondern ganz im Gegenteil. Ihr habt gar kein Interesse an einer guten Zukunft in Kärnten mitzuarbeiten. Ihr wollt – und das sage ich auf kärntnerisch – einfach Krawall machen, damit die Menschen verunsichern. Ihr wollt, dass Unruhe in diesem Bundesland ist, ihr wollt, dass die Wirtschaft nicht stabil, sondern instabil ist, dass die Menschen Angst um ihren Arbeitsplatz haben, das gibt es mit uns nicht, deshalb jetzt das Budget 2011, jetzt die notwendigen Reformen und damit verbunden auch jene Stabilität, die wir gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten benötigen, um unser Bundesland in eine gute Richtung zu führen! *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Ich sage es auch ganz ehrlich: Wir haben selbst Fehler gemacht, aber wir haben aus diesen Fehlern in der Koalition gelernt. Wir haben nicht mehr die Spendierhosen an, während man bei den Menschen den Gürtel enger schnallt. Ich brauche nicht zu inserieren, wie viel Kärnten

Mag. Dobernig

Schulden hat mit meinem Konterfei, wie das etwa auf Bundesebene erfolgt, mit Einschaltkosten in der Größenordnung von €729.000,-. Das ist nicht der richtige Weg. Wir müssen bei uns selbst einen Schritt zurück machen. Wir müssen vor unserer eigenen Türe kehren und das tun wir im Rahmen des Budgetbeschlusses 2011. Da brauchen wir auch keine Anweisungen von Bundeseite, da brauchen wir keine Anweisungen vom Rechnungshofpräsidenten, sondern ganz im Gegenteil. Wir sind bereit zu arbeiten, wir sind bereit, uns einer sachlichen Diskussion zu stellen. Wir sind aber nicht bereit zu parteipolitischer Polemik, die unserem Bundesland nicht hilft. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)* Ich glaube, dass wir auch mit dem Budget 2011, mit der Nulllohnrunde, die im Kärntner Landtag für Politiker bereits zum 11. Mal beschlossen worden ist – wir machen das nicht wie etwa im Nationalrat das erste Mal. Da ist schon vor zehn Jahren ein neuer Weg in dieses Haus eingekehrt. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal, dass wir jetzt bei uns selbst sparen, dass wir im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sparen, dass wir die Parteienfinanzierung zurücknehmen, damit 1,3 Millionen Euro per anno sparen und damit auch zeigen, dass wir es ehrlich meinen mit Reformen, dass wir selbst bereit sind, diesen Weg zu gehen und dass wir nicht bei den Menschen sparen, sondern vorrangig einmal bei uns selbst, um damit auch jene Glaubwürdigkeit – ich glaube, das haben alle vier Parteien notwendig – wieder zurückzubekommen von den Menschen, dass wir jetzt daran setzen, dass wir aus den Schlagzeilen kommen, dass sich die Politikverdrossenheit wieder ändert, weil auch die kennt keine parteipolitische Farbe, sondern ganz im Gegenteil, dass wir damit verbunden auch signalisieren, dass wir, wie gesagt, Ernst machen mit unserem Bundesland, mit den Menschen in unserem Bundesland und damit verbunden auch mit den nächsten Generationen. Bis vor wenigen Wochen, mittlerweile ist das ja schon etwas abgeklungen, ist kein Tag vergangen, an dem Kärnten nicht von Bundeseite diffamiert wurde. Es ist immer das Schreckensszenario an die Wand gemalt worden, Kärnten sei das Griechenland Österreichs, bis hin zu Aussagen eines Finanzministers, der von der Verdorbenheit der Kärntnerinnen und Kärntner gesprochen hat, die lieber nehmen als geben. Auch das ist in Kärnten nicht der Fall. Natürlich ist es für die Politik leichter zu geben als zu sa-

gen, wir müssen sparen, wir müssen gemeinsam dementsprechend unser Bundesland weiter entwickeln. Aber wie gesagt, in allen anderen Bereichen, in allen anderen Bundesländern redet niemand darüber, wenn etwa 68 Millionen Euro an Haftungen für die niederösterreichischen Banken übernommen werden, wenn sich etwa der niederösterreichische Finanzreferent um 400 Millionen Euro bei der Nettoneuverschuldung verschätzt und damit verbunden eine Nettoneuverschuldung für das Jahr 2009 in der Größenordnung von 600 Millionen Euro ausweist. Rechnet man einmal die Nettoneuverschuldung der einzelnen Bundesländer für das Jahr 2009 pro Kopf aus, dann zeigt sich ganz klar, auch hier ist das Bundesland Kärnten nicht an letzter Stelle, sondern ganz im Gegenteil. Auch hier, weil wir, glaube ich, klug und zur richtigen Zeit budgetiert haben, sind wir im Mittelfeld. Das ist einfach wichtig, dass wir jetzt Maßnahmen setzen und dass wir auch unseren Verpflichtungen nachgekommen sind und nachkommen werden. Wir haben früher als notwendig unseren Beitrag zur Sanierung der Hypo Alpe-Adria-Bank beigetragen. Wir haben das Partizipationskapital in der Größenordnung von 200 Millionen Euro gestemmt. Wir müssen jetzt auch die Auswirkungen auf die nächsten Jahre in den Budgets unterbringen. Das ist keine einfache Situation gewesen für uns, 200 Millionen Euro auf die nächsten Jahre zu refinanzieren. Allein für das Jahr 2011 beträgt das 20 Millionen Euro und dennoch konnten wir die Nettoneuverschuldung von 268 Millionen Euro auf 231 Millionen Euro reduzieren. 37 Millionen Euro weniger bei zusätzlichen Belastungen durch den Koralmtunnel, durch das Hypo-Sanierungspaket und vielen Einnahmenausfällen, die wir jetzt zu tragen haben.

Niemand spricht auch über die Vermögenswerte Kärntens. Wir haben Anlagevermögen. Wir haben Umlaufvermögen. Wir haben auch in der Landesholding dementsprechend einen Zukunftsfonds, einen Zukunftsfonds, der per Verfassung abgesichert ist. Auch diesen Bereich werden wir sicher nicht auflösen, weil ich glaube, es ist wichtig, dass man Vermögenswerte für die Zukunft, für die nächsten Generationen beibehält, und dass man nicht in schwierigen Situationen Einmaleffekte erzielt, um die Situation zu erleichtern, dass wir alle gemeinsam so weiter tun können, wie in der Vergangenheit. Das ist

Mag. Dobernig

nicht mein Ziel und das wird es mit mir sicher auch nicht geben! (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Wenn sich die Bundespolitik und hier vor allem die zwei Herren Staatssekretäre immer wieder als Lehrmeister gegenüber Kärnten aufspielen, dann kann ich nur sagen, das sind keine Lehrmeister. Wenn zwei Finanzstaatssekretäre das Budget statt wie in der Verfassung gefordert am 20. Oktober abzuliefern, am 9. Dezember vorlegen werden gemeinsam mit dem Bundesminister, dann sind das keine Vorbilder. Das ist keine vorbildhafte Politik für Kärnten, deshalb kann ich auch ganz ehrlich sagen, wir werden uns dieser Kritik nicht mehr hingeben, sondern wir werden unseren Weg zielorientiert weiter gehen. Wir werden nicht auf die Kritik der Opposition in unserem Bundesland hören, weil, wie gesagt, die haben kein Interesse, unser Bundesland weiter zu entwickeln, sondern wir sind es, die der Reformmotor sind. ÖVP und FPÖ gemeinsam werden dieses Bundesland in den nächsten Jahren auch so gestalten, so reformieren, dass wir unser gemeinsames Ziel, bis zum Jahre 2019 ein Nulldefizit zu erreichen, auch erreichen können. (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Das ist ein harter Schritt. Wir werden uns auch nicht mehr von Ankündigungsriesen und Umsetzungszwergen beschulen bzw. lehrmeistern lassen! (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Unsere Menschen in diesem Bundesland sind nicht verdorben, sie sind auch nicht verdorben worden, sondern sie sind ehrliche Menschen. Ich lasse es nicht zu, dass von Bundeseite immer wieder gesagt wird, unsere Kärntnerinnen und Kärntner sind verdorben. So geht man mit den Menschen in unserem Bundesland sicher nicht um! Das werden wir auch nicht zulassen, weil ich glaube, dass gerade die nächsten Wochen zeigen werden, wo die wahren Probleme liegen, nämlich bei allen Bundesländern, auf Bundesebene und weit über unseren Staat hinaus. Das geht nicht, dass man ein Land diffamiert! (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Wenn man ständig von Sanierung des Landeshaushaltes spricht, wenn wir ständig gute Ratschläge bekommen, wie man sparen kann, wo man sparen kann, auch da sage ich: Jeder soll vor seiner eigenen Haustür kehren, jeder soll in seinem Bereich sparen, die Bürgermeister mit den Gemeindebundfunktionären im Bereich der Gemeinden, wir auf Landesebene und die Herren Bundespolitiker auf Bun-

desebene. Wir brauchen uns nicht gegenseitig gute Sparvorschläge anzubieten. Wir brauchen die Probleme nicht von einer auf die andere Ebene abzuschieben. Wir sitzen auf allen Ebenen im gemeinsamen Boot. Auch die Bürgermeister haben ihre Probleme, deshalb ist es auch wichtig, dass wir jetzt Reformen setzen, dass wir jetzt Entlastung herbeiführen, wie etwa im Bereich des Nettogebärungsabganges. Da zahlen doch die Gemeinden direkt Geld mit. Wir belasten ja die Gemeinden, wenn wir den Nettogebärungsabgang bis zum Jahre 2014 auf 258 Millionen Euro drehen. Das sind 20 Millionen, die von den Kärntner Gemeinden zusätzlich aufgebracht werden müssen. Wo sollen denn das die Gemeinden hernehmen? Das geht so nicht mehr! Der Sozialbereich und der Gesundheitsbereich fressen zusehendst die Gemeindebudgets auf. Wir sind da gemeinsam gefordert, dass wir jetzt Schritte setzen, dass das nicht passiert und dass die Bürgermeister nicht in den Abgrund der Finanzierbarkeit gedrängt werden. (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Irgendwann in nächster Zeit wird auch der Anti-Kärnten-Chor verstummen, wenn dementsprechend die Ergebnisse auf dem Tisch liegen. Wir haben in Kärnten gemeinsam mit den Personalvertretern sowohl von KABEG-Seite als auch von Seiten der Hoheitsverwaltung für das Jahr 2009 eine moderate Lohnerhöhung in der Größenordnung von 0,45 Prozent beschlossen. Auf Bundesebene, wo der Herr Staatssekretär Lopatka uns dauernd zur Verwaltungsreform, zur Pensionsreform auffordert, wurden 0,9 Prozent beschlossen. Da frage ich mich: Brauchen wir solche Ratschläge? Das kann ich ganz einfach mit Nein beantworten. Wir werden weiterhin die Verwaltungsreform vorantreiben. Wir werden weiterhin gemeinsam mit den Personalvertretern die Pensionsreform entwickeln. Wir werden auch gemeinsam als Personalreferenten den selektiven Einstellungsstopp vorantreiben, weil ich glaube, eine Pensionsreform ohne selektiven Einstellungsstopp ist nicht günstiger, sondern bedeutend teurer, deswegen sind wir jetzt gefordert, mit den Personalvertretern, mit den Betriebsräten kluge Reformen voranzutreiben. Ich glaube, dass gerade die Koalition, und das werden alle Betriebsräte, auch der Herr Betriebsrat Arnold Auer bestätigen können, die Handchlagsqualität von unserer Seite war so wie von ihrer Seite immer gegeben. Diese Betriebsräte

Mag. Dobernig

mit Handschlagsqualität werden auch in Zukunft in uns einen stabilen, verlässlichen Partner haben. Wir sind nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern wir sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Wir sind für eine Gesundheitsversorgung, (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) wir sind für Qualität für den Patienten und wir sind nicht dabei, wenn man Geld in die Strukturen stopft, einfach, dass der Nettogebarungsabgang steigt. Sondern ganz im Gegenteil, unsere Handschlagqualität wird auch in Zukunft gelten für all jene, die bereit sind, konstruktiv mitzuarbeiten. Gemeinsam für unsere Heimat, für unser Bundesland Kärnten! Und wenn man immer von Verwaltungsreform, von Einsparungen spricht, dann sprechen alle von Effizienz. Ja was ist denn Effizienz? Effizienz heißt, dass man das vorhandene Geld, das wir weniger haben als etwa in den Jahren 2007 und 2008 – das wissen mittlerweile hoffentlich alle – deshalb müssen wir effizient arbeiten, das heißt, dass wir das Geld in jene Bereiche bringen müssen, wo wir es brauchen. Im Bereich der KABEG zum Patienten, zu einer qualitätsvollen medizinischen Versorgung, im Bereich der Verwaltung, um den Menschen in unserem Bundesland eine ordentliche und gute Dienstleistung anbieten zu können und nicht, dass das Geld irgendwo in den Strukturen versickert, irgendwo in der Verwaltung. Das ist nicht gefordert, dafür werden wir als politische Entscheidungsträger nicht gewählt und bezahlt, sondern ganz im Gegenteil, wir werden gewählt, dass man in schwierigen Zeiten die Herausforderungen annimmt, dass man auch gemeinsam an Lösungsszenarien arbeitet, dass man die Zeichen der Zeit erkennt und dass man rechtzeitig Maßnahmen einleitet, die langfristig und nachhaltig dort sparen, wo es sinnvoll ist und wo es unser Bundesland weiter bringt.

Ich glaube, der Budgetkonvent hat sehr viel Einsparpotential gezeigt und hervorgebracht, ohne etwa bei der Qualität für den Patienten zu sparen. Wir haben dort gespart, im Bereich der Ermessensausgaben, wo es möglich war in den Jahren 2009 und 2010. Wir werden im Jahre 2011 erstmals den großen Brocken der Pflichtausgaben angehen. Das ist weit schwieriger als im Bereich der Ermessensausgaben zu sparen. Das kann bald jemand, Leistungen zu streichen, wie das etwa von einem hohen Wirtschaftskammerfunktionär gefordert worden ist. Wir vertre-

ten nicht 4.000 Wählerinnen und Wähler, die diesen Präsidenten gewählt haben, sondern ganz im Gegenteil, wir vertreten 129.000 Menschen, die direkt oder indirekt von den Familienleistungen und Sozialleistungen des Landes Kärnten betroffen sind. Da kann man nicht einfach nur streichen, da muss man die menschlichen Schicksale dahinter betrachten, da muss man familiäre Schicksale dahinter betrachten und da kann man nicht einfach sagen, das Babygeld wird ab morgen gestrichen, das Müttergeld brauchen wir nicht mehr! Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für alle Menschen dieses Bundeslandes und nicht nur für eine Zielgruppe, wo man Wahlen gewinnen möchte! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, dass Krisenzeiten auch ein gemeinsames Bestreben für unser Bundesland hervorbringen können. Das haben die Budgetkonvents I – III ganz klar gezeigt. Es ist eine Einigkeit da über zwei Parteigrenzen hinweg. Wir wollen gemeinsam für unser Bundesland etwas erreichen. Wir wollen gemeinsam Maßnahmen setzen, um Reformen und Strukturen voranzutreiben. Wir wollen gemeinsam weitere Sparpotentiale heben. Wir wollen weiterhin eine Diskussion, ohne Tabus, weil gerade Krisensituationen eine solche Diskussion erfordern. Wir wollen weiterhin auch neben den Einsparungen in der Größenordnung von 53 Millionen Euro für das Jahr 2011 solche erzielen. Und wir wollen wie gesagt bis zum Jahre 2019 eine Annäherung bzw. ein Treffen der Einnahmen- und Ausgabenkurve herbeiführen. Das ist unser erklärtes Ziel und daran werden wir auch weiter arbeiten! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Deshalb auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön an jene Regierungsmitglieder, die diesen Weg mitgetragen haben, diesen Weg entscheidend mitbestimmt haben im Rahmen des Budgetkonvents.

Sowohl dem Landeshauptmann, der in seinem Budgetbereich bereit war, dementsprechend Reformen zu setzen. Genauso wie etwa dem Schulreferenten, der jetzt gemeinsam mit mir für das Lehrpersonal zuständig ist, hier eine Eindämmung des Überhanges, der vom Land Kärnten zu tragen ist, auch herbeigeführt hat. Hätten wir hier nicht eingegriffen, wäre der Überhang, der vom Land Kärnten zu leistende Beitrag im Jahre 2014 bei 40 Millionen Euro gelegen. Da kann man im Ermessensbereich sparen, so viel

Mag. Dobernig

man will, diese Entwicklungen kann man nicht in den Griff bekommen, wenn man nicht jetzt handelt und wenn man nicht jetzt an den richtigen Schrauben dreht.

Und genauso dem Kollegen Martinz. Der Kollege Martinz hat auch in seinem Bereich den notwendigen Beitrag geleistet, dass wir relativ rasch und gut das Budget für das Jahr 2011 noch vor der Sommerpause in der Landesregierung und dem Kärntner Landtag beschließen können. Da hat leider die SPÖ wieder einmal eine unrühmliche Rolle eingenommen. Ihr wart die Einzigen, die mehr an Budget verlangt haben. Ihr habt weit mehr verlangt, als die KABEG-Verantwortlichen selbst. Ihr habt weit mehr verlangt als der Aufsichtsrat in der KABEG selbst. Lieber Peter, das ist nicht der Weg, den wir mit dir gehen werden! Ganz im Gegenteil, stimm du weiterhin mit der Bundesregierung den Steuererhöhungstenor an, aber lass uns bitte in Frieden. Wir möchten für dieses Bundesland arbeiten, wir gehen unsere Herausforderungen an und wir wünschen uns nicht irgendwelche Szenarien herbei, die den Menschen in unserem Bundesland das Geld aus der Tasche ziehen. Da sind wir sicher nicht dabei, das sage ich ganz offen und diese Pläne kannst du sofort wieder verwerfen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Wir versuchen auch, über Haftungsszenarien Unternehmen in diesem Bundesland zu unterstützen. Und auch dieser Weg hätte der SPÖ Kärnten nicht geschadet, einmal zur KSG, weil ich glaube, dass wir Produkte in diesem Bundesland anbieten, die Arbeitsplätze absichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Und da ist es die schlechte Botschaft, dass man Scheu davor hat, lieber parteipolitisch zu gewinnen, als Arbeitsplätze abzusichern. Ich glaube, dass mit einer gemeinsamen Vorgangsweise auch bei eurem Betrieb, wo ihr jetzt versucht, über die KABEG-Thematik davon abzulenken, Arbeitsplätze abzusichern und neue Arbeitsplätze vielleicht sogar zu schaffen. Das wäre der richtige Weg gewesen, dass wir gemeinsame Errungenschaften auch gemeinsam nutzen über alle Parteigrenzen hinweg, dass wir die Parteipolitik endlich einmal beiseite lassen und dass wir gemeinsam für Arbeitsplätze in diesem Bundesland dementsprechend arbeiten. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Mir geht es nicht darum, ob das SPÖ-Arbeitsplätze oder andere Arbeitsplätze sind, mir geht es um die Menschen!

Der Bundesländervergleich, wenn wir schon einmal dabei sind, der zeigt es ganz klar. Sowohl Niederösterreich, die Steiermark und Burgenland haben nicht nur ähnliche, sondern noch schwerwiegendere Probleme als wir in unserem Bundesland. Hier, wie gesagt, war das Nettodefizit im Jahre 2009 in Niederösterreich bei 600 Millionen Euro, in der Steiermark ist leider noch kein Rechnungsabschluss auffindbar, aber inoffiziell gibt es ihn natürlich, mit weit höherer Nettoneuverschuldung als ursprünglich geplant, im Burgenland taucht nach der Landtagswahl auf einmal auch der Rechnungsabschluss 2009 auf. Oh, und die Nebel lichten sich, das ist ja immer wieder gefordert worden, dass sich endlich die Nebel über unserem Bundesland lichten. Die Nebel lichten sich nicht über unserem Bundesland, sondern über allen Bundesländern, über dem Staat Österreich und es zeigt sich das wahre Bild. Ein Bild, dass die öffentliche Hand viel zu viel an Budgetvolumen bzw. Kreditvolumen benötigt. Das ist eine schwierige Situation. Wenn man jetzt ausgabenseitig nichts tut, wird es in den nächsten Jahren sicher nicht besser werden, sondern ganz im Gegenteil, es wird schlechter werden. Die Defizite werden sich steigern und wir machen da nicht mit. Wir möchten die Nettoneuverschuldung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, nach unten drücken. Für das Jahr 2009 haben wir 0,87 Prozent an Nettoneuverschuldung ausgewiesen. Alle anderen Bundesländer bis auf Vorarlberg und Oberösterreich, die natürlich viele Aufgaben und damit auch viele Belastungen in die Gemeindehaushalte und in die Bezirkshaushalte abschieben, haben über 1 Prozent ausgewiesen, der Staat Österreich hat 3,4 Prozent ausgewiesen und die Eurozone immerhin 6,8 Prozent. Und jetzt frage ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, ist das schlecht oder ist das vielleicht doch nicht so schlecht, unsere 0,87 Prozent? Es ist kein erfreulicher Wert, aber ist es im Vergleich ein durchaus guter Wert. (*Abg. Ing. Scheuch: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion.*) Und auch für die nächsten Jahre werden wir diesen Weg vorangehen. Wir werden weiterhin dort sparen, wo wir sparen können, um gegenüber dem Budgetprogramm, das wir im Herbst mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP beschlossen haben, noch zusätzliche Einsparpotentiale zu lukrieren. Für die Jahre bis 2014 werden das aufgrund der Bestrebungen des Budgetkonvents 2010 immerhin 156 Millionen

Mag. Dobernig

Euro sein, die mittelfristig gespart werden können. Zehn Tage, fünf Regierungsmitglieder, Arbeit, Diskussion ohne Tabus, gemeinsame Arbeit für dieses Bundesland haben 156 Millionen Euro gebracht und wir werden noch viele Tage investieren, dass wir dieses Ergebnis verbessern. Ich glaube, das sind Tage mit einem guten Stundenlohn für die Menschen in unserem Bundesland, weil das sind Schulden, die sie nicht zurückzahlen müssen und ich glaube, das ist gut nicht nur für unsere Generation, sondern für unsere zukünftigen Generationen. Das sind wir auch den Menschen und unseren Nachkommen schuldig, dass wir jetzt arbeiten für sie! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Der Kollege Martinz hat ja eine Rechnung angestellt. Was wäre gewesen, aufgrund unserer Bestrebungen, zu sparen, wären nicht die Einnahmehausfälle 2009, 2010 und 2011 in dieser Größenordnung ausgefallen? Wir haben gegenüber dem Jahr 2008 Einnahmehausfälle in der Größenordnung von 248,8 Millionen Euro und wir haben ein Budgetdefizit für das Jahr 2011 in der Größenordnung von 231. Das heißt, zumindest rechnerisch würde es einen Überschuss ergeben. Man muss aber fairerweise dazu sagen, hätten wir nicht die Krisensituation gehabt, vielleicht hätten wir auch gemeinsam mit der SPÖ so weiter getan wie in der Vergangenheit. Ihr wart dabei, liebe Abgeordnete der SPÖ, wo Budgets beschlossen worden sind mit Einmaleffekten in der Größenordnung bis zu 200 Millionen Euro! Und heute könnt ihr euch nicht mehr daran erinnern. *(Der Redner wendet sich an LR Dr. Prettnner:)* Auch du, liebe Beate, hast immer brav die Hand gehoben, wenn es ums Budget gegangen ist, bis einschließlich zum Jahr 2008! Und heute kannst auch du dich nicht mehr daran erinnern. Leider hat wahrscheinlich das Wahlergebnis, das schmerzliche Wahlergebnis des Jahres 2009, euch das Erinnerungsvermögen über die vergangenen Jahre genommen. Ich bin nicht böse, das ist Politik, das gehört jetzt zur Opposition dazu, aber wie gesagt, wir hören nicht auf diese Stimmen, wir wollen für dieses Land arbeiten und wir werden alles daran setzen, dass, wenn sich die Einnahmen verbessern – und da haben wir realistische Chancen und nicht nur eine Hoffnung, dass das ab dem Jahr 2012 auch möglich ist – sich auch das Budgetbild deutlich verbessert. Dann wird man sehen, wie jetzt beim Budgetprogramm, dass die strukturellen Änderun-

gen, die wir jetzt durchgeführt haben, sich deutlich auswirken, dass man ein ordentliches, für die nächsten Jahrzehnte gutes Budgetbild erzeugt hat und dass man damit verbunden natürlich auch die Nettoneuverschuldung und damit die Belastung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte nach unten gedrückt hat. Das wollen wir und dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es aus meiner Sicht auch überhaupt keine Alternative! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Und weil Kärnten in den letzten Monaten hin und wieder von Bundespolitikern, die scheinbar von ihren eigenen Problemen ablenken wollten, immer als „das Griechenland Österreichs“ bezeichnet bzw. beurteilt wurde, möchte ich noch kurz auf diesen Aspekt eingehen. Ich glaube, dass die Europäische Union im Grunde in Gedanken auf einem guten Weg gewesen wäre, wären nicht diese Probleme gekommen. Man wollte die Staatshaushalte sanieren. Das war jedoch nicht möglich, weil man jetzt immer wieder Krisenherde hat, weil es Länder und Staaten gibt, die schwächeln. Und auch der Euro, mittlerweile fast zehn Jahre nach seiner Einführung, hat nicht nur Kinderkrankheiten, ganz im Gegenteil, es sind lebensbedrohende Krankheiten und wir haben unseren starken, harten Schilling gegen diese Währung eingetauscht. Wir zahlen jetzt auch die Rechnung für die Entwicklung der letzten Jahre, für eine zögerliche Politik auf EU-Ebene. Wir alle gemeinsam zahlen die Rettung Griechenlands und wir können uns scheinbar im Gegensatz zu Griechenland nicht auf Wien verlassen, denn als wir Probleme gehabt haben, wurden wir dementsprechend zur Kasse gebeten. Wir mussten 200 Millionen Euro aufbringen, die wir auch im Sinne des Unternehmens, im Sinne der 1,4 Millionen Euro an Hypo-Kunden und der vielen tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht leicht, aber dennoch geleistet haben. Wir sind es den Menschen in unserem Bundesland schuldig, aber wir haben uns nicht darauf verlassen können, dass wir sofort einen Betrag überwiesen bekommen. 2,2 Milliarden Euro für Griechenland waren über Nacht auf der Welt. Das ist das Landesbudget des Landes Kärnten. Mit diesen 2,2 Milliarden Euro hätte man nicht nur Kärnten, sondern allen Bundesländern helfen können. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Hätte man gute Konjunkturpakete für Österreich schnüren können und hätte man damit die Volkswirtschaft in unserem Bundesland, in den anderen Bundes-

Mag. Dobernig

ländern und im gesamten Staat Österreich auch dementsprechend vorantreiben können. Man hätte Arbeitsplätze sichern können, man hätte neue Arbeitsplätze schaffen können. Nein, man hat es lieber nach Griechenland gegeben. Man lenkt lieber von den eigenen Problemen ab, man sucht sich lieber einen Sündenbock in Form der Hypo Alpe-Adria-Bank über Wochen für das Bundesland Kärnten, um, wie gesagt, von den eigenen Problemen abzulenken. Aber diese Probleme sind nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Spätestens nach den Landtagswahlen, spätestens am 9. Dezember 2010 kommt die gesamte Wahrheit ans Tageslicht. Das wird kein Adventfriede werden, sondern ganz im Gegenteil: Da wird es rascheln hinter den Weihnachtsbäumen, dass die „Schwart'n glei so kracht“ auf gut Kärntnerisch. Denn da wird es auch von Seiten der Bundesregierung notwendig sein, dass man sich zu einer strukturellen Änderung bekennt, dass man sich zu Reformen bekennt und dass man dazu steht, ob man jetzt diesen Staat sanieren möchte oder ob man weiterwursteln möchte. Ich glaube, das wird auch eine Bewährungsprobe der österreichischen Bundesregierung werden. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Wir brauchen uns nicht auf Wien zu konzentrieren, sondern wir konzentrieren uns auf Kärnten. Auf Wien haben wir uns bereits vor 90 Jahren nicht verlassen können! Wir konzentrieren uns auf unser Bundesland! Wir machen das dementsprechend mit dem Budgetkonvent, wir machen das gemeinsam mit den Referenten. *(Zwischenruf von LH-Stv. Mag. Dr. Kaiser.)* Lieber Peter, ich weiß schon, dass du damit Probleme hast, wenn sich jemand zur Kärntner Heimat bekennt. Wenn sich jemand zur Kärntner Volkskultur bekennt, wenn sich jemand dazu bekennt, die Kärntner Tracht zu tragen, dazu kannst du dich nicht bekennen, das wissen wir, das sehen wir jedes Wochenende bei Bezirksblasmusikertreffen. Du bist nicht bereit, Kärntner Tracht zu tragen. Du willst nicht die Kärntner Heimat dementsprechend auch selbst tragen. Du stehst nicht zu unserer Volkskultur. Das brauchst du jetzt nicht mit Zwischenrufen auch noch einmal deutlich in diesem Haus zu signalisieren. Das wissen wir alle schon seit den letzten Jahren und das wird sich auch nicht ändern! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Wir konzentrieren uns auf Kärnten mit jenen politischen Vertretern, die dazu bereit

sind, mit jenen Regierungsmitgliedern, die dazu bereit sind, mit jenen Fachbeamten, mit jenen Vertretern von Seiten der KABEG und mit den Betriebsräten der KABEG, aber auch mit den Personalvertretern des Landes Kärnten. Ich glaube, dass gerade diese Betriebsräte und auch die Personalvertreter sowohl im Rahmen der Pensionsreform, im Rahmen der Lohnerhöhung ihre Handschlagqualität bewiesen haben. Wir können stolz auf solche Menschen über alle Parteigrenzen hinweg sein. Hätte die SPÖ in diesem Haus die gleiche Qualität als ihre Betriebsräte, dann wäre ein gemeinsamer Weg für dieses Bundesland möglich. So ist das leider nicht möglich. Macht weiterhin Opposition, das schadet nicht, das schadet nur euch selbst, das schadet aber unserem Bundesland nicht. Wir haben stabile Mehrheiten und diese stabilen Mehrheiten werden wir auch in den nächsten Jahren noch fortsetzen. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Für das Jahr 2011 sind wir nach den Effekten, die wir durch die Reduzierung der Ermessensausgaben erreichen konnten, jetzt beim Bereich der Pflichtausgaben angelangt, im Bereich des Personals, im Bereich der großen Brocken. Es macht wenig Sinn, wenn man die Ermessensausgaben reduziert, wenn die Ermessensausgaben im Jahre 2011 rund 16,7 Prozent betragen und im Jahre 2008 19,8 Prozent. Das heißt, und da kann ich mich nur wiederholen wie im Jahre 2009 bei den Ermessensausgaben, sind wir am Limit angelangt. Hier werden wir sicher nicht mehr sparen. Die 345 Millionen Euro, die im Budget 2011 stehen, brauchen wir. Die brauchen wir für eine gute Wirtschaftsentwicklung, die brauchen wir für Wirtschaftsförderung, die brauchen wir für eine ordentliche Agrarförderung und die brauchen wir für viele Bereiche, die Arbeitsplätze absichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen das Bundesland nicht zu Tode sparen, sondern ganz im Gegenteil. Wir gehen jetzt in jene Strukturen, die dementsprechend Geld verschlungen haben. Wir wollen, dass das Geld dort ankommt, wo es benötigt wird, nämlich bei den sozial Schwächsten, bei den Familien, bei den Patienten und jenen Menschen, die auf die Politik vertraut haben. Dieses Vertrauen werden wir nicht missbrauchen, sondern ganz im Gegenteil, wir werden diesem Vertrauen auch nachkommen und zeigen, dass wir sozialgerechte, familiengerechte Politik betrei-

Mag. Dobernig

ben. (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Wir haben auch gezeigt, dass wir auch bei uns selbst zu sparen bereit sind. Für mich als Finanzreferent ist das, wie gesagt, das wichtigste Signal. Die Rücknahme der Parteienfinanzierung, die massive Kürzung der Öffentlichkeitsarbeit ab dem Jahr 2011. Im Jahr 2010 ist beachtlicher Weise bereits zu erkennen, dass die Öffentlichkeitsarbeit bereits massiv zurück geht. Ich glaube, diesen Weg und diese Zielsetzung müssen wir weiter gehen. Diese Zielsetzung werden wir auch gemeinsam mit dem Budget verankern. Wir werden sie gemeinsam im Rahmen einer Start-Ziel-Bestimmung bis zum Jahr 2019 festlegen. Die Nettodefizite der Jahre 2012 bis 2014 in dieser Legislaturperiode werden deutlich unter dem Jahr 2011 sein. Wir haben es geschafft, das Defizit gegenüber dem Jahr 2010 im Jahr 2011 noch einmal zu reduzieren. Wir haben es geschafft, die Defizite des Budgetprogramms massiv zu reduzieren. Uns wird es auch gelingen, in den nächsten Wochen und Monaten – bereits im August werden wir uns wieder zusammensetzen – notwendige und weitere Reformen zu setzen, dass wir dieses Ziel nicht nur als politische Willensbekundung beschließen, sondern dass wir diese gemeinsame Zielsetzung auch leben und dass sich diese gemeinsame Zielsetzung auch in Zahlen ausdrückt. Daran werden wir gemessen und das werden wir auch so machen.

Wir haben Fehler erkannt, wir haben Fehler gemacht, wir haben diese Fehler eingestanden, wie etwa bei der Parteienfinanzierung, aber wir machen sie jetzt rückgängig! Wir scheuen nicht davor, dass auch die Politik Fehler eingesteht. Das würde auch der SPÖ gut stehen, einmal Fehler einzubekennen und das ist die Arbeitsweise, die diese Koalition dementsprechend vorantreiben möchte. Das ist unsere Arbeitsweise, die wir gemeinsam gehen möchten. Wir werden jetzt weiterhin Probleme erkennen, wir werden Maßnahmen jetzt ergreifen und umsetzen und wir werden unsere Sparpotentiale für die nächsten Jahre auch ausloten und dementsprechend niederschreiben. Der Budgetpfad ist ein guter, wir sind auf dem richtigen Weg. Die Zahlen sind zwar noch nicht sehr erfreulich wie wir es uns alle wünschen würden, aber einnahmenseitig können wir nicht diese Ausfälle kompensieren, das ist unmöglich. Aber wir können unseren Beitrag dazu leisten, dass es jetzt aufwärts

geht. Dass man nicht nur auf Einmaleffekte angewiesen ist, sondern ganz im Gegenteil, dass wir einnahmenseitig und ausgabenseitig eine gute Politik betreiben und damit langfristig ausgabendämpfende Strukturen und dementsprechende Bereiche schaffen. Es ist auch deshalb wichtig, dass man das beachtet.

Man muss beachten, dass wir einen Stabilitätspakt im Jahr 2007 beschlossen haben, der weder für die Gemeinden noch für die Länder noch für den Staat Österreich haltbar ist. Wir wollen uns nicht Ziele setzen, die wir nicht halten können, sondern wir wollen realistische Ziele setzen. Wir bessern lieber einmal positiv nach, als wir kommen drauf, wir brauchen einen Nachtragsvorschlag, die gesetzten Ziele sind nicht erreichbar, das Budget 2011 hält nicht. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir mit 1.1.2011 die Reformen bereits umgesetzt haben. Ich höre da auch nicht auf den Klubobmann Rohr, der gemeint hat, in der Vergangenheit war es immer so, dass wir im November oder Dezember budgetiert haben. Würden wir das für das Jahr 2011 diesmal so machen, dass wir im November oder Dezember 2010 budgetieren, dann wären die Reformen nicht umsetzbar, dann würden wir zwar für das Jahr 2011 Zahlen niederschreiben, die haltbar seien, sondern ganz im Gegenteil, alle Referenten haben jetzt ein halbes Jahr Zeit, diese strukturellen Änderungen herbeizuführen und damit auch für die Jahre 2009, 2010 und 2011 eine Budgetwahrheit zu haben. Wenn sich die SPÖ-Regierungsmitglieder außerstande sehen, diese Maßnahmen selbst zu setzen, dann sind wir auch gerne bereit, wie bei den letzten Reformmaßnahmen, dass wir euch entlasten. Auch dies ist ein Weg, den wir gehen wollen. Ich glaube, wir haben als Koalition die Verantwortung übernommen und wir müssen auch dieser Verantwortung nachkommen. Wir wollen keinen Stabilitätspakt, der nicht gehalten werden kann, wo alle drüber fahren. Wir wollen realistische Zahlen!

Dieser Stabilitätspakt, die angestrebten Zielsetzungen, sind nicht einmal ein schlechter Scherz, das kann niemand erfüllen und wir werden diesen Stabilitätspakt auch neu verhandeln müssen, sollten wir ehrlich und dementsprechend auch mit gleichen Tatsachen, mit gleicher Budgetpolitik in diesem Bundesland uns begegnen. Wir wollen endlich ein weg von der Verschleierungspolitik der anderen Bundesländer. Wir

Mag. Dobernig

möchten ein gemeinsames Budgetbild. Wir möchten die gemeinsamen Haushaltsziele gemeinsam formulieren. Wir möchten offen über die außerbudgetäre und die budgetäre Verschuldung diskutieren und wir werden auch kein Versteckspiel betreiben, wo einer dem anderen vormacht, er sei besser als er tatsächlich ist. Wir haben die gemeinsame Verpflichtung, dass wir jetzt die Nettodefizite nach unten drücken, dass nicht die öffentlichen Haushalte zu viel an Kreditvolumen benötigen, dass die Privaten jene Kredite, die sie brauchen, um produzieren zu können, um Mitarbeiter zu beschäftigen, um investieren zu können und damit wachsen zu können, dass diese sie nicht bekommen. Dass man dann Haftungsfonds wieder machen muss von Seiten der Politik, um Sicherungen vorzunehmen, weil die Finanzierbarkeit nicht mehr gegeben ist. Wir müssen auf dem Kreditmarkt von Seiten der öffentlichen Hand eine Entlastung herbei führen. Wir dürfen nicht sämtliche Kreditvolumina, die zur Verfügung stehen, selbst aufbrauchen, sondern Kredite sind grundsätzlich für Private und Unternehmen da und nicht ausschließlich für die öffentliche Hand! *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Deshalb hat im Rahmen des Budgetprogramms 2011 bis 2014, das ist wie gesagt die erste Änderung aber eine positive und gute Änderung, dass sich die Nettodefizits nach unten entwickeln, die Stabilisierung der Nettoneuverschuldung für mich Priorität. Wir wollen keine Einmaleffekte erzielen. Wir wollen keine Anleihen begeben. Wir wollen keine zusätzlichen außerbudgetären Finanzierungslinien herbeiführen. Wir wollen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln dementsprechend gute Investitionen im Bereich der KABEG vorantreiben. Wir wollen das gemeinsam beschlossene Investitionsprogramm für die KABEG umsetzen und wir wollen damit auch zeigen, dass sich die außerbudgetäre Verschuldung nicht mehr massiv steigert, sondern gar nicht mehr steigert, sondern ganz im Gegenteil, vom Jahr 2012 auf das Jahr 2013 erstmals auch reduziert. Ein echter Schuldenabbau im Bereich der außerbudgetären Schulden! Das ist nicht nur unser Ziel, sondern das ist auch möglich, indem wir den gewählten Weg vorantreiben und es ist auch möglich, ein Jahr früher diesen Abbau an außerbudgetären Schulden herbeizuführen. Nicht vom Jahr 2013 aufs Jahr 2014, sondern bereits

vom 2012 aufs Jahr 2013.

In Summe gesehen werden wir durch dieses Budgetprogramm im Bereich der Finanzschulden durch diese Reformschritte 156,4 Millionen Euro an Nettoneuverschuldung nicht in Anspruch nehmen müssen und im Bereich der außerbudgetären Verschuldung werden es immerhin 256 Millionen Euro sein. Ich glaube, das ist ein Ergebnis, worauf wir stolz sind und das bei den zusätzlichen Anforderungen, die aufgrund der Hypo-Verstaatlichung, aufgrund der Einnahmefälle jetzt dementsprechend zu verarbeiten waren und zu verarbeiten sind. Weitere Maßnahmen wird es auch geben. Es ist wichtig, nicht nur zu sparen, sondern ganz im Gegenteil, wir haben als Land auch eine Verpflichtung zum Investieren. Wir müssen vor allem im Bereich des Baus, des Hochbaus und auch des Tiefbaus gerade im Jahr 2011 investieren. Wir werden zusätzliche Mittel für den Hochbaubereich im Jahr 2011 budgetieren. Anstelle der 141,6 Millionen Euro des Jahres 2010 wird es im Jahr 2011 146,7 Millionen Euro geben, 5 Millionen Euro mehr für Hochbaumaßnahmen, für Sanierungsaktivitäten und damit auch für Beschäftigungseffekte. Es ist wichtig, dass wir das Geld dort einsetzen, wo es gebraucht wird, dass wir auch dort zusätzliche Dotierungen vornehmen, wo wir Beschäftigung schaffen können. Genauso wird es auch für den Bereich des Straßenbaus 51,6 Millionen Euro für das Jahr 2011 geben. Auch die Energieförderung wird wieder in der Größenordnung von 7,5 Millionen ausgestattet werden und im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen für Gemeinden wird es neben den BZ-Mitteln auch nochmals Konjunkturrücklagen in der Größenordnung von 7,74 Millionen Euro geben. Das ist wichtig, das ist notwendig, dass wir jene Firmen im Hoch- und Tiefbaubereich und vor allem auch jene Menschen, die in den letzten Jahren am Aufschwung auch dementsprechend mitgearbeitet haben, dass man diese jetzt nicht im Stich lässt, sondern dass die öffentliche Hand jetzt Impulse setzt und auch im Jahre 2011 unter schwierigen Voraussetzungen, unter Rückfall der Einnahmensituation auch investiert, dass wir Schwerpunkte setzen, aber dass wir nicht mehr mit der Gießkanne darüber gehen, dass wir die Gießkanne zumindest aus einer Hand geben und dass wir jetzt Schwerpunkte setzen, dass wir jene Pflänzchen gießen, die wachsen können, die auch dementsprechend Effekte bringen und dass

Mag. Dobernig

man jene Bereiche auch dementsprechend stärkt etwa im Bereich des Regional- und Bodenbeschaffungsfonds, der gemeinsam zu einem neuen Gemeindefonds geschaffen wird, ein Impulsprogramm für die Gemeindehaushalte, für Investitionen in den Gemeinden und damit natürlich auch für Beschäftigung gerade für kleine Unternehmen im ländlichen Raum. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Die Schwerpunkte des Budgets 2011 sind im Grunde ähnliche. Sie haben sich aber aufgrund der Einsparungen im Pflichtausgabenbereich verändert bzw. sind in vielen Bereichen nicht wie in den letzten Jahren, Frau Kollegin Cernic, etwa in Ihrer Amtszeit im zweistelligen Prozentsatz gestiegen. *(Abg. Ing. Scheuch: Na, Gott sei Dank!)* Ein Dank an den neuen Sozialreferenten, der es innerhalb von eineinhalb Jahren geschafft hat, die Baustellen der Vorgängerinnen aufzuräumen, *(Abg. Ing. Scheuch: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)* nicht mehr Steigerungsraten im zweistelligen Bereich in Kauf zu nehmen, sondern ganz im Gegenteil! Er kommt mit einem stabilen Budget, wie etwa im Jahre 2010, im Jahre 2011 aus. 320 Millionen Euro werden im Budget 2011 für soziale Maßnahmen stehen, ein glaublich guter und schöner Betrag, aber ohne Steigerungsraten. Ich glaube, es ist auch kein Fehler, klüger zu werden, noch sozialer zu werden, noch familienfreundlicher zu werden. Es geht nicht darum, Maßnahmen zu 100 Prozent zu streichen, nein, ganz im Gegenteil. Es geht darum, sozial zu staffeln, jene Menschen nämlich, die 129.000, die diese Leistungen brauchen, weiterhin zu unterstützen, aber ein Schulstartgeld brauchen nicht alle, die schulpflichtige Kinder haben. Oder glauben Sie etwa, dass der Kollege Uwe Scheuch, der Kollege Ragger oder die Kollegin Prettnner für ihre Kinder ein Schulstartgeld wie in der Vergangenheit brauchen? Nein, das brauchen sie nicht, *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion. – Abg. Mag. Cernic: Zehn Jahre habt ihr gebraucht, bis ihr das bemerkt habt! – Abg. Ing. Scheuch: Quak, quak, quak!)* deshalb ist eine soziale Staffelung gut und notwendig. Durch diese soziale Staffelung – *(Anhaltender Lärm im Hause. – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.)* Ihr wart keine Sozialreferentinnen, sondern ganz im Gegenteil, ihr habt jene Bereiche gestützt, die nicht soziale Unterstützung

gebraucht haben! Ihr habt jene Menschen unterstützt, die mit Sozialem überhaupt nichts zu tun haben! *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)* Die, die gut verdienen, die brauchen kein Schulstartgeld. Menschen in unserer Verdienstklasse brauchen diese Leistungen nicht! Jeder von uns, der sagt, wir brauchen diese Leistungen, soll sich schämen, dass er glaubt, er muss dem Land Kärnten das Geld aus der Tasche locken! Ganz im Gegenteil, wir werden sozial staffeln. Durch diese soziale Staffelung sparen wir uns 2 Millionen Euro und durch diese soziale Staffelung wird es auch möglich sein, *(Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause. – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.)* demografische Entwicklungen, die wir haben, die wir auch brauchen, die wir unterstützen müssen, zu unterstützen, deshalb haben wir keine Steigerungsraten, Frau Kollegin! Diese Maßnahmen hätten Sie sich schon lange zu Herzen nehmen können. Sie hätten das Mindestsicherungsgesetz nicht als Hängematte heranziehen können, sondern Sie hätten das Mindestsicherungsgesetz so gestalten können, dass es ein Fangnetz ist für jene Menschen, die aus dem Arbeitsprozess fallen, aber gleichzeitig ein Trampolin zurück in den Arbeitsprozess. Wir wollen keine Mindestsicherung, die eine soziale Hängematte ist, ganz im Gegenteil! *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)* Es muss eine soziale Abfederung geben! Das gibt es mit dem neuen Sozialreferenten nicht mehr. *(Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic.)* Obwohl es auf Sie sicher nicht mehr zutreffen wird, weil Sie sicher nicht mehr in diese Verantwortung kommen werden, aber schauen Sie sich vielleicht einmal das Mindestsicherungsgesetz des Kollegen Ragger an, damit Sie zumindest wissen, was Sie vor zwei Jahren tun hätten sollen! Nicht abwarten, nicht Probleme wegschieben, sondern Probleme aufgreifen und ändern! *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)* Das Zauberwort ist soziale Staffelung. Das Zauberwort ist, sozialen Missbrauch zu erkennen. Das Zauberwort ist, Kärnten noch sozialer und familienfreundlicher zu machen. Wir wollen sozial gerechter sein. Wir brauchen in keinem der Bereiche, sowohl in der Wirtschaftsförderung und in vielen anderen Bereichen nicht ausschließlich das Gießkannenprinzip, sondern das Geld muss zu jenen Menschen kommen, die es brauchen! Sozialgeld muss zu Menschen kommen, die schlechter gestellt sind. Familienleistungen müssen zu Men-

Mag. Dobernig

schen mit Kindern kommen, die dieses Geld brauchen. Und Wirtschaftsförderung muss zu Betrieben kommen, die Arbeitsplätze sichern und schaffen, die investieren möchten und damit verbunden natürlich auch die Volkswirtschaft in Kärnten vorantreiben. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)* Wenn die SPÖ nicht so stolz gewesen wäre, so wie es der Kollege Scheuch sagt, hätten wir aus dem Haftungsfonds in der Größenordnung von 30 Millionen Euro auch für euch etwas gehabt. *(Einwand von LH Dörfler.)* Es geht mir nicht darum, ob es ein SPÖ-Betrieb ist oder ein anderer Betrieb, es geht um Menschen, es geht um 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Ihr wart zu stolz, *(Abg. Ing. Scheuch: Eingebildet!)* dass ihr zur KSG gekommen wärt. Ihr habt den Antrag nicht einmal gestellt, *(2. LH-Stv. Mag. Dr. Kaiser, sich von seinem Platz erhebend: Hör mit deinen falschen Behauptungen endlich einmal auf! – Unruhe im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* sondern ganz im Gegenteil, die KSG, der Vorstand hat das bestätigt, ihr habt das leider nicht gemacht und habt damit Arbeitsplätze nicht nur gefährdet, sondern habt auch Menschen auf die Straße gestellt! *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Auch im Bereich der Familien wird es für das Jahr 2011 wieder eine Gesamtdotierung in der Größenordnung von 50,18 Millionen Euro geben. Damit ist gewährleistet und gesichert, dass Kärnten weiterhin das familienfreundlichste und sozialste Bundesland Österreichs bleibt. *(Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic.)* Und Frau Kollegin, falls Sie mir auch das nicht glauben, dann lesen Sie bitte die Rechnungshofberichte, die das eindrücklich bestätigen! Ihr horcht ja sonst auch immer auf die Rechnungshofberichte und auf die Aussagen des Rechnungshofes, *(Abg. Stromberger: Lesen lernen, Frau Kollegin!)* wenn es gegen uns geht. Wenn es nicht gegen uns geht, dann „derlest“ ihr die Rechnungshofberichte nicht, wie etwa im Bereich der Familienförderung. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Auch den Wohnbaubereich habe ich bereits erwähnt. Der wird eine zusätzliche Dotierung im Jahre 2011 erfahren. 146 Millionen Euro werden für Hochbaumaßnahmen in diesem Bundesland im nächsten Jahr eingesetzt. Wir werden das Wohnbauprogramm 2009 in der Größenordnung von 1.487 Wohneinheiten dementsprechend im

Jahre 2010/2011 verbauen. Wir werden zusätzliche Mittel in der Größenordnung von 25 Millionen Euro für Althausanierung, für Sanierungsmaßnahmen, für energiepolitische Maßnahmen, für Wärmedämmung einsetzen, weil das sind jene Bereiche, die arbeitsintensiv sind, wo wir jetzt Arbeitsplätze schaffen können, Arbeitsplätze absichern können. Ich glaube, dass sich auch die Bauwirtschaft im Jahre 2011 auf das Land Kärnten verlassen können muss und sich auch verlassen können wird. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)* Wir haben Vorsorge getroffen, dass arbeitspolitische Maßnahmen auch im Jahr 2011 der bedeutendste Schwerpunkt dieses Budgets sein wird. Ich kann mich da nur meinen Worten im November bzw. Dezember 2010 anschließen. Arbeit ist neben Gesundheit das Wichtigste für die Menschen. Arbeit gibt Perspektiven. Arbeit sichert Einkommen. Arbeit sichert damit auch, dass Familien dementsprechend sich etwas leisten können, dass es zu keinen Problemen in der Familie durch Arbeitslosigkeit kommt. *(Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic.)* Arbeit löst auch Investitionen aus. Arbeit gibt dem Menschen Sicherheit. Arbeit sichert damit auch wieder Arbeitsplätze ab. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)* Deshalb war es für uns wichtig, in diesen Bereich zu investieren, wie etwa noch einmal 10 Millionen Euro zusätzlich für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Bereich von Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch zu dotieren. Das haben wir nicht getan, weil wir gesagt haben, ich möchte den Uwe Scheuch zusätzlich ausstatten, sondern ganz im Gegenteil, das ist ein Schwerpunkt dieser Koalition, ein richtiger Schwerpunkt. Ich glaube, dass die Arbeitsmarktdaten der letzten Monate auch gezeigt haben, dass sich diese Effekte, diese Schritte und diese Maßnahmen positiv auf den Kärntner Arbeitsmarkt ausgewirkt haben! *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)* Wir haben erstmals seit 2008 wieder rückläufige Arbeitslosenzahlen. Das ist ein Erfolg dieser Koalition und nicht ein Erfolg der Opposition. Wir haben bereits mit 1.1.2009 ein Konjunkturpaket geschnürt, das über 1.600 Betriebe in Anspruch genommen haben. Wir haben im Jahre 2009 50,9 Millionen Euro für Wirtschaftsförderung eingesetzt und damit Investitionen in der Größenordnung von 500 Millionen ausgelöst. Wir haben zusätzlich 1.600 neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese Maßnahmen, diese

Mag. Dobernig

Schwerpunkte wirken sich jetzt positiv auf den Arbeitsmarkt in Kärnten aus. Das ist kein Grund, um sich zurückzulehnen, nein, ganz im Gegenteil. Wir wissen, dass es der richtige Schritt war. Wir wissen, dass wir am richtigen Weg sind. Wir werden jetzt über den Sommer diese positiven Schritte noch einmal beschleunigen. Wir werden versuchen, noch einmal einen konjunkturellen Turbo zu zünden, damit das Jahr 2011 noch besser ist als das Jahr 2010, dass wir auch in den Wintermonaten dementsprechend Menschen in Arbeit halten können, etwa im Bereich des Hochbaus, im Bereich der Innensanierung und in vielen anderen Bereichen. Das ist unsere Motivation. Unsere Motivation ist nicht, Parteipolitik zu betreiben, ganz im Gegenteil. Unsere Motivation ist, dass man jene Aktivitäten setzt, die jetzt die Kärntner Wirtschaft, die Kärntner Menschen brauchen, wie etwa das Konjunkturpaket, wie etwa den Haftungsfonds. Immerhin 22 Unternehmen von drei bis 349 Mitarbeitern haben diesen Haftungsfonds in Anspruch genommen. 7,65 Millionen Euro an Haftungen wurden begeben. Weitere 14 Unternehmen befinden sich jetzt in Prüfung. Gerade am Donnerstag werden wieder weitere Haftungen zuerkannt. Diese Instrumente zeigen, dass die Unternehmen nicht nur einmal unterstützt werden können, sondern dass man diese Unternehmen mit Hilfe von Beratern, mit Hilfe der KSG mittelfristig bzw. langfristig stabilisiert, dass wir keine Konkursfälle haben in erwarteter Größenordnung, sondern ganz im Gegenteil, dass wir die richtigen Maßnahmen, die richtigen Instrumente anbieten, die die Kärntner Wirtschaft braucht. Auch von diesem Weg, werte Kollegin, werde ich mich nicht abbringen lassen. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Ein Dankeschön an den Vorstand des KWF, an den Vorstand der KSG, die, glaube ich, gerade in den letzten Monaten und Jahren bewiesen haben, dass sie mit Weitblick gemeinsam mit den Aufsichtsräten wie etwa dem Dr. Felsner gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen die richtigen Instrumente zur richtigen Zeit gebracht haben. Wo sind da die ganzen Krisenprogramme, die ganzen Konjunkturprogramme des Bundes? 80 Millionen Euro Haftungen von Seiten der AWS, zwar angeboten, aber nicht ausgenutzt, weil sie so kompliziert sind, weil die Unternehmer nicht zu diesen Mitteln kommen, entweder bewusst oder unbewusst durch die Bundespolitik gesteuert. Ich weiß es nicht und ich will es auch nicht

beurteilen. Unsere Aufgabe ist, dass wir für unser Bundesland etwas tun. Dies werden wir auch weiterhin tun mit Projekten, wie etwa der Schenker-Ansiedelung beim Flughafen. Damit – ich glaube, dieser Punkt steht zumindest zwischen dir, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Kaiser und mir außer Streit – können wir dem Flughafen Klagenfurt dementsprechend neue Innovation geben, mit einem neuen Hangar, mit neuen Infrastrukturprojekten. Ich glaube, das ist wichtig, dass wir jetzt auch mit wenigen Mitteln konstruktiv und gut zusammenarbeiten. Hin und wieder, lieber Peter, verstehe ich dich einfach nicht. Du bist ein ausgezeichnete Sachpolitiker. Du verstehst es auch, das Land Kärnten zum Beispiel als Flughafenaufsichtsrat gut zu vertreten, aber seit du Parteiobmann bist, mimst du hin und wieder den Partei-Rambo! Das steht dir ja gar nicht! Arbeiten wir zusammen, *(Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.)* das nimmt dir keiner ab, ganz im Gegenteil. Du bist ein Sachpolitiker und du solltest mit uns gemeinsam einen guten Weg für dieses Bundesland beschreiten. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Wir werden auch Projekte, wie etwa die Tourismusberufsschule, egal ob in Oberwollanig oder am Standort in Villach, im nächsten Jahr vorantreiben. Wir möchten hier Investitionen wie etwa im Schülerheim im Bereich der Tourismusberufsschule vorantreiben, im Bereich des Hochbaus. Wir werden den Lakesidepark, der sich als Motor für Forschung und Entwicklung in Kärnten entwickelt hat, gemeinsam mit den Vorständen des KWF – gemeinsam mit dem Lakeside Park ist es uns gelungen, dass wir im Bereich der Forschung und Entwicklung schon lange nicht mehr Schlusslicht sind, ganz im Gegenteil, wir befinden uns am Podium an zweiter Stelle. Das ist gut und richtig so und für diesen Bereich, für qualifizierte Arbeitsplätze, wird es auch in Zukunft Wirtschaftsförderung geben, wird auch in Zukunft der KWF jene Dotierung bekommen, die er braucht, um Wirtschaftsförderung mit Schwerpunkten im Bereich Forschung und Entwicklung voranzutreiben. Aber wir werden gemeinsam auch auf die kleinsten unserer Unternehmen, immerhin 11.000 Betriebe, nicht vergessen. Nein, ganz im Gegenteil, die Kleinstgewerbeförderung wird nicht nur beibehalten, sie wird zusätzlich ausgeweitet. Es wird immer einen Beitrag für unsere kleinen Betriebe geben!

Mag. Dobernig

(*Abg. Ing. Scheuch: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion.*) Und es ist uns auch gelungen, etwa in Hermagor nach der Schließung von Intercold, neue Betriebe anzusiedeln wie etwa die Firma Refrion. Und ich lade auch die SPÖ ein: Seid am 10.7., also am kommenden Samstag, dabei, schaut euch an, was man mit ordentlicher Betriebsansiedlung, mit ordentlicher Wirtschaftspolitik auch in schwierigen Regionen erzielen kann, wenn man zusammensteht, wenn man rasch und dementsprechend zielgerichtet handelt. Etwa gemeinsam mit dem Kollegen, wo wir die Umsiedlungskosten von Italien nach Kärnten getragen haben und wo wir immerhin im nächsten Jahr 37 neue Arbeitsplätze haben werden. 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (*Beifall von der F-Fraktion.*) sind bereits vor der Eröffnung beschäftigt.

Und genau so ist es gerade aufgrund der positiven Wirtschaftsförderung, aufgrund der Maßnahmen der Wirtschaftsförderung der letzten zehn Jahre, gelungen, große Betriebe mit großem Investitionsvolumen, mit dementsprechend vielen neuen Arbeitsplätzen – wie etwa für Südkärnten mit dem Turboladerwerk Bosch Mahle – zu gewinnen. Und auch dieser Betrieb wird in schwierigen Zeiten im März 2011 in Betrieb gehen. Aufgrund der Unterstützung hat Mahle auch mehr Mitarbeiter als vor der Krise, 2.400 Mitarbeiter. Ich glaube, wir sollten gemeinsam darüber nachdenken, wie wir solche Leitbetriebe für Kärnten unterstützen können, wo von Seiten der Politik Unterstützung angeboten werden kann, wo man vor allem die kleinen und die mittleren Betriebe mit einem solchen Konzern mitziehen kann, eine gesamte Region entwickeln kann und eine gesamte Region auch aufblühen lassen kann. Wir sollten nicht immer Kleine gegen Große ausspielen. Das ist nicht unser Ziel, sondern ganz im Gegenteil, wir brauchen sowohl Kleine als auch Große, weil einer ohne den anderen nicht existieren kann! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Auch im Bereich der Landesimmobiliengesellschaft wird es im Jahre 2011 Investitionen geben. Ja, wir haben uns von Seiten der öffentlichen Hand im Jahre 2010 zurückgehalten, weil es möglich war, aufgrund des Auftragsvolumens, aufgrund der privaten Investitionen, dass wir nicht akut handeln mussten. Aber im Frühjahr 2011 werden unsere Maßnahmen weiter greifen und ich glaube, das wird positive Effekte auch

auf die Kärntner Wirtschaft haben.

Und jetzt zu einem großen und in den letzten Tagen wirklich sehr umstrittenen Bereich, nämlich dem Gesundheitswesen. Es ist nicht unser Bestreben, dass man bei der Qualität der Patienten spart. Ganz im Gegenteil, das Geld, die 230 Millionen Euro des Jahres 2011, die das Land Kärnten zur Verfügung stellt, muss bei den Patienten ankommen, muss die Qualität in der Patientenversorgung noch steigern, muss auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommen. Wir wollen nicht Mitarbeiter quer durchs Land schicken, wir wollen niemandem etwas wegnehmen, ganz im Gegenteil, wir wollen aber nicht, dass das Geld in die Organisation, in die Strukturen marschiert, sondern wir wollen, dass das Geld direkt zum Patienten und direkt zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommt! (*Starker Beifall von der F-Fraktion.*) Für die Versorgungsqualität und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist uns kein Geld zu schade. Das weiß auch der Betriebsratsvorsitzende Auer. Wir haben immer eine gute Partnerschaft zu den Betriebsräten gemeinsam mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden gepflegt. Wir haben auch für das Jahr 2010, wo es uns nicht leicht gefallen ist, eine Lohnerhöhung in moderater Größenordnung von 0,45 Prozent herbeiführen und gemeinsam per Handschlag vereinbaren können. Wir werden uns von dieser Handschlagqualität sicher nicht wegbewegen, das ist nicht unsere Politik, das wollen wir nicht! Wir wollen aber dort sparen, wo es möglich ist, zu sparen. Wir wollen eine Leistungsangebotsplanung, wir wollen, dass die Häuser zusammenarbeiten, dass es einen zentralen Einkauf gibt, ein EDV-System über alle KABEG-Häuser hinweg, aber auch bei den konfessionellen und privaten Krankenanstalten. Wie gesagt, ich glaube, es ist gerade in den letzten Jahren gelungen, dass man das Krankenanstaltenwesen in Kärnten politisch außer Streit hält. Wir haben für Kärnten ein Riesen-, ein Jahrhundertprojekt verwirklichen können in der Größenordnung von 327,5 Millionen Euro. Das ist nur gelungen, weil wir zusammengestanden sind, weil wir keine parteipolitische Farbe gekannt haben, weil wir damit verbunden 80 Prozent des Auftragsvolumens in Kärnten und damit bei Kärntner Firmen und der Kärntner Volkswirtschaft halten konnten. (*Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic.*) Und Frau Kollegin, wenn für Sie das jetzt noch ein Problem ist, dass scheinbar

Mag. Dobernig

das LKH Neu ohne parteipolitischen Streit gebaut worden ist, dann sagen Sie es doch ganz einfach! Oder hat es sonst etwas zu kritisieren gegeben? Ist das LKH Neu schlecht? Wollt ihr das LKH Neu nicht? Steht ihr nicht zu den außerbudgetären Schulden, die damit verbunden sind und die wir in den letzten Jahren natürlich massiv gesteigert haben? (*Abg. Mag. Cernic: Das ist fast umgebracht worden, das LKH Neu!*) Steht ihr noch dazu oder habt ihr das vergessen, dass auch diesen Bereich nicht nur ihr verantwortet, sondern auch immer mit beschlossen habt? (*Beifall von der F-Fraktion.*) Und hier gilt mein besonderer Dank dem Betriebsrat, den vielen tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem im LKH Klagenfurt, die gemeinsam mit der Politik dieses Projekt nicht nur getragen haben, sondern dieses Projekt auch – und das zeigen die letzten Tage und Wochen – zu einem Erfolg gemacht haben! Wir haben das modernste Schwerpunktkrankenhaus Europas, und mit Hilfe dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es gelungen, dass es zu problemloser Umsiedelung gekommen ist, dass der Betrieb in großen Zügen reibungslos funktioniert und ich glaube, dass wir auch diese Arbeit dementsprechend wertgeschätzt haben, indem wir uns von der Nulllohnrunde wegbewegt haben und gemeinsam mit dem Betriebsrat 0,45 Prozent beschlossen haben. Wir wollen eine einheitliche, strategische, operative Ausrichtung des gesamten KABEG-Verbundes und wir wollen eine Verbesserung der Abstimmung des Leistungsgeschehens zwischen den einzelnen Krankenanstalten. Das ist unser Bestreben und nichts anderes! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Diese Reform macht erstmals auch eine Leistungsangebotsplanung möglich. Und ich glaube, lieber Peter Kaiser, ich weiß nicht, ob das bewusst oder unbewusst von deiner Abteilung im heutigen Regierungssitzungsakt, mit dem wir den Nettogebärungsabgang für das Jahr 2011 in der Größenordnung von 230 Millionen Euro beschlossen haben, da steht ganz konkret drinnen in zwei Absätzen, „dass die Aufrechterhaltung der hohen Versorgungsqualität für die Patienten bei 230 Millionen Euro mit Sicherheit gewährleistet ist und dass es ausschließlich eine Optimierung der organisatorischen Abläufe ist“. Ich bedanke mich recht herzlich für diesen Regierungssitzungsakt und auch zu dem zumindest indirekten Bekenntnis deiner Fachabteilung, dass die 230 Millionen Euro nicht eine Zahl sind, die wir

genannt haben, sondern ganz im Gegenteil, dass diese auch von der Abteilung mit getragen wird! (*Bravorufe und Beifall von der F-Fraktion.*)

Wenn man von der KABEG spricht, wenn man von der Wirtschaftsförderung spricht, dann kommt man wohl oder übel relativ rasch zur außerbudgetären Verschuldung. Die KABEG und der KWF gemeinsam machen 92 Prozent der außerbudgetären Schulden aus. Wir haben uns in den letzten Jahren dazu bekannt, dass wir ein LKH Neu haben möchten, eine riesige Investition für ein Bundesland wie Kärnten. Wir haben uns dazu bekannt, etwa zu einer Wirtschaftsförderung in der Größenordnung von 50 bis 130 Millionen Euro per anno in den letzten Jahren. Und wir haben uns auch dazu bekannt, dass man zusätzlich außerbudgetäre Verschuldung in Kauf nimmt, aber jetzt müssen wir uns auch dazu bekennen, dass dieser Weg der richtige war, dass wir jetzt aber einen neuen Weg gehen. Wir werden nicht weiter investieren, wir haben das modernste Schwerpunktkrankenhaus. Wir werden jetzt jene Investitionen tätigen, die wir gemeinsam mit dem Gesundheitsreferenten beschlossen haben. Es wird aufgrund dieses Investitionsprogrammes, aufgrund der Wirtschaftsförderung möglich sein, dass wie gesagt, die außerbudgetäre Verschuldung sich ab dem Jahr 2013 auch tatsächlich nach unten revidieren lässt und reduziert wird. Das ist der richtige Weg, so können wir in den nächsten Jahren 246 Millionen Euro einsparen bzw. nicht zusätzliche Kredite aufnehmen, die dann die nächsten Generationen belasten würden. Und ich glaube, dass das auch im Bereich des Nettogebärungsabganges, ohne an der Versorgung etwas zu tun, sehr wohl möglich ist. Lieber Peter, du selbst weißt es besser als wir alle, es sind noch immer Reserven versteckt. Wenn in der KABEG etwas gewollt ist, dann hat man Reserven. Ich glaube, es ist auch ein wichtiges Signal, dass wir jetzt diese Nettogebärungsabgänge eindämmen. Wir wollen nicht streichen, ganz im Gegenteil, wir wollen eine Eindämmung und damit verbunden natürlich auch keine massiven Steigerungsraten und eine gute Leistungsangebotsplanung. Dazu braucht man nicht bei den Mitarbeitern oder bei den Patienten zu sparen, ganz im Gegenteil, das ist relativ einfach zu erzielen. Da geht es auch nicht um Größenordnungen in hohen Millionenbeträgen, sondern ganz im Gegenteil, eindämmen heißt, stabilisieren und nicht reduzieren. (*Beifall*

Mag. Dobernig

von der F-Fraktion.)

Auch im Bereich des Personals, im Bereich der Pensionen müssen wir unserer Verantwortung gerecht werden. Es ist zwar nichts unerwartet Neues, dass gerade im Dienstleistungsbereich, wie das die Landesverwaltung ist, natürlich die Ausgaben für das Personal sehr hoch sind. Die Ausgaben im Jahre 2011 für das Personal werden immerhin bei 1,05 Milliarden Euro liegen. Das ist nicht wenig, das sind Größenordnungen, die kaum mehr vorstellbar sind. Das ist fast die Hälfte des Landesbudgets. Ich glaube, deshalb ist es auch wichtig, die notwendigen Reformen nicht nur zu diskutieren, sondern voranzutreiben, Abteilungsbudgets herbeizuführen, Strukturänderungen herbeizuführen, neue Arbeitszeitmodelle zu diskutieren, eine Aufgabenreform zu diskutieren. Was braucht der Bürger oder die Bürgerin eigentlich? Diskutieren wir nicht oft an der Bürgerin oder dem Bürger vorbei? Bieten wir vielleicht Dienstleistungen an, die überhaupt nicht gebraucht werden? Es muss eine ganzheitliche Diskussion sein und wir müssen auch unser System entrümpeln. Wir müssen Leistungen anbieten, die von den Menschen, von unseren Kärntnerinnen und Kärntnern, nachgefragt werden und nicht, was die Verwaltung glaubt, anbieten zu müssen. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Dann wird es auch gelingen, in diesem Bereich Einsparpotentiale zu erzielen. Durch selektiven Einstellungsstopp wird es gelingen, in den nächsten Jahren rund 350 Planstellen nicht nachbesetzen zu müssen. Auch hier geht es nicht darum, Mitarbeiter zu entlassen, Mitarbeiter auf die Straße zu setzen, nein, das ist nicht unser Stil. Unser Stil ist, dass man für jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im System Planbarkeit beibehält, dass ihre Lebensplanung nicht unnötigerweise ins Wanken kommt. Nein, aber wir möchten nicht mehr alle Bereiche nachbesetzen. Natürliche Abgänge dürfen wir nicht nachbesetzen, sonst wäre die Pensionsreform umsonst gewesen und ein teures Modell, das wir beschlossen haben. Nein, wir werden im Bereich des natürlichen Abgangs einsparen, wir werden nicht mehr alles nachbesetzen, um damit natürlich auch Einsparungen zu erzielen.

Der letzte und für mich als Kulturreferent wichtige Bereich ist Kunst und Kultur. Auch hier haben wir in den letzten Wochen und Monaten durchaus kontroverielle Diskussionen geführt. Ich scheue mich auch vor diesen Diskussionen

nicht. Ich habe auch kein Problem damit, wenn diskutiert wird. Ich will es sogar, es muss Politik betrieben werden in der Kunst und Kultur. Es muss die Meinungsfreiheit geben, aber es gibt keine parteipolitische Diskussion. Das sollten sich gewisse Herrschaften auch im Bereich der Kunst und Kultur zu Herzen nehmen! Ich bin nicht der Fußabstreifer von manchen linken Kulturschaffenden, ganz im Gegenteil *(Beifall von der F-Fraktion.)* und deshalb werde ich mich auch gerne jeder Diskussion stellen! Ich lasse es auch nicht zu, wie etwa im Bereich der Wirtschaft, dass man Kleine gegen Große ausspielt. Auch deshalb wird es im Bereich von Kunst und Kultur kein Auspielen zwischen Volkskultur und Hochkultur geben. Bisher habe ich noch jeden gut behandelt, bisher habe ich nicht nur Kulturpolitik betrieben, sondern auch Sozialpolitik. In Zeiten, wo private Sponsoren ausfallen, wo sich Gemeinden verständlicherweise zurückziehen, haben wir versucht, jene Bereiche zu unterstützen, wo auch menschliche Schicksale bei Kulturschaffenden, bei Vereinen, dahinter stecken und ich glaube, es ist gut gelungen.

Diesen Weg werden wir weiter fortsetzen, aber wie gesagt, es gibt kein Auspielen der Volkskultur gegen Hochkultur, es ist genügend Budget vorhanden, damit auch alle ihren Kulturbereich auch im Bereich der Volkskultur oder Hochkultur auch betreiben können. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Abschließend, wenn es vielleicht auch falsch verstanden wurde vom Kollegen Kaiser, man muss in der Kultur, im Bereich der Volkskultur, im Bereich Brauchtum und im Bereich der Heimatverbände zu gewissen Leuten stehen. Zu diesen Leuten stehe ich auch in diesem Jahr, im Jubiläumsjahr 2010. Deshalb haben wir auch den Weg gewählt, dass wir klar signalisieren, wir stehen zu euch, wir haben für euch auch monetär etwas übrig, wir anerkennen die Leistungen unserer Väter und Vorväter und es ist nicht so, dass wir 90 Jahre danach uns nicht mehr daran erinnern können, sondern ganz im Gegenteil. Wir werden den 10. Oktober ordentlich begehen, wir werden ein klares Signal von Kärnten aus in alle anderen Bundesländer Österreichweit senden, dass wir zu unserer Kärntner Geschichte stehen und dass wir auch für unsere Kärntner Geschichte etwas übrig haben. Deshalb stehe ich als Finanzreferent auch zum Regierungssitzungsakt gemeinsam mit dem Landeshauptmann und zu

Mag. Dobernig

dem dotierten Betrag. Das sind keine zusätzlichen Mittel, sondern ganz im Gegenteil, das haben wir selbst zusammengekratzt, um diese Veranstaltungen im Jubiläumsjahr und den Festumzug zu ermöglichen. Das ist wichtig, das ist notwendig! Wir werden in eine gute Zukunft gehen. Wir werden aufgrund unserer Arbeit ab dem 1.1.2011 das beschlossene Budget umsetzen und einhalten können. Wir werden weiter daran arbeiten, Reformen zu setzen, Strukturen zu ändern aber auch neue Schwerpunkte zu setzen. Weiter zu entwickeln, nicht zu Tode zu sparen, Bereiche zu stärken, Stärken zu stärken und versuchen, Schwächen auszumerzen. Mit dem Budget 2011 und dem Budgetprogramm 2011 bis 2014 haben wir bewiesen, dass wir für das Land Kärnten konstruktive Budgetpolitik in einer funktionierenden Koalition machen. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, ein ordentliches Budget 2011 zu erstellen, vor allem Dr. Felsner, lieber Horst dir, deinen MitarbeiterInnen, dem gesamten Team aus den Regierungsbüros, die mit dabei waren. *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Daher ersuche ich Sie heute, meine sehr geehrten

Damen und Herren, in diesem Haus eine sachliche und konstruktive Diskussion über den Budgetvoranschlag 2011 zu führen. Ich glaube, das ist auch gerade in der jetzigen Situation, in der jetzigen Zeit, notwendig, um ein bisschen vom parteipolitischen Weg abzukommen. Zeigen wir gemeinsam, dass wir für das Land und seine Menschen da sind. Zeigen wir, dass wir die Parteipolitik hintanstellen können und zeigen wir auch, dass wir die Sorgen der Kärntnerinnen und Kärntner verstehen und erst nehmen. In diesem Sinne auf eine gute Zusammenarbeit für unsere Kärntner Heimat, auch im Jubiläumsjahr 2010. Danke schön! *(Die Abgeordneten der F-Fraktion erheben sich von ihren Sitzen und spenden starken, lang anhaltenden Applaus. – Beifall ebenfalls von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete! Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft und ich ersuche nun den Schriftführer um die Mitteilung des Einlaufes!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

A) Antrag von Abgeordneten:

Ldtgs.Zl. 86-5/30:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs und des ÖVP-Klubs betreffend Änderung der Kärntner Landesverfassung

./ mit Gesetzesentwurf mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Landesverfassungsgesetzes, mit dem die Kärntner Landesverfassung abgeändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Zuweisung: Ausschuss für Budget, Landeshaushalt und Finanzen

B) Petition:

Ldtgs.Zl. 57-11/30:

Petition vom 6.7.2010 betreffend massive Verschlechterungen für die Bevölkerung Kärntens und die Bediensteten der Landeskrankenanstalten durch das sog. „KABEG-Gesetz“ überreicht durch Abg. Ing. Rohr und 2. Präs. Schober

C) Resolution:

Ldtgs.Zl. 57-12/30:

Resolution des Zentralbetriebsrates der Kärntner Krankenanstalten und der Landesleitung 9 der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zum Ent-

Mag. Weiß

**wurf des KABEG-Gesetzes über-
reicht durch Abg. Holub**

Zuweisung: Ausschuss für Rechts, Verfassungs-,
Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und
Immunitätsangelegenheiten

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Danke, das war es schon. Ich möchte die Damen und Herren Abgeordneten noch darauf hinweisen und wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Durchforstung des vorliegenden Landesvoranschlages. Die Debatte zu diesem Budget wird, wie angekündigt, am 22. und 23. Juli hier in diesem Hause stattfinden. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Nachmittag, einen schönen Abend und ich schließe nun die Sitzung!

Ende der Sitzung: 17:50 Uhr